

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Liste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Rußland, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 5. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

An unsere Leser.

Die Steigerung unserer Abonnentenzahl erfordert die Aufstellung einer neuen größeren Zeitungsmaschine. Die dadurch nötig werdenden baulichen Veränderungen bedingen, daß in den nächsten beiden Wochen je eine unserer „Vorwärts“-Maschinen außer Betrieb gestellt werden muß. Wir haben zwar, unterstützt von der Redaktion, alle Vorkehrungen getroffen, um die rechtzeitige Fertigstellung der Zeitung zu sichern; sollte aber infolge nicht voraussehbarer Störung eine Verzögerung in der Zustellung des „Vorwärts“ eintreten, so bitten wir unsere Leser um Nachsicht.

Druckerei und Verlag des „Vorwärts“.

Zur Entwicklung der preußischen Bureaukratie.

Zu den traditionellen Legenden der zur Pflege preußisch-patriotischer Besinnung verfaßten historischen „Geschichtswerke“ gehört die Mär von der strengen Rechtlichkeit und dem Verwaltungstalent der preußischen Bureaukratie. Fast zu einem Dogma ist diese Legende geworden. Nicht nur die Parteigänger des altpreussischen Konservatismus vertreten in ihrer Presse diese Mär — eine Auffassung, die sich leicht verfechten läßt, wenn man in Betracht zieht, daß diese Bureaukratie sich fast ausschließlich aus der Anhängerenschaft der konservativen Parteien rekrutiert und diesen als politische Stütze dient — auch der bürgerliche Liberalismus hat durchweg die Anschauung akzeptiert, daß, was Befähigung und Rechtlichkeit anbelangt, die preussische Bureaukratie die der liberalen süddeutschen Staaten und vor allem der parlamentarisch regierten westeuropäischen Staaten bei weitem übertrifft. Von Zeit zu Zeit wissen allerdings liberale Blätter allerlei seltsame Beispiele eines oft geradezu lächerlichen Beamtenbüßens gegenüber dem „beschränkten Untertanenverstand“ zu berichten, denen sich schmerzliche Klagen über die starre formalistische Geschäftsbehandlung anreihen, die nur zu oft den sachlichen Zweck völlig aus den Augen verliert. Doch wie häufig diese Beispiele auch sein mögen, die respektvolle Wertschätzung des preussischen „höheren Beamtenstandes“ durch den preussischen Liberalismus vermögen sie nur wenig zu beeinträchtigen.

Die historische Berechtigung dieser Legende ist um nichts größer, als die so manches anderen Geschichtsmärchens, das zur Verherrlichung des Hohenzollernregiments in die historischen Schulbücher Aufnahme gefunden hat. Noch unter Friedrich Wilhelm I., dem von der Hofhistoriographie als eigentlichen Schöpfer des preussischen Staats gepriesenen Soldatenkönig, war die Bestechlichkeit der preussischen Beamtenherrschaft an der Tagesordnung, so daß sich der sonst so strenge König genötigt sah, diese Erbsünde der preussischen Beamtenhierarchie gewissermaßen zu tolerieren. Und auf demselben Standpunkt stand sein Sohn Friedrich, dem die offizielle Geschichtsschreibung den Beinamen „der Große“ verliehen hat. Rechtlichkeit schien ihm ein geringerer Vorzug als Geriebenheit, wie er denn auch den charakteristischen Regierungsgrundsatz aufstellte, daß es ratamer sei, einen gewandten Mann von zweifelhafter Rechtschaffenheit, als einen Dummkopf an die Spitze einer Verwaltung zu stellen.

Noch weniger hielt sein fideles Nachfolger, der Liebhaber der Madame Nieß, auf die angebliche altpreussische Tugend der Rechtschaffenheit. Was Friedrich II. vor seinem Tode dem Minister Hoym bei einer Revue in Schlesien prophezeit hatte: „Es wird ein lustiges Leben bei Hofe werden. Mein Neffe wird den Schatz verschwinden, die Armee ausarten lassen; die Weiber werden regieren“ — das trat nur allzu bald in Erfüllung. Friedrich Wilhelm II. fühlte sich, wie Oberst v. Massenbach in seinem Tagebuch schreibt, als asiatischer Fürst, „der sich in das Innere seines Serails zurückgezogen hat und mit seinen Sklaven und Sklavinnen lebt, die Regierungsgeschäfte aber seinen Bezierern überläßt.“ Auch nur hin und wieder einige Stunden sich den Regierungsgeschäften zu widmen und mit seinen Ministern zu arbeiten, war diesem Zweck aus dem Hohenzollernreis absolut unmöglich, und so benutzten die „Bezierer“ die Gelegenheit, die Geschäfte nach ihrer Weise und ihrem Vorteil zu führen. Die Hofdamen, an deren Spitze die zur Gräfin Vichtenau beförderte Madame Nieß, die Gräfinnen Jagenheim und Dönhoff, die Diplomaten Haugwitz und Luchefum, der Geheimere Staatsminister Böllner und der Geistesbeschwörer General Bischofswerder standen, wußten diese Stellung nicht nur dazu auszunutzen, sich preussische Staatsgüter schenken zu lassen, sondern auch ihre Günstlinge und Kreaturen in einflussreiche Stellungen unterzubringen und dadurch die preussische Bureaukratie um Männer zu bereichern, um deren Rechtlichkeit es durchweg höchst zweifelhaft bestellt war, die aber insofern meist Friedrichs II. Anspruch erfüllten, als man sie nicht zu den Dummköpfen zählen konnte.

Nach dem Tode Friedrich Wilhelm II. trat, wie anerkannt werden soll, eine gewisse Besserung ein, indem wenigstens die

größeren Formen der Bestechlichkeit und Korruption zurücktraten — nicht weil die „Regeneration“ Preussens nach der Abschüttelung des „korrischen Eroberers“ die „guten alten Traditionen“ des preussischen Beamtenstandes wieder zur Herrschaft brachte, sondern weil sich in der folgenden Zeit der Kämpfe und in den kleinlichen preussischen Verhältnissen keine rechte Gelegenheit zu einer großzügigen Korruption bot.

Kaum aber trat der preussische Staat in den Vortritt des erstarkenden Kapitalismus, als auch schon in der preussischen Bureaukratie die ehrsame Spezies der Staatsmänner vom Schlage der Hansmänner, Camphausen und Miquels erstand. Die nach der Errichtung des neuen Deutschen Reiches andredende Gründungsära enthüllte bereits eine höchst interessante Interessentenkollision zwischen Börse, Bureaukratie und der liberal-konservativen Volksvertretung. Durch die Hinwegräumung der territorialen Schlagbäume wurde der preussischen Bureaukratie nicht nur ein größeres Betätigungsfeld geschaffen, wurde nicht nur einem Teil der preussischen Beamenschaft der Reichsdienst eröffnet; das im Gefolge der Reichsgründung alsbald hervortretende mächtige Erstarken des Kapitalismus, die Anlegung und Verwaltung der aus Frankreich herüberströmenden Milliarden stellte auch mannigfache neue Aufgaben. Die Liaison zwischen den Staatsmännern von der Gattung der Camphausener und der entstehenden großen Bankfinanz gewann an Zärtlichkeit, und die Früchte dieses schönen Fürtis zeigten sich bald in einer Reihe von Finanz- und Gründungsandalen, besonders beim Ankauf saurer Eisenbahnwerte durch den Fiskus, bei dem ein Teil der höheren Bureaukratie eine höchst eigenartige Rolle spielte.

Es ist eine widerliche Scheuheit, wenn die liberale Presse die Geschäftsbeziehungen des Herrn von Boddieleski zur Firma Tippelskirch als eine unerhörte Verletzung der heiligen Ueberlieferung der preussischen Bureaukratie hinstellt. Seit der dem deutsch-französischen Kriege folgenden Ära des Gründungs-schwinds sind derartige geschäftlichen Beziehungen zu etwas recht Häufigem geworden, nur daß die Beteiligten als gute Geschäftsleute diese Beziehungen durch Einschlebung geeigneter Mittelpersonen meist besser zu verstecken verstanden, als der in dieser Hinsicht noch nicht genügend erfahrene Boddieleski.

Ein neues Feld für solche geschäftlichen „Transaktionen“ zwischen der Bureaukratie und der großen Gesellschaftsbourgeoisie eröffnete sich, als Deutschland zur Kolonialerwerbspolitik überging. Die koloniale Ausbeutungs- und Verwaltungspolitik ist überall, in allen Ländern eine Brutstätte schlimmster Korruption. Das ist leicht erklärlich. Der eigenartige Verwaltungsmechanismus der Kolonien, die größere Selbstständigkeit und Verfügungsfreiheit der höheren Kolonialbeamten, die Schwierigkeit der Kontrolle und Nachprüfung, sowie andererseits der Anreiz zum leichten Gelderwerb, der sich in den Beamten bei ihrem Verkehr mit den nichts weniger als mimosenhaften Agenten des internationalen Exploitationskapitals einstellt — sie führen gar leicht zur Veruchung, die Stellung zum eigenen Vorteil auszunutzen. Seit ihrem Beginn ist denn auch die deutsche Kolonialpolitik nichts anderes als eine Reihe fortlaufender Skandale gewesen. Zunächst, entsprechend dem Umfang und der wirtschaftlichen Bedeutung der deutschen „Schutzgebiete“, ziemlich beschriebener Skandale, die sich aber mit dem Fortschritt „der Verächtung des deutschen Volkes auf dem Gebiet der Kolonialtätigkeit“ recht prächtig entwickelt haben und in den Fällen Jesso v. Puttkamer und Fischer-Tippelskirch bereits ganz ansehnliche Beiträge zur Skandalchronik der Kolonialgeschichte bieten.

Von der Kolonialpolitik sind derartige Affären, wie die Geschichte aller Kolonialmächte beweist, unzertrennlich; und die bürgerlichen Parteien geben sich denn auch durchaus nicht der Hoffnung hin, daß durch irgend welche Verwaltungseinrichtungen künftig derartige Korruptionsfälle verhindert werden könnten. Das einzige Mittel wäre, die deutschen Kolonien zu veräußern. Dazu verpürt aber die Bourgeoisie nicht die geringste Neigung. Sie rechnet darauf, noch manche ansehnlichen Profite aus der deutschen Kolonialpolitik zu ziehen; und dieser Profite wegen ist sie durchaus bereit, die unvermeidlichen Kolonialskandalaffären mit in Kauf zu nehmen!

Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die Entrüstung der liberalen Presse über die Affäre Boddieleski-Tippelskirch zu betrachten. Es ist nicht die sittliche Entrüstung über die Liaison Boddieleski-Tippelskirch, die sie zu ihrem eifrischen Spektakel treibt, sondern die Absicht, den unbedeutenen Landwirtschaftsminister zu stürzen und andererseits in der Kolonialverwaltung die „kaufmännische Verwaltungspraxis“, d. h. die Auslieferung der Kolonien an das große Handels- und Anlagekapital, zur Geltung zu bringen. Wer daran noch zweifelt, dem zeigt es die Aufnahme, die die Meldung, Herr Bernhard Dernburg werde die Leitung des Kolonialamtes übernehmen, in der liberalen Presse findet.

Herr Bankdirektor Dernburg ist als gewiegter Geschäftsmann bekannt; und zugleich als Praktiker nach ameri-

kanischem Muster, dem man eine sehr bedeutende Quantität Rücksichtslosigkeit und eine noch reichlichere Dosis Struppellosigkeit nachsagt. Vor allem aber besitzt er die viel-

hunderttausend Mark garantierenden Geschäftsverbindungen, die sich tatsächlich kaum lösen, sondern nur durch Einschlebung von Mittelpersonen allenfalls verschleiern lassen. Dennoch nimmt sonderbarerweise die liberal-kapitalistische Presse plötzlich an diesen geschäftlichen Beziehungen nicht den geringsten Anstoß. Die „Voss. Ztg.“ stellt zwar noch zur Wahrung eines gewissen äußeren Anstandes die Forderung, daß Herr Dernburg alle seine Posten niederlegen müsse und sich auch nicht durch seine Frau vertreten lassen dürfe — über die Richtigkeit dieser Bedingung dürfte das ehrsame Blatt selbst am wenigsten im Zweifel sein. Dagegen schreibt das „Berl. Tageblatt“:

„Daß wir nach alledem Dernburgs Berufung für einen glücklichen Schritt der Reichsregierung halten, der wohl der direkten Initiative des Kaisers entspringt, brauchen wir kaum zu betonen. Wir haben oft genug hervorgehoben, wie notwendig es ist, gerade das kaufmännische Element bei der Verwaltung unserer Kolonien heranzuziehen, als daß wir nicht die Berufung eines Kaufmannes zum Leiter unserer Kolonialverwaltung willkommen heißen sollten. Wissen wir doch ohnehin, daß Bernhard Dernburg eine pekuniär ungleich vorteilhaftere Stellung gerade deshalb aufgibt, weil er im Interesse des Kaufmannstandes die Berufung an eine leitende Stelle der Reichsregierung nicht von der Hand weisen wollte. Im übrigen wird der neue Leiter unserer Kolonialverwaltung das Vertrauen auch in seiner amtlichen Stellung zu bewahren haben, das ihm bisher im kaufmännischen Leben in ungewöhnlich reichem Maße entgegengebracht wurde.“

Auch die „National-Ztg.“ ist mit dem Einzuge des „kaufmännischen Elements“ in die Bureaukratie selbstverständlich zufrieden, nur meint sie in bezug auf die Person des Herrn Dernburg:

„Bernhard Dernburg! Soll seine Designierung eine Verheugung sein vor Handel und Industrie? Wir dürfen sie ohne Ironie quittieren. Vielleicht hätte man einen größeren, einen feineren, einen solideren Namen finden können im „Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte“. Aber man hat gewählt, wir beschiden uns! Rompa à son métier wird Bernhard Dernburg es nicht schwer finden, Ordnung zu bringen in das Lohwobobu unserer kolonialen Geschäfte. Vielleicht hätte man noch nicht einmal einen Bankdirektor da gebraucht, wo der Kolonialgeheimrat mit seinen merkwürdigen Kommissen zu Ende war.“

Vielleicht läßt sich um den Preis des Einzuges des Herrn Dernburg in das Kolonialamt die liberale Presse sogar bereit finden, ihre sittliche Entrüstung über Herrn v. Boddieleski zurückzustellen und sich mit seinem vorläufigen Verbleiben im Amte auszuföhnen!

Die russische Revolution.

Die „Expropriationen“ und die revolutionären Parteien.
 Zur Angelegenheit der fortwährend auf Bankhäuser, Eisenbahngesellschaften, Postboten, Kontore, Warenlager usw. verübten Ueberfälle (die mit dem Namen „Expropriationen“ geschmückt werden), haben sich mehrere von den größeren Parteien ausgesprochen.

Der jüdische Arbeiterbund: Auf der kürzlich in Grodno abgehaltenen Konferenz der Vertreter des Bundes wurde folgende Resolution angenommen: „In Anbetracht dessen, daß die „Expropriationen“, sogar solche von Staatseigentum, wenn sie im Namen von Organisationen geschehen, stark demoralisierend auf die Arbeitermassen wirken und zu neuen Verschärfungen und Repressivmaßnahmen führen, was hauptsächlich in kleinen Städten fühlbar ist, verbietet die Konferenz den Mitgliedern der Bundesorganisationen, sich irgendwie an den „Expropriationen“ zu beteiligen.“

Die Sozialdemokratie Polens und Litauens. In Nr. 99 der partei-offiziellen Zeitung „Gerowny Sztandar“ wird folgendes ausgesprochen: „... Die Ausplünderungen von Monopolvernehmungen und Eisenbahngesellschaften sind keine sozialdemokratischen Taten im Sinne des Klassenkampfes und der revolutionären Aufrüstung der Masse. Was bezwecken sie? 1. Die finanzielle Schädigung des Absolutismus. Aber dies ist keine sozialdemokratische Waffe! 2. Das Verschaffen von Geld für revolutionäre Zwecke. — Ja, Geld ist nötig für den Kampf; der Geldzufluß muß aber mit dem Anwachsen des moralischen Einflusses der Partei auf die Massen oder der Sympathien der kleinstädtischen Schichten in Verbindung sein; sonst können Geldmassen schädlich und sogar desorganisatorisch wirken. Die Konfiskation von Staatseigentum wird durch eine revolutionäre Regierung unter der Kontrolle der Arbeitermasse vorgenommen werden können, aber nicht von einer kleinen Gruppe, selbst wenn sie für die Interessen der Masse kämpft. Die Plünderungstaktik schadet auch sehr der Agitation im Militär. Diese sogenannten „Konfiskationen“ bringen keinen positiven Nutzen, aber sie schaden entschieden der Sache der Revolution.“

Die russische sozialdemokratische Partei: Noch auf dem Einigungs-Parteitag hatte die russische Sozialdemokratie anerkannt, daß, wenn die Deklassierten die revolutionären Wirren zu antisozialen Zwecken benützen, das revolutionäre Volk gegen die Raubtaten harte Maßnahmen ergreifen soll, und daß die Aufgabe der Revolution nicht die Anarchie, sondern die Organisation der Kräfte der Gesellschaft ist; sie hatte in einer Resolution die Expropriation von Geldsummen

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonietabelle über deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Beitragen und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengelände und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

In den Privatbanken und alle Formen erzwungener Beiträge für Revolutionen verworfen; nur eine revolutionäre Regierung — und unter öffentlicher Kontrolle — darf Staats-eigentum konfiszieren. (Staatliche Waffen und Munition dürfen aber bei jeder Gelegenheit angeeignet werden.)

Gegenwärtig ist diese Frage in einigen Organisationen wieder aufgeworfen worden. Wie der „Towariſch“ (31. August) meldet, hat die Kaponorganisation der Woborger Partei in St. Petersburg die „Expropriationen“ entschieden und völlig verdammt. Die Arbeiter sagten, daß es bei der steigenden Arbeitslosigkeit schwer ist, dagegen zu kämpfen; sie waren aber mit der Organisation völlig einig.

Die berühmten guten „Freunde“ der internationalen Sozialdemokratie können aus diesen Mitteilungen ersehen, wie brillant sie von ihrer bürgerlichen Presse bedient werden, die jeden in diesen wirren Zeiten in Rußland vergangenen Raub, Mord, Diebstahl usw. mit hämischer Kritiklosigkeit den Sozialdemokraten in die Schuhe schiebt.

20 000!

Petersburg, 4. September. Die Zahl der Arbeitslosen in Petersburg beträgt zurzeit 20 000.

Des Zaren Schutzengel.

Bekanntlich hatte der vorzüglich informierte Drow gleich nach der Dumaauflösung in der „Rascha Schijn“ ausführliche Mitteilungen veröffentlicht, aus denen hervorging, daß jenem folgenwürdigen Alte ein mehrtägiger reger Depeschenwechsel zwischen Peterhof und Berlin vorausgegangen, und daß der endgültige Entschluß, die Duma aufzulösen, sofort nach der Ankunft einer Depesche aus Berlin gefaßt worden war.

Später hat der „Temps“ wichtige Enthüllungen gemacht und deren Authentizität entschieden versichert. Das „Do“ (29. August) hat seinerseits deren Richtigkeit bekräftigt. Es bestand nämlich die Absicht, die russische Staatsbank in ein Privatinstitut zu verwandeln unter Beteiligung einerseits der russischen Regierung, andererseits der ausländischen Bankiers — und mit Bitte an der Spitze. Dieses Projekt bestand schon Anfang 1906; die große April-Anleihe hat es für einige Zeit verdrängt. Im Juli tauchte es wieder auf. „Die Depesche des deutschen Kaisers“ so sagen der „Temps“ und das „Do“, „die zweifellos echt ist, mußte dies Projekt wieder ins Leben rufen. Diese Depesche wurde einige Stunden vor der Dumaauflösung abgeschickt; sie garantierte die Realisation einer neuen Anleihe, und dank der Aufnahme dieser Anleihe sollte das Projekt der Gründung der neuen Bank verwirklicht werden.“ So behaupten — wie gesagt — der „Temps“ und das „Do“.

Jetzt bringt die „Strana“, ein sehr solides und von hervorragenden Männern geleitetes Organ, folgende Meldung (1. September):

„In Deutschland befindet sich jetzt eine Person mit einer wichtigen diplomatischen Mission in den Fragen der russischen internationalen Politik. Sie hat die Aufgabe, die Ansichten der Berliner regierenden Sphären über die russischen Ereignisse und ihr Verhalten gegenüber den Maßregeln des russischen Ministeriums kennen zu lernen. Es steht das in Verbindung mit der kürzlich in Berlin ausgedrückten schroffen Mißbilligung der sozialistischen Geistes der russischen Extrem-Linksparteien, welche sehr gefährlich scheinen, einerseits für die deutschen industriellen und Handelsinteressen in Rußland, andererseits für Preussens Position in Polen.“

Sprach schon die innere Wahrscheinlichkeit der Behauptungen Wlows und des „Temps“ von vornherein dafür, daß die Mitteilung richtig sei: Deutschlands impudenter Kaiser habe dem guten Nikolaus einen kräftigen Wink zukommen lassen, so mußte diese Auffassung noch bestärkt werden durch die allzu besessene Dementierung, mit der sofort jede direkte oder indirekte Einmischung Wilhelms II. abgelehnt wurde. Die neueste Meldung der „Strana“ nun ist auch nicht gerade dazu angetan, diese Auffassung zu entkräften.

Eine andere Meldung aus den letzten Tagen beweist, daß auch sonst Kräfte sich regen, um für Väterchen aus allen Landen Schutzengel zu beschaffen. Die Meldung lautet:

Dem „Ruskoje Slowo“ wird aus Paris telegraphiert, es befinde sich dort der bekannte Geheimpolitist Ratſchonsko, der im Auslande mit hervorragenden Polizeiangenoten verhandelt, betreffend ihr Eintreten in die russische Geheim-polizei. Es sollen ihnen fabelhaft hohe Gehälter angeboten werden. Sie werden ihren Dienst teilweise in Rußland, teilweise im Auslande verrichten. Es soll dies nach Durnomow Gedanken geschehen, der den Entwurf einer völligen Reorganisation der Polizei ausgearbeitet hat. Der Hauptzweck der Hinzuziehung ausländischer Agenten ist die Entdeckung der im Auslande bestehenden russischen revolutionären Organisationen, der Quellen, woher sie Waffen bekommen, und der Art und Weise, wie diese Waffen nach Rußland eingeführt werden.

Terror gegen Terror.

Dessa, 3. September. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Hier treten heute bestimmt lautende Gerüchte auf, nach denen die Behörden in der letzten Nacht eine militärisch-terroristische Organisation entdeckt haben sollen, die sich die Vernichtung sämtlicher Vornehmten zum Ziel gestellt hätte. Es soll ein umfangreicher Schriftwechsel mit anderen revolutionären Organisationen entdeckt worden sein. Wie es heißt, sind vierzehn Offiziere sowie ein Regimentsarzt verhaftet worden, der beschuldigt wird, geheime Soldatenversammlungen im Intendanturgebäude geleitet zu haben.

Nach anderen Gerüchten ist hier ein neues Schwarzes Hundert, genannt die „Weiße Garde“, gegründet worden, welche sogar einen Aufruf mit einem Todesurteil gegen den Stadthauptmann Grigoriew und sämtliche Gegner der Schwarzen Hundert erlassen haben soll.

Trepow lebt.

Unser Zweifel an der Richtigkeit der Meldung von Trepows Abhaltung war berechtigt: Der Plutonium bleibt! Er hat also zwar nicht von Nikolaus einen Fußtritt erhalten, aber es geht das Gerücht: der liebenswürdige Großfürst Wladimir solle dem braven Trepow mit einem derben Stoß aus über den Schädel gegeben haben. So würden sich denn auch die Meldungen von Trepows „erschütterter Gesundheit“ erklären. —

Auflösung.

Petersburg, 4. September. Der angebliche Staatsdokumenten-diebstahl hat sich angeklärt. Die Dokumente sind nicht geraubt worden, sondern der Kabinetsschote, der sinnlos betrunken war, hat die Dokumente einfach in der Drostei liegen lassen. Der Aufreißer, der gleichfalls betrunken war, fand die Dokumente später im Wagen und stellte sie der Regierung wieder zu.

Auslieferung?

Am 28. August berichteten wir, daß in Hamburg ein junger Mann namens Javart verhaftet wurde unter dem Verdachte, Sprengstoffe angefertigt und nach Rußland befördert zu haben. In der Zwischenzeit hat man noch einige „Komplizen“ Javarts festgenommen, und schon

streckt die russische Regierung ihre Krallen nach diesen in Hamburg verhafteten Personen aus. Wir erfahren kurz vor Redaktionsschluß, daß aus Petersburg bereits ein Antrag eingegangen ist, der die Auslieferung Javarts und der übrigen fordert.

Wir fürchten, daß Väterchen bei seinen offiziellen deutschen Schutzengeln wieder einmal Gegenliebe finden wird.

Parvus und Deutsch.

Vor einigen Tagen sind aus Nischni-Novgorod auf einem Dampfplastschiffe der Firma Kurbatow in einem engen und feuchten schwimmenden Gefängnis mit erstickender Luft 26 politische Verschwörer nach Perm abgegangen, um weiter nach Sibirien befördert zu werden. Unter ihnen befinden sich Parvus und Leo Deutsch. Die Freunde, die zum Abschiede da waren, haben sich im Namen der Gefangenen an den Gouverneur Baron Frederick gewandt mit der Bitte, die Abreise aufzuschieben und bessere sanitäre Verhältnisse für die Gefangenen zu schaffen, damit sie unterwegs nicht erkranken in ihrem engen Gefängnis. Der Gouverneur hat die Bitte nicht erfüllt und das Lastschiff ist abgegangen. („Towariſch“, 2. Sept.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. September.

Der neue Kolonialsekretär.

Die liberale Presse ist förmlich aus dem Häuschen darüber, daß wieder einmal einer ihrer Leute zu Amt und Würden gekommen ist. Und es handelt sich ja nicht nur um den Posten eines Kolonialdirektors, sondern um die Nachfolgerschaft des Kolonialprinzen, der zum Leiter eines selbständigen Kolonialstaatssekretariats ausersehen gewesen war. Das halbamtliche Scherblatt meldet denn auch, daß Herr Dernburg mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß der Reichstag das selbständige Reichskolonialamt doch noch bewilligen werde, nicht zum Kolonialdirektor ernannt, sondern gleich seinem Vorgänger mit Wahrnehmung der Geschäfte als Leiter der Kolonialabteilung beauftragt werden dürfte!

Das Scherblatt teilt ferner mit, daß die Verhandlungen mit Bernhard Dernburg bereits zum Abschluß gekommen seien. Auch sei ihm bereits der Titel eines Wirklichen Geheimen Rates und das Prädikat Exzellenz gewährt worden!

Mit der Aufnahme, die die Nachricht von seiner Ernennung zum Kolonialleiter gefunden hat, kann Herr Dernburg einstweilen zufrieden sein. Nur die antisemitische Presse verhält sich direkt ablehnend, während die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, sie habe vorläufig keine Veranlassung, „dem neuen Herrn starkes Mißtrauen entgegenzubringen“, sondern wolle sich bemühen, „die Spuren seiner neuen Tätigkeit unbefangen zu suchen und zu würdigen“. Auch die Zentrums- und Sozialdemokratische Presse beobachtet eine wohlwollende Neutralität. So meint die „Germania“, wenn Herr Dernburg seine Stelle, die ihm ein Einkommen von Hunderttausenden gebracht habe, niederlege, um sich mit den 15 000 M. eines Kolonialdirektors zu begnügen (der Staatssekretär Dernburg wird ja etwas mehr erhalten! Red. des „Vorw.“), so dürfe man auch annehmen, daß er entschlossen sei, „wirklich Ordnung zu schaffen und den eisernen Wesen walten zu lassen“. Sie sehe ihm ebenso unbefangen gegenüber wie seinem Vorgänger und wolle in aller Ruhe abwarten, was er leisten werde.

Die „Nationalzeitung“ ist gleich der „Deutschen Tageszeitung“ der Ansicht, daß Bernhard Dernburgs Erwählung als ein Empfindlichkeitsfall betrachtet werden müsse. Die „Deutsche Tageszeitung“ versichert noch bestimmter, daß der Beschluß seiner Ernennung erst in den letzten Tagen und sehr schnell gefaßt worden sei. Vor der letzten Reise des Reichstags nach Nordsee nach Berlin sei von einem baldigen Rücktritt des Kolonialprinzen noch nicht die Rede gewesen. Ebenso sei auch erst vor ganz kurzer Zeit die Aufmerksamkeit auf seinen nunmehrigen Nachfolger gelenkt worden. Die „Nationalzeitung“ erklärt, daß man dem Freisinn in einem Augenblicke, da er Podolskijs Bleiben als bittere Bille schluden müsse, die Freude gönnen könne, einen Sohn von Friedrich Dernburg, dem „Tageblatt“-Schriftsteller, „in die Sphäre der Wirklichen Geheimen Räte erhoben zu sehen“. Wobei übrigens erwähnt werden mag, daß der Vater der neuen Koloniallegation ehemals nationalliberaler Abgeordneter und Chefredakteur war, daß also ein Abglanz seiner neuen Würde auch auf die Nationalliberalen fällt. Sehr hübsch nimmt sich die Stillblüte der „Nationalzeitung“ aus, daß für die „harte und raue Arbeit“, die in der Kolonialabteilung zu leisten sei, nicht wieder eine zarte, verhätschelte Hand auszuersuchen worden sei, sondern eine „schweißige Faust“. Herrn Dernburg, dem vielfachen Ausschüßratsmitglied und, wie die „Vossische Zeitung“ stolz verkündet, mehrfachen Millionär, eine „schweißige Faust“ anzudichten, ist entschieden ein humoristischer Einfall!

Es scheint nach alledem, als ob die Regierung den richtigen Schachzug getan habe, um die liberale Opposition und vielleicht auch das Zentrum zu Schweigen zu bringen! Möglich auch, daß dem Affektismus von dem „neuen Herrn“ ein Ende bereitet wird. Wahrscheinlich auch, daß es ein so gewandter Finanzmann, wie Dernburg, verstehen wird, künftig koloniale Enthüllungen zu verhindern. Daß aber die Kolonialkorruption in der neu anbrechenden kapitalistischen Ära um so üppiger gedeihen wird, können nur politische Kinder bezweifeln!

Seiner Heiligkeit allergeheiligste Opposition.

Paris, 2. September. (Eig. Ber.)

Den Kriegspolitikern im Vatikan ist ein Unfall widerfahren, der schwerer wiegt, als die schismatischen Gründungen abtrünniger Priester. Mitten aus der katholischen Welt heraus ist gegen die Enzyklika Protest erhoben worden mit einer Kühnheit der Sprache, die die bisherigen oppositionellen Kundgebungen des fortschrittlichen Katholizismus überbietet, und mit einer geschlossenen Logik, die alle Argumente des Ultramontanismus in die Luft sprengt. Das vom „Temps“ der Öffentlichkeit vermittelte „Wittschreiben“ einer „Gruppe französischer Katholiken“ an den Papst ist inhaltlich wie formell ein Meisterwerk der französischen Prosa. Mit leuchtender Klarheit legt es die Idee der nationalen und demokratischen gesonnenen Katholiken dar, und seine Kritik birgt schneidende Ironie in vornehm zurückhaltender Sprache. Wie der „Temps“ mitteilt, haben schon einige Hundert angegebene Katholiken ihre Zustimmung zu dieser Kundgebung erklärt, darunter auch eine Anzahl Geistliche. Sie geben vorläufig ihre Namen noch nicht bekannt, wie sie selbst erklären: in Erinnerung an den „persiden Verleumdungsflug“, den „eine gewisse religiöse Presse“ gegen die 23 katholischen Intellektuellen unternommen hat, die es gewagt hatten, die Annahmearbeit des Trennungsgesetzes auseinanderzusetzen. Sie wollen vorläufig ihre Ideen selbst wirken lassen.

Daß die Wirkung dieser entschlossenen Kundgebung gerade jetzt — während der entscheidenden Bischofskonferenz — außerordentlich ist, kann nicht wundernehmen; denn sie sagt, daß der Geist der modernen Zeit auch den wohlgebildeten Kadavergehörten der römischen Glaubensgemeinde erschüttert hat. Die Bedürfnisse

und Ideen der umgewandelten Gesellschaft bringen den alten Bau des dogmatischen Gefängnisses zum Bankrott. „Kom hat gesprochen“ und siehe da — diesmal rufen Hunderte, vielleicht bald Tausende: „Die Sache ist noch nicht entschieden und noch nicht abgetan!“

Das Manifest gibt sich selbst als Kundgebung der „gebildeten, besonnenen, aber auch nachdenkenden Bourgeoisie“, die dem Katholizismus nicht nur durch die Täufler, sondern auch durch sehr positive religiöse Akte angehöre. In ihrem Namen erklärt es: „Die Ueber-raschung war ungeheuer, die Enttäuschung tief und beklagenswert. Es ist möglich, daß Sie es wissen, Heiliger Vater. Wenn Ihr Schreiben alle guten Bürger betrübt hat, so hat es im Gegenteil alle diejenigen erfreut, die seit 35 Jahren einen unerbittlichen und systematischen Widerstand gegen die republikanische Regierung organisieren. Zum Beweise genügt es, die Zeitungen zu sammeln, die der Enzyklika Artikel gewidmet haben. Jene allein haben ihr Verfall gesendet, die die erklärten Parteilager des Königtums, des Kaiserreichs und des Antisemitismus sind.“ (Bis hat bekanntlich in der Enzyklika Verwahrung gegen den Vorwurf erhoben, als sei sie aus einem der Republik feindlichen Geiste entsprossen, und nun sind es gerade die katholischen Freunde, die diesen Vorwurf aufnehmen. Sie fragen: Da Frankreich seine Regierungsform über alles stellt, ist die Furcht nicht gerechtfertigt, daß es die Religion jene Unklugheit teuer erkaufen lassen wird, die die Oberhäupter des Katholizismus begehen, wenn sie sich wieder einmal mit den schlimmsten Feinden der Republik solidarisch erklären?)

Das Manifest führt weiter aus, daß das Trennungsgesetz, wenn es auch um seiner Entstehungsart willen zu verwerfen sei, der Kirche eine Reihe sehr bedeutender Freiheiten gewähre. Wenn man diese Freiheiten nicht benütze, wie fürchtbar werde dann die Situation der Kirche sein! Wenn der Kirche die 60 000 Gottesdiener nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn sie die 60 Millionen aufbringen soll, die für die Erhaltung der Priester und für die Organisation des Kultus notwendig sind, wenn die Seminaregebäude gesperrt werden, wie soll da der Dienst in den Pfarren aufrecht erhalten werden? Wenn dann der Kultus streng privat sein wird, wenn er der Regierung verdächtig, den Familien der 700 000 Beamten verboten ist, dann muß man sich darauf gefaßt machen, daß in einem Lande wie dem unseren, wo der Glaube so erflüht, die Menschenfurcht so groß, die Macht des Staates, Einschüchterung zu üben, grenzenlos ist, unzählige abtrünnig werden. Nach einigen Jahren eines solchen Regimes wäre es ein Wunder, wenn der Katholizismus nicht den größten Teil der Gläubigen, die ihm geblieben sind, verlore!

Die „Wittsteller“ erheben dann die Frage, ob das Trennungsgesetz wirklich so sehr das Dogma gefährde, daß die Kirche um ihrer Würde willen alle diese Gefahren auf sich nehmen müsse. Sie verwerfen die Gründe des Papstes nicht und wollen sie hören: die „wahren, triftigen Gründe“. Weil die Gläubigen künftig größere finanzielle Opfer zu bringen haben werden, deshalb sei die Rolle der Gläubigen noch keine von ihrer heutigen verschiedene. Aber würde selbst ihre Bedeutung ein wenig wachsen, so möge doch Seine Heiligkeit darum nicht erschrecken. „War das nicht eine der Reformen, die der fromme und gar nicht revolutionäre Kardinal Manning in seinem geistlichen Testament am meisten wünschte? Gaben wir jene glorreichen und fruchtbaren Zeiten zu beklagen, da die Gläubigen, von den Geschicken der Kirche weniger geschieden, bei der Bestimmung ihrer Priester und Bischöfe eine viel größere Rolle spielten, als sie ihnen jemals zuteil werden wird?“

Besonders scharf wird die Kritik der päpstlichen Politik dort, wo sie auf die „Verlogenheit der Verfasser der Enzyklika“ zu sprechen kommt, die die Verwerfung der Kultusassoziationen als Reinigung der Bischofsversammlung erscheinen lassen wollten! Der lang aufgeschobene Text der Enzyklika hätte uns beinahe die Wahrheit nicht wissen lassen. Heute wissen wir, daß unsere Bischöfe mit einer imposanten Majorität beschlossen haben, einen lokalen Versuch mit dem Gesetz zu machen, und daß sie einstimmig den Entwurf für zugleich gefehliche und laizistische Fabrikassoziationen angenommen haben. Wir wissen auch, daß Eure Heiligkeit geglaubt haben, dieser so schwerwiegenden und gereiften Entscheidung des ganzen Episcopats der größten der katholischen Kirchen den beinahe eingeholten Willen einer Kommission von deutschen, italienischen und spanischen Bräutern vorziehen zu sollen. Die Geschichte wird die Verantwortlichkeiten feststellen.

Die Protestler beschwören den Papst, wegen des ohne seine Zustimmung zustande gekommenen Gesetzes keine Kriegspolitik zu treiben. „Sie sind der Stellvertreter Christi: Ihr Reich ist das Verzeihen und der Frieden. Bis X. möge gegen Frankreich nicht härter sein, als es Leo XIII. gegen Deutschland war. In Verhandlungen über eine Abänderung des Gesetzes ist jetzt keine Zeit mehr. Die Demokratie fordert, daß dem Gesetz sein Recht werde. Ein Kampf böte den Katholiken die schlechtesten Aussichten. Der Ausfall der Wahlen ist ein Zeugnis dafür. Die düsteren Massen der Demokratie, die langsam zum Sturm auf unsere alten sozialen Institutionen emporschreien, sind — wie wir glauben wollen — nicht ganz irreligiös. Sie bewahren die Erinnerung und das Bedürfnis einiger Akten, aber sie wenden sich dem Materialismus und dem Atheismus zu. Der bloße Anblick einer Soutane bringt den Arbeiter in Erregung. Der hierarchische Kultus, der in einer latein Sprache ausgeübt wird, wird ihm immer unverständlich. Andere, noch größere Befürchtungen werden angefaßt der Haltung der intellektuellen Welt gegenüber der Kirche in uns wach. Preise Vessalen öffnen sich in der alten Feste der heiligen Stadt. Viele desertieren. Was aber die betrifft, die weiter — ohne Enthusiasmus — den Lehren der Kirche anhängen, warum es Ihnen verschweigen, heiliger Vater? Die Verwirrung jener, die schon so groß war vor so viel unglücklichen oder im Widerspruch zur Wissenschaft gelisten Fragen, wird durch einige Ihrer neuesten Entscheidungen noch gesteigert. Ueber welche Mittel verfügt die Kirche, um dem Sturm der Freidenker zu widerstehen? Mit Lamentationen ist da nichts geleistet noch auch mit Beschimpfungen der Freimaurer, noch mit Wahinändern und mit Literatur und Politik überhaupt. Es muß etwas anderes gesucht und gefunden werden.“

Die Schrift schließt mit der Bezeugung, daß den Wittstellern die Interessen der Kirche und Frankreichs gleichermäßen am Herzen liegen. Der Papst möge die kühne Sprache verzeihen, die das Leid der gläubigen katholischen Massen verkünde.

Die Folgen dieser merkwürdigen Kundgebung sind heute noch nicht abzusehen. In jedem Falle haben wir es mit einer Aeußerung mannhafter Festung zu tun, wie man sie etwa bei der jämmerlichen deutschen Zentrums-„Demokratie“ nie wahrgenommen hat. Hier fassen gebildete, urteilsfähige und des Zusammenhanges mit ihrem Volkstum bewusste Männer die Widersprüche zusammen, die zwischen dem dogmatischen Glauben und den Bedingungen der in vollkommener Umgestaltung befindlichen Gesellschaft bestehen. Was sonst hier und da ein überschwänglicher Theologe auszusprechen gewagt hat, um es, vom Wahn der Kirche bedroht, nachträglich in lässlicher Unterwerfung wieder auszusprechen, hier schreiben es Hunderte — vielleicht ebenso vom klar erkannten Interesse wie von ihrem Gewissen getrieben — dem Geiste im Vatikan zu. Wird er hören? Und wenn nicht? Werden die Hunderte, wie sie es in ihrem Wittschreiben erklären, wirklich dem Papste auch dann folgen: durch die und dünn, durch Unwissen und Torheit, ihrem Wissen und ihrem Gewissen entgegen? Nicht mehr als gläubige Katholiken, sondern — sie bekennen es selbst — als fügsame katholische — Gelehrte? —

Deutsches Reich.

Zur Beugnispflicht der Reichstagsabgeordneten.

Professor Laband hat sich, wie wir vor kurzem meldeten, gemüßigt gefühlt, in einem Aufsatz der „Deutschen Juristen-Ztg.“ den Nachweis zu versuchen, daß der Artikel 30 der Reichsverfassung, der bekanntlich bestimmt, daß kein Reichstagsabgeordneter wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes getanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst zur Verantwortung gezogen werden darf, nicht

das Recht der Zeugnisverweigerung einräumt, denn, so folgert die seltsame Logik des Herrn Laband, wenn ein Reichstagsmitglied dem Zeugniszwang unterworfen werde, so werde es damit noch durchaus nicht zur Verantwortung gezogen. Eine höchst kuriose Folgerung, die nichts anderes besagt, als: „Wegen einer im Reichstage gemachten Mitteilung darf zwar kein Reichstagsabgeordneter zur Verantwortung gezogen werden, wenn er aber nicht sagt, von welchem Gewährsmann er das Material für diese Mitteilungen erhalten hat, dann kann gegen ihn das Zeugniszwangsverfahren eröffnet und er, wenn er die Auskunft verweigert, eingesperrt werden, denn ein derartiges Vorgehen gegen ihn fällt nicht unter den Begriff des Zur-Verantwortung-Ziehens.“

Diesem tabulistischen Kunststück gegenüber kann auf eine Interpretation des Artikels 30 der Reichsverfassung hingewiesen werden, die in der Reichstagsfassung vom 10. März 1886 Windthorst abgab. Als damals im Reichstage zur Sprache kam, ob es nicht angebracht sei, der Strafprozedur einen Paragraphen einzufügen, der den Reichstagsabgeordneten ausdrücklich das Recht der Zeugnisverweigerung zuerkennt, sagte Windthorst:

„Wenn in einer Verfassung der Satz, den ich in der unsrigen finde, ausgesprochen ist, so ist es ganz überflüssig, denselben in der Kriminalprozedur noch wiederholen; wir würden in der Tat zu wunderbaren Gesetzesredaktionen kommen, wenn wir alles, was in die betreffende Materie gehört, auch noch in die Prozedur hineinschleppen wollten. Wir haben aber die Meinung, daß der Richter nicht allein die Kriminalprozedur vor Augen hat, sondern auch die Verfassung kennt und was darin steht, ob es auch in seinem Satz der Prozedur steht. Nach dem Art. 30 der Verfassung halte ich dafür, daß man niemand zum Zeugnis zwingen kann über das, was er hier in amtlicher Stellung sagt. Ich wüßte sonst gar nicht, was die Bestimmung heißt: er ist weder gerichtlich oder disziplinarisch oder sonst zur Verantwortung zu ziehen. Es würden die Worte: „oder sonst zur Verantwortung ziehen“ ganz überflüssig sein, am wenigsten aber kann ich in dem Verfassungsgesetz annehmen, daß irgend ein Wort überflüssig gesetzt worden ist.“

Die Auslegung, die Windthorst damals für ausgeschlossen hielt, ist nun inzwischen doch erfolgt, und der Reichstag wird nicht umhin können, dem Artikel 30 eine authentische Interpretation durch die Gesetzgebung zu geben, die solchen juristischen Auslegungsversuchen, wie sie sich Herr Laband leistet, energisch einen Riegel vorschiebt.

Dernburg, Pod und Freisinn.

In der Presse wird verschiedentlich die Frage aufgeworfen, ob der Freisinn nunmehr wohl seine Angriffe gegen Pod einstellen werde. Man wird ja bald sehen, ob durch die Ernennung Dernburgs tatsächlich das Schweigen des Freisinnigen erlaßt worden ist. Einstweilen scheint es tatsächlich, als ob die Angriffe des Freisinnigen gegen Pod eingestellt werden sollten. Die freisinnig-volksparteiliche „Dresdener Zeitung“ allerdings behauptet, daß der Freisinn „unentwegt“ in seiner Opposition gegen Poddieleski verharren werde. Sie schreibt:

„Sol Erzbischof Hohenlohe gehen, um Herrn von Poddieleski das Verbleiben im Amte zu ermöglichen? Soll der Erzbischof das Opfer sein, das der empörenden öffentlichen Meinung gebracht wird, damit Frau v. Poddieleski weiter Geschäfte mit der Firma Toppelkirch macht und Herr v. Poddieleski weiter Minister bleiben kann? In dieser Frage wird man nichts anderes als eine Herausforderung erblicken können. Der Fall Hohenlohe und der Fall Poddieleski haben miteinander nicht das geringste gemein. Das Urteil über die Affäre Poddieleski bleibt von dem Urteil über Hohenlohe völlig unabhängig. Das muß zunächst mit aller Entschiedenheit betont werden.“

Die Volkschaft hören wir wohl, allein zum Glauben werden wir erst dann aufschwimmen vermögen, wenn der Freisinn durch seine Haltung bewiesen haben wird, daß ihm nunmehr Poddieleski Verhalten nicht in einem milderen Lichte erscheint. Die Fortsetzung der freisinnigen Kampagne wäre um so notwendiger, als die agrarische Presse energisch fortfährt, Poddieleski zu festigen. So erklärt heute die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Verhandlungen über das Ausscheiden der Gemahlin des Herrn v. Poddieleski aus der Firma Toppelkirch nicht erst jetzt begonnen, sondern schon vor einigen Wochen vorbereitet seien. Es sei auch ganz unrichtig, die Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Landwirtschaftsminister immer wieder ein „Duell Wilow-Poddieleski“ zu nennen. Zurzeit könne von sachlichen Differenzen zwischen beiden nicht die Rede sein. Man dürfe vermuten, daß die formellen Differenzen, die zum Teil auf Mißverständnissen beruhten, neuerdings ausgeglichen seien. Eine Entscheidung über die Angelegenheit des Landwirtschaftsministers sei, das müßte wiederholt werden, bisher nicht gefallen und nach menschlicher Voraussicht auch in der nächsten Zeit nicht zu erwarten!

Die freisinnige Presse kann also nunmehr beweisen, daß ihr nicht so leicht durch ein Schaderobjekt der Mund gestopft wird, wie man das bei dem Zentrum gewöhnt ist!

Neue Steuern in Sicht!

Eine Korrespondenz meldet:

Die Sitzungen des Bundesrats werden erst Ende September oder Anfang Oktober wieder beginnen. Außer den sozialpolitischen Gesetzen über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die Sicherung der Bauhandwerkerforderung wurden von Vorlagen, denen der Bundesrat die letzte Form zu geben habe, noch die Novelle zum Wörstengesetz genannt. Wertwüchsigere sind bei dieser Aufzählung in der Presse die neuen Steuererlasse ganz vergessen worden. Man soll nicht meinen, daß nach Annahme der Steuervorlagen im Mai d. J. das Reich nun in Golde schwimme. Das ist keineswegs der Fall und das Gegenteil macht sich bei der Etatsaufstellung sehr fühlbar. Wie erinnerlich, hatte das Reichshauptamt den Fehlbetrag der kommenden Jahre in Beharrungszustand auf 230-250 Millionen Mark berechnet. Die Steuerkommission hatte auf Grund sorgfältiger Ermüdungen und Berechnungen gegeben müssen, daß mindestens 200 Millionen Mark beschafft werden müßten. Nun haben aber Kommission und Plenum durch ihre Vor schläge und Beschlüsse nur einen Betrag von etwa 180 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Es wird also daran gedacht werden müssen, auch die vom Reichstag in der Form von Resolutionen gewünschten Steuern, vielleicht die Wehrsteuer oder auch die Mühlenumsatzsteuer ihrer Verwirklichung näher zu führen. Zugelagt ist bereits die Abänderung der Waischraumsteuer, deren nachteilige Folgen für den Reichsstaats durch das Ansteigen des technischen Konsums an Spiritus immer fühlbarer werden. Auch über diese finanzpolitischen Pläne wird sich der Bundesrat in Kürze schlüssig machen.

Raum also, daß das neue Steuerbudget gekürzt worden ist, begibt man sich schon wieder auf die Jagd nach neuen Steuern. Auch mit der Wehrsteuer soll das Volk beglückt werden! Dafür soll den Agrariern die Branntweinsteuerbesgabe unangetauscht bleiben!

Pods finanzielle Diebstahlsfähigkeit.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht allerhand Enthaltungen über die Art, wie die Firma Toppelkirch sich ihre Monopollieferungen zu verschaffen wußte. In den Hauptlieferanten der Firma Toppelkirch habe auch die Hamburger Firma Jordan

u. Co. gehört. An dieser Firma, die sich trotz des Wettbewerbes einer rheinischen Firma durch Separatvertrag mit Toppelkirch Kalkulierungen mit 100 Proz. Gewinn gesichert habe, solle auch Herr v. Poddieleski beteiligt gewesen sein. Es wäre deshalb immerhin von Interesse zu erfahren, ob der Landwirtschaftsminister nach seinem Ausscheiden aus der Firma Toppelkirch auch alle anderen Beteiligungen löse, da sonst ein finanzieller Zusammenhang mit der Toppelkircherei nach wie vor bestehe.

Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie wird auch den Wahlkampf im 10. sächsischen Wahlkreise (Döbeln) beschmücken. Seine erste Niederlage hat er sich bereits geholt. Am Freitag abend hielt er eine von etwa 1500 Personen besuchte Versammlung in Döbeln. Der Remonierarbeiter des Verleumdungsverbandes Reinhardt schimpfte in so dummschmüger Weise auf die Sozialdemokratie, daß selbst waschschichten Ordnungswächtern schwall wurde. „Mit der Sorte wie Reinhardt können sie uns verzeihen!“ hörte man eine Ordnungswächterin beim Verlassen des Saales sagen. Genosse Schöpflin ging mit dem reichsverbandlerischen Klopffedter demnach ins Gericht, daß ein zweiter reichsverbandlerischer Redner eine Jeremiade darüber anstimmte, weil Schöpflin den „schlichten Arbeiter“ doch so toll verwalte habe. Das sei von Schöpflin nicht edelmütig gehandelt, er hätte vielmehr mit dem „schlichten Arbeiter“ Rücksicht üben müssen.

Unter brausender Zustimmung der Mehrheit erklärte Genosse Schöpflin, daß General v. Liebert der Sozialdemokratie mit Exemplaren wie Reinhardt einen sehr großen Gefallen erweise. Die Herren sollen nur weiter im Kreise „agitieren“, was allerdings den Nachteil hätte, daß der Wahlkampf sich in Formen abspiele, die bisher im 10. Wahlkreise nicht üblich waren. Die beiden Soldlinge lauschten übrigens nicht wenig, als Genosse Schöpflin ein kleines Händchen aus dem Jahre 1890 zum besten gab, das sich damals zwischen dem jetzigen Kommandeur des Reichsverbandes, der zu jener Zeit noch ein schlichter bürgerlicher Oberst Liebert war, und dem Genossen Schöpflin anlässlich eines Streiks in Frankfurt a. O. abspielte. Herr Oberst Liebert, jetzt Erzengel v. Liebert, kommandierte Soldaten des 12. Grenadierregiments als Arbeitswille. Auf die Vorstellungen des Genossen Schöpflin antwortete der Mann, ein Streik sei ein öffentlicher Rotstand, wie Feuersbrunst und Wassersnot, und daschreite er ein. Der Herr Oberst mußte schließlich den Rückzug antreten, denn Genosse Vebel nagelte sein Verhalten im Reichstage gebührend an.

Nicht ohne Interesse ist noch, daß die beiden Reichsverbandler den Gewerkschaften Lob über Lob spendeten, vor allem aber den Gewerkschaftsführern, die auf der Vorstandskonferenz eine besondere Theorie für die Gewerkschaftsbewegung forderten. Für den plumpen Versuch, die Gewerkschaften gegen die Partei aufzuwiegen, hatten aber die anwesenden Arbeiter nur Heiterkeit übrig. Die anwesenden ordnungsparteilichen Unternehmer zogen schiefse Münderchen, als die Reichsverbandler die Gewerkschaften über den grünen Klee lobten, und Schöpflin höhnisch dafür seinen Dank ansprach.

Der Reichsverband hat mit seiner ersten Versammlung im Döbelner Wahlkampf die erste Niederlage zu verzeichnen. Weitere werden folgen.

Antisemitische Gemütsmenschen.

Das Stillingengehewirkepaar „Reich“ „Staatsbürger-Zeitung“ fühlte sich durch unser Feuilleton „St. Sedan“ im Innersten seiner byzantinischen Seele getroffen. Dies Feuilleton behauptet es, sei „so bodenlos gemein und hämisch, daß es den Gipfel dessen zu bilden scheint, was journalistische Rohheit zu leisten imstande sei“. Nicht genug damit, daß die Toppelkircherei in den Bereich der Betrachtungen gezogen worden sei, sogar „das Kleinlein in der Wiege im Heim des Kronprinzen“ habe dazu dienen müssen, dem Verfasser sein Feuilleton zu würzen. Dies Verfahren stelle ein „Uebermaß antisemitischer Gemeinheit dar“, und Leute, die straflos im deutschen Vaterlande so etwas schreiben dürften, beflagten sich dann noch über Klassenjustiz. Es werde einem tatsächlich manchmal schwer, „für berattigte Rohheiten nicht fühlbarere Strafen empfehlen zu können“, als sie unser hohes Strafvolkzug aufzuweisen habe. Und wodurch hatte sich der Verfasser unseres Feuilletons diesen wüßstüchigen Ausdruck eines gekränkten Patriotengemütes zugezogen? Dadurch, daß er in harmloser Weise darüber gepöbelte hatte, daß Berliner Schulkindern zugemutet worden war, das historische Ereignis des Aufstieges des jüngsten Hohenzollernsprösses in einem Aufsatze zu verherlichen!

Solch schweißbedende Byzantinererei scheint uns allerdings den Gipfel dessen darzustellen, was freihafte Anschickeligkeit zu leisten vermag!

Die Alldeutschen über die Kolonialpolitik.

Auf dem Alldeutschen Verbandstag, der gerade zu St. Sedan in Dresden zusammengetreten ist, wurde auch über den „Wiederaufbau der Kolonialpolitik“ gesprochen. Der bekannte Generalsekretär Liebert, einer der Hauptmänner des Flottenvereins, stellte sich als Opfer der Kolonialbureaucratie vor. Als er seinerzeit nach Ostafrika gegangen sei, habe er gesagt, daß er bereit sei, draußen zu sterben. Die Herren Diplomaten hätten ihn aber nicht sterben lassen, sondern ihn früher wieder weggeholt, weil er es gemagt habe, die Wahrheit zu sagen. Das komplizierte Drum und Dran bei den Kolonien müsse wegfallen. Er wisse, daß aus Dar es Salam jährlich drei große Kisten an den Reichsrechnungshof in Potsdam zur Prüfung gesandt werden. Eine Vereinfachung des Rechnungswesens sei dringend notwendig. Im übrigen handele es sich nur darum, aus den Kolonien wirtschaftlichen Gewinn zu ziehen. Das sei die Hauptsache, alles andere Spiegelglückerei und Neben sache.

Ein Herr von Strangh-Berlin weiterte gegen den Formalismus in den Kolonien und gleichzeitig gegen die „Humanitätsduselei“: „Wir wollen in den Kolonien nicht die Leute zu Christen machen, sondern sie sollen für uns arbeiten. Das wollen wir mal rund heraus sagen! Dieser Humanitätsduselei ist geradezu lächerlich. Die deutsche Sentimentalität hat uns ein Mann wie Peters geräubt!“

Man sieht, diese Sorte von Kolonialschwärmern findet an der Kolonialkorruption nur deren Enthüllung ärgerlich! Wie könnten sie auch einen Stein auf die Toppelkirch, Poddieleski und Konfuzien werfen, da für sie die Kolonialpolitik ja nur im Verdienen besteht!

Ausland.

Frankreich.

Das zweite Konzil.

Gestern (Dienstag) vormittag wurde in Paris die Vollversammlung des französischen Episcopats eröffnet. Die Verhandlungen sind geheim, auch die Presse hat keinen Zutritt. — Die erste Sitzung war um 11 Uhr 50 Minuten beendet. An ihr nahmen 82 Prälaten teil. Gleich nach ihrer Ankunft begaben sich die Geistlichen in die Kapelle, um dort das „Veni, Creator“ („Komm, heiliger Geist“) zu hören. Dann traten sie in die Beratung ein, über deren Verlauf der Presse keinerlei Mitteilung gemacht worden ist. Nach Beendigung der zweiten Sitzung, die um 3 Uhr nachmittags stattfand, richteten die Bischöfe ein Telegramm an den Papst, in dem sie denselben ihres unerschütterlichen Gehorsams versicherten.

Ein Anruf Maxim Gorkis an das französische Proletariat.

Paris, 8. September. (H. V.) Die heutige „Humanität“ veröffentlicht einen Anruf Gorkis an die französischen Arbeiter zur Unterstützung der russischen Revolution. Gorki legt darin dar, daß die russischen Arbeiter die Pioniere des

internationalen Sozialismus geworden sind. „Noch ist der Feind stark, und das russische Volk hat noch mehr als eine Schlacht zu liefern. Wenn der russische Arbeiter siegen wird, werden die Arbeiter ganz Europas aus diesem Siege Begeisterung, Kraft und eine Lehre für ihre künftigen Kämpfe schöpfen. Die Stunde der allgemeinen Erhebung in Rußland ist nahe. Wollt Ihr eure Genossen mit leeren Händen in den Kampf ziehen lassen? Gebt ihnen Geld für Eisen und Blei! Zeigt der alten Welt der Frömmlinge und Heuchler, daß im Herzen des Arbeiters die wahre Liebe für die Menschlichkeit flammt!“

Ein Soldaten-Selbstmord.

Paris, 8. September. (H. V.) In Compiègne beging ein Neferist des 59. Infanterieregiments Selbstmord. Er hatte sich wiederholt krank gemeldet, war aber jedesmal von dem diensttuenden Arzte abgeurteilt worden! Seine Kameraden veranstalteten eine Kundgebung, sangen die Internationale und beschimpften die Offiziere. Die Angelegenheit dürfte in der Kammer zur Sprache kommen.

Türkei.

„Zivilisation“.

Konstantinopel, 8. September. (Melbung des Wiener kaiserl. k. k. Teleg. Korresp.-Bureaus.) Infolge der jüngsten Kriegserfahrungen hat auch die Türkei beschlossen, die Kavallerie mit Maschinengewehren auszurüsten. Der in türkischen Diensten stehende französische Waffentechniker Verbiere-Boscha ist zu Vorverhandlungen über die betreffende Bestellung gestern nach Brüssel abgereist; denn da die Streitfrage wegen der Dose Djanel als geregelt betrachtet wird, sollen eventuell französische staatliche Fabriken die Bestellung erhalten.

Der Parteitag für die Provinz Ostpreußen

fand am Sonntag, den 2. September, unter sehr starker Beteiligung von Zuhörern aus der Stadt und vom Lande in Jasterburg statt. Erst vor etwa zwei Monaten wurde in dieser jetzt 30 000 Einwohner zählenden Stadt ein sozialdemokratischer Verein gegründet, der aber doch jetzt schon gegen 300 Mitglieder hat. Den Jasterburger Spießbürgern und den Behörden war es bis dahin gelungen, alle Versammlungen der Partei und der Gewerkschaften zu verhindern. Deito größer war nun die Aufregung in der Stadt, als es bekannt wurde, daß der rote Parteitag in ihr tagen sollte, wie Kafate anzeigten. Schnell wurden denn auch Polizei und Feuerwehrr requiriert, um diese gefährlichen Befammlungen zu entfernen. Vor kurzem wurde in Jasterburg eine öffentliche Volksversammlung vom Polizeikommissar aufgelöst, weil Frauen im Versammlungsort waren. Die Beschwerte schwebt noch in zweiter Instanz. Und während jetzt in ganz Deutschland an hunderten Orten Parteitage und Konferenzen stattfinden, an denen Frauen teilnehmen, wird dieses auch jetzt noch in Jasterburg verboten. Nach der Eröffnung des Parteitages erklärte der überwachende Polizeibeamte, er habe den strikten Befehl vom Oberbürgermeister erhalten, die Versammlung, in der über Politik gesprochen werde, aufzulösen, wenn Frauen daran teilnehmen würden. Um nun nicht das Abhalten des Parteitages zu gefährden, mußten die zahlreichen anwesenden Frauen, darunter auch die Delegierte der Königsberger sozialdemokratischen Frauen, einwilligen den Saal verlassen und sich in die Nebenräume begeben. Als dann der Genosse Haase seinen einleitenden Vortrag beendet hatte, begab er sich nach der Wohnung des Stadtoberhauptes. Seinen eindringlichen juristischen Auseinandersetzungen gelang es denn schließlich, den Herrn Oberbürgermeister zu veranlassen, das merkwürdige Verbot zurückzuziehen. Nun erst konnten, nachdem bereits zwei wichtige Punkte der Tagesordnung erledigt waren, auch die Frauen an den weiteren Verhandlungen teilnehmen.

Besucht war der Provinzialparteitag von sämtlichen 17 Wahlkreisen Ostpreußens durch 31 Delegierte. Diesen hatten sich zahlreiche Gäste, darunter Frauen aus verschiedenen Wahlkreisen, auf ihre Kosten angeschlossen.

Aus dem vom Parteisekretär erstatteten Bericht des Agitationskomitees ging hervor, daß die politische Arbeiterbewegung in Ostpreußen einen guten Schritt vorwärts gekommen ist. Es sind im letzten Berichtsjahr drei Versammlungslokale neu erworben und vier neue Kreisorganisationen gegründet worden, so daß jetzt zehn Kreisorganisationen mit zusammen annähernd 4000 Mitgliedern in Ostpreußen bestehen.

Große Schwierigkeiten und Hindernisse werden der Organisation und Agitation von den vereinigten Gegnern nach wie vor bereitet. Aber trotzdem, oder gerade infolgedessen geht es in dieser agrarischen Provinz langsam, aber sicher mit dem Sozialismus vorwärts.

Gemäß dem Organisationsstatut der Partei wurde ein „Sozialdemokratischer Provinzverband Ostpreußen“ mit dem Sitz in Königsberg gegründet. (Den Statutenentwurf haben wir gestern mitgeteilt.) Beschlossen wurde ferner, einem dringenden, allseitig gestellten Verlangen nachzutun und das Organ der Kreisvereine, den „Ostpreußischen Landboten“ anstatt wie bisher 14tägig, wöchentlich erscheinen zu lassen. Der Parteivorstand soll ersucht werden, die erforderlichen Mittel hierzu zu bewilligen, falls die erhöhten Ausgaben nicht anderwärts aufgebracht werden könnten. Der impositant verlaufene Parteitag, an dem insgesamt gut 400 Personen teilgenommen hatten, wurde nach siebenstündiger Dauer mit einem brausenden Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen. Während des Parteitages wurde eine ganze Anzahl Mitglieder in den Ortsvereinen Jasterburg aufgenommen.

Soziales.

Die Gefahren des Anshüßvertrages im Warenhaufe.

Mit wie unangenehmen Folgen ein Anshüßvertrag mit täglicher Kündigung für einen Angestellten verbunden sein kann, zeigte sich in einer Verhandlung, die gestern vor der vierten Kammer des Kaufmannsgerichts stattfand. Die Verkäuferin Martha D. war im März dieses Jahres in die Anshüßteilung des Warenhauses Tieg anshüßweise eingetreten. Nachdem sie 2 1/2 Monate im Hause tätig war, ohne daß sie sich seitens ihrer Vorgesetzten den geringsten Tadel zuzog, glaubte sie, man würde sie weiter behalten. Um aber ganz sicher zu gehen, wandte sie sich acht Tage vor Ablauf des Anshüßvierteljahres an den Kanonchef, der ihr erwiderte, sie brauche sich diesfalls keine Sorgen zu machen; man werde sie schon behalten. Am letzten Tage erhielt Frau D. trotzdem die Mitteilung, daß sie nicht mehr wiederzukommen brauche. Die Klägerin, der es unmöglich war, in den stillen Sommermonaten Stellung zu finden, verlangt eine Gehaltsentschädigung von 150 M., der Vertreter der beklagten Firma wendete dagegen ein, daß die Klägerin keinerlei Ansprüche mehr habe. Der Kanonchef sei gar nicht berechtigt gewesen, der Klägerin in bezug auf ihr ferneres Verbleiben irgendwelche Versprechungen zu machen, habe er dies doch getan, so sei dies für die Firma keineswegs bindend. Nur vom Personalbureau aus würden die Engagements und Kündigungen geregelt. Der Vorfigende erwiderte, daß es doch erklärlich wäre, wenn sich eine Verkäuferin bei dem Kanonchef Rat einholt, da dieser als direkter Vorgesetzter über Leistungen und Brauchbarkeit am besten Bescheid wissen müßte, und ein Arbeitgeberbesitzer wandte sich an den Vertreter der Firma mit den Worten: „Ist es nicht eine furchtbare Härte, ein junges Mädchen drei Monate zu behalten und sie über ihre weitere Existenz bis zum letzten Moment im unklaren zu lassen.“ worauf sich der Vertreter auf das Gesetz berief und erklärte, keinen Fremig zahlen zu wollen. — Das Kaufmannsgericht beschloß den Inhaber des Warenhauses, Herrn Tieg, bei Ver-

meidung einer Ordnungstrafe persönlich zu laden.

Das persönliche Erscheinen ermöglicht einen Vergleichsabschluss und ermöglicht auch eine bessere Aufklärung über die Stellung des Rayonchefs. Die Annahme, daß der Rayonchef zur Annahme nicht berechtigt sei, dürfte eine irrige sein. In einer Reihe von Prozessen, z. B. wegen Übertretung des Verbotes des Feilhaltens von Wild nach eingetretener Schonzeit, ist von der Staatsanwaltschaft und dem Gericht angenommen, nicht Herr Zieg, sondern der betreffende Rayonchef sei persönlich verantwortlich und die Verkäufer seien dem Rayonchef Gehorsam schuldig. Diegt das Rechtsverhältnis so, so ist eine Vereinbarung, die mit dem Rayonchef über Fortdauer des Vertrages getroffen ist, rechtsgültig, falls nicht etwa dem Angestellten beim Engagement ausdrücklich erklärt ist, lediglich der Inhaber des Geschäfts habe diese Befugnis. Ueber den Ausgang dieses für Handlungsgehälfen wichtigen Prozesses werden wir berichten.

Zum behördlichen Kampf gegen die Verampfung des Alkoholkonsums durch den Vorstand der Oriskankasse in Weigensee.

Der Beschluß der letzten Gemeindevorstandssitzung auf Anstellung eines zweiten besoldeten Schöffen, dem in Zukunft die Dezernate der Krankenkasse, der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte übertragen werden soll, enthält ein lazes Mißtrauensvotum gegen den jetzigen Inhaber dieser Funktionen, Dr. Pape. Das fühlte wohl auch Herr Dr. Pape. War es ihm unmöglich, in öffentlicher Gemeindevorstandssitzung die allgemeine verurteilende Kritik seines antisozialen Vorgehens zu beschönigen, alldieweil in der Gemeindevorstandssitzung auch Sozialdemokraten sitzen, so ergreift Herr Dr. Pape jetzt die Flucht in das Dunkel nichtöffentlicher Verteidigung durch Verunglimpfung der Kassenvorstandsmitglieder. Er hat allen bürgerlichen Gemeindevorstandern — die sozialdemokratischen hat er vorsichtigerweise nicht apostrophiert — eine Abschrift seiner Anklageschrift gegen den Kassenvorstand mit folgender Einleitung zugesendet: „Gegenüber den vielen unrichtigen Ausstellungen, die in den Zeitungen und in Versammlungen über die Amtsenthebung des Vorstandes der Krankenkasse verbreitet werden, lasse ich die Gemeindevorstandssitzung hiermit zur Aufklärung nachstehend die auf Grund der Beweisaufnahme der Staatsanwaltschaft erstattete Anzeige gehen, die nur unvollständig in bezug auf die Namen der in Betracht kommenden Personen geführt ist.“ Die liebliche Anzeige des Dr. Pape enthält das, was — offensichtlich auf seine Veranlassung bereits in den „Mugdan-Blättern“ über die Kassenvorstandsmitglieder fabuliert war. Nur ein Moment ist aus der Papeschen Anzeige noch nicht in den „Mugdan-Blättern“ zur Vergegenwärtigung gut verwalteter Krankenkassen gebrungen. Das ist die Behauptung, der Vorstand habe sich allein das Recht herausgenommen, die An- und Abmeldungen zur Krankenkasse selbständig zu verkaufen und allen denen, die sich auf ihre Rechnung solche Formulare anfertigen wollten, Schwierigkeiten bereitet. Diese Behauptung in der Papeschen Denunziation ist eine Entstellung der Tatsachen, da seit Existenz der Formulare verschiedene Firmen sich solche auf eigene Kosten drucken ließen. Für dieses neue Moment führt Herr Dr. Pape als Kronzeugen den Buchdruckereibesitzer Walter Reum an. Das ist derselbe Herr, der, wie wir berichteten, vor nicht langer Zeit wegen Unterschlagung von Krankenkassenträgern von der Strafkammer des Landgerichts zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Dieser Herr erfreut sich der besonderen Gunst des Herrn Dr. Pape. Warum schüzte Dr. Pape seine Anschuldigungen nicht in der Gemeindevorstandssitzung aus? Fürchte er sich lächerlich zu machen, weil jeder Unternehmer, der Krankenkassengelder nicht unterschlagen hat, weiß, daß der Vorstand kein Monopol für Drucksaßen hat? Der Versuch des Dr. Pape, von hinten herum sich zu rechtfertigen, ist für die Handlungsweise dieses energischen Gegners der Verampfung des Alkoholkonsums charakteristisch.

Familienrechtliches oder Arbeits-Verhältnis?

Wegen geschwinder Beschäftigung einer Photographengehelfin und eines Photographengehelfen am Sonntag war der Photograph Schäfer auf Grund der entsprechenden Vorschriften der Gewerbeordnung angeklagt worden. Es handelte sich um seine Ehefrau und um seinen 23jährigen Sohn. Das Landgericht Münster als Berufungsinstanz verurteilte auch den Angeklagten, der einen photographischen Betrieb in Münster hat, zu einer Geldstrafe, indessen nur wegen der Beschäftigung des Sohnes zu verbotener Zeit. Hinsichtlich der Beschäftigung der Ehefrau wurde er freigesprochen. Begründend führte das Gericht aus: Was die Sonntagsarbeit der Frau angeht, so griffen hier die familienrechtlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch. Nach § 1356 Absatz 2 sei die Frau verpflichtet zu Arbeiten im Hauswesen und im Geschäft des Mannes, soweit eine solche Tätigkeit nach den Umständen, in denen die Eheleute leben, üblich ist. Bei den photographischen Arbeiten helfe nun die Ehefrau öfter. Es lägen hier die Voraussetzungen des § 1356 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vor; es handele sich hier um eine „übliche“ Hilfe der Frau im Sinne dieses Paragraphen. Sie kann deshalb nicht als Gewerbegehelfin betrachtet und behandelt werden. Das Verbot beziehungsweise die Beschränkung der Sonntagsarbeit finde somit auf sie keine Anwendung. — Anders verhalte es sich mit dem Sohne des Angeklagten, der bei ihm seit zwei Jahren arbeite und außer vollem Unterhalt ein Taschengeld bekomme. Zwar hätten Kinder, so lange sie dem elterlichen Haushalt angehören und von den Eltern erzogen oder unterhalten würden, nach § 1617 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Verpflichtung, in einer ihren Kräften und ihrer Lebensstellung entsprechenden Weise den Eltern in ihrem Hauswesen und Geschäfte Dienste zu leisten. Diese Verpflichtung solle u. a. deshalb eintreten, weil der Unterhalt gewährt werde. Wenn nun hier der dreizehnjährige Sohn ein Taschengeld und den Unterhalt bekomme, so handele es sich doch nicht bei seiner Beschäftigung um ein familienrechtliches Verhältnis gemäß § 1617, denn er arbeite nicht bei dem Vater, weil er den Unterhalt bekomme, sondern weil er arbeite, gewähre ihm der Vater den vollen Unterhalt und ein Taschengeld. Unterhalt und Taschengeld seien hier als Lohn zu betrachten. Der Angeklagte habe also in dem Sohne einen gewerblichen Arbeiter zur verbotenen Sonntagszeit in seinem Atelier beschäftigt und sei deshalb wegen Übertretung der Gewerbeordnung zu bestrafen.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, sein Sohn hätte zu ihm nicht in einem gewerblichen Verhältnis, sondern lediglich im Verhältnis des Haussohnes gestanden.

Das Kammergericht unter dem Vorsitz des Herrn Aroneder verwarf jedoch in seiner letzten Sitzung die Revision mit folgender Begründung: Nach der Feststellung des Landgerichts sei der Sohn des Angeklagten 23 Jahre alt und seit 2 1/2 Jahren beim Vater beschäftigt gewesen und habe vollen Unterhalt und Taschengeld bekommen. Wenn das Landgericht unter diesen Umständen annehme, daß der Sohn als Gewerbegehelfe anzusehen sei, daß er auf Grund eines vertraglichen und nicht ausschließlich familienrechtlichen Verhältnisses als Gewerbegehelfe dort gearbeitet habe, so sei das nicht richtig.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Arbeiter in den Betrieben für gefasste Bleche lautet unbedeutend fort. Es haben zwar wiederholt Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, doch waren die gemachten Zugeständnisse derartig gering, daß sie von den Streikenden stets als durchaus ungenügend abgelehnt werden mußten. Am Montag hatten die Unternehmer wieder neue Lohnvorschläge gemacht. So boten sie

den Schlossern erst vom dritten Jahr nach Beendeter Lehrzeit an einen Mindestlohn von 50 Pf., den Lockern erst vom vierten Jahr ab 55 Pf. und den Schnitzmachern ebenfalls vom vierten Jahr ab 60 Pf. In den vorhergehenden Jahren sollte jedoch ein erheblich niedrigerer Lohnsatz gezahlt werden. Den Hilfsarbeitern wollten die Herren sogar nur einen Anfangslohn von 30 Pf. gewähren, und das auch nur bei sechsmonatlicher Probezeit; erst nach einjähriger Tätigkeit sollte der Lohn dann auf 35 Pf. und nach zwei Jahren auf 40 Pf. steigen. Vorstehendes Angebot wurde in der gestrigen Streikerversammlung in geheimer Abstimmung mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Die Streikenden waren der Ansicht, daß wenn sich die Herren Arbeitgeber zu keinen anderen Zugeständnissen bequemen wollten, dann an eine Beendigung des Streiks vorläufig noch nicht zu denken ist.

Zechnkündigenbewegung der Schneider.

Die in der Berliner Herrenkonfektion der Zwischenmeister in der Stapelbranche beschäftigten Schneider beschloßen Montag abend in einer stark besuchten Versammlung in den Mustertälern, Kaiser Wilhelmstraße, die zehnstündige tägliche Arbeitszeit in ihrem Betriebe zur Einführung zu bringen. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Einführung dieser verkürzten Arbeitszeit für eine bringende Notwendigkeit erklärt wird. Der Umstand, daß eine Anzahl von Zwischenmeistern bereits eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde habe eintreten lassen, beweise die Schädlichkeit der jetzt meist bestehenden 12stündigen Arbeitszeit für beide Teile. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, die Forderung sämtlichen Meistern (etwa 90) sofort zu unterbreiten und am Sonnabend über den Erfolg Bericht zu erstatten. Im Fall die Antworten ablehnend ausfallen sollten, ist der allgemeine Zustand in Aussicht genommen, über dessen eventuellen Eintritt eine Versammlung am Sonntag Beschluß fassen wird.

Die Zwischenmeister der Branche sind ebenfalls in eine Bewegung eingetreten. Anlässlich des Vorgehens ihrer Gehelfen zur Erreichung der 10stündigen täglichen Arbeitszeit, ergreifen auch sie die Gelegenheit, ihre angeblich nicht sehr rosige Lage zu verbessern. Sie sehen der Forderung der Gehelfen sympathisch gegenüber, da auch sie eine Erleichterung dadurch erfahren würden, weil sie gegenwärtig gezwungen seien, täglich 13 bis 14 Stunden zu arbeiten. In ihrer letzten Versammlung führten sie bittere Klagen, daß die Stücklöhne in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen seien; ihre wirtschaftliche Lage bedürfe entschieden einer Aufbesserung — so könnte es nicht weitergehen. Da nun bei der eventuellen Einführung der kürzeren Arbeitszeit doch mindestens der bisherige Verdienst erzielt werden muß, sei es angezeigt, an die Konfessionäre heranzutreten, und erhöhte Forderungen zu stellen. Die Zwischenmeister fordern ihrerseits in der Hauptsache einen neuen festen Stücklohn auf der Basis, wie solcher im August d. J. in Stettin vereinbart worden ist, wonach die Minimalerhöhung nicht unter 5 Prozent betragen darf. Sie beauftragten eine Kommission, die ausführlichen Forderungen heute (Mittwoch) den in Betracht kommenden Konfessionären zur Annahme zu unterbreiten.

Zum Streik der Kohlenarbeiter. Die Meldung verschiedener bürgerlicher Blätter, daß auf den meisten Kohlenplätzen am Dienstag morgen der Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen sei, wird vom Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter als eine irreführende und den Tatsachen nicht entsprechende bezeichnet. Bei der Kontrollversammlung gestern morgen um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus erschienen die Streikenden in voller Zahl und mit derselben Siegeszuversicht wie bisher. Die wiederholten Anklagen, daß die Arbeit im ganzen Umfang aufgenommen sei, müssen als Einschüchterung und Schreckhühner ihre Wirkung verfehlen, solange so zahlreich besuchte Versammlungen der Streikenden zustande kommen.

Achtung, Friseurgehelfen! Die Differenzen bei der Firma Kaczinski, Emdenerstraße 10, sind als geregelt zu betrachten und ist daher die Sperre über das Geschäft aufgehoben. Einen großen Beitrag gegen die Organisation hat sich der Verbandskollege Ritter geleistet, wobei er noch von seinem Meister unterstützt wird. Derselbe ist bei Porowski, Säulenstraße 28, in Stellung, und beschäftigt der betreffende Arbeitgeber mit seinem organisierten Gehelfen mehr.

Verband deutscher Barbiers, Friseure und Perückenmachergehelfen Berlins. J. A.: Baumgart.

Der Textilarbeiterstreik bei Progen u. Sohn wurde in einer öffentlichen Versammlung besprochen, die am Montag in Heintzes Saal in Rummelsburg stattfand. Den Ausführungen des Referenten Dr. Bauer und anderer Redner ist zu entnehmen, daß die Streikenden, deren Zahl etwa 300 beträgt, auch jetzt in der fünften Woche des Streiks noch ebenso einmütig zusammenhalten wie zu Beginn des Kampfes, den sie für die Verbesserung ihrer Löhne führen. Die Firma, beziehungsweise ihr Direktor ist eifrig bemüht, Arbeitswillige aus anderen Textilbezirken Deutschlands heranzuziehen, doch sind alle derartigen Versuche so gut wie ganz ergebnislos. Die Streikleitung erhält, dank der regen Verbindung mit den auswärtigen Kollegen, regelmäßig Kenntnis davon, wenn ein Transport von Streikbrechern zu erwarten ist. In der Regel gelingt es auch die ankommenden Arbeitswilligen zur Solidarität zu bewegen, und was die Aufklärungsarbeit der Streikenden nicht vermag, das tut die Behandlung, welche den Arbeitswilligen in der Fabrik zu teil wird. Sie werden, um jede Verärgerung mit den Streikenden zu vermeiden, gleich im Fabrikgebäude einguarquiert und zwar unter Umständen, die selbst dem indifferentesten Arbeiter nicht behagen, und so kommt es denn, daß die wenigen Streikbrecher, welche die Arbeit aufnehmen, der Fabrik bald wieder den Rücken kehren. — Wie berichtet wurde, bemähen sich sogar Polizeibeamte, der Firma Progen u. Sohn Arbeitswillige anzuführen. In dieser Hinsicht wurde mitgeteilt, daß eine polnische Arbeiterin, die aus dem schlesischen Bahuhofe ankam und sich wegen einer Auskünst an einen Säugmann wandte, von diesem einen Zettel erhielt mit der Adresse: Progen u. Sohn in Strauß. — Weiter wurde mitgeteilt, daß man auf dem Straßauer Amtsbureau den Arbeiterinnen, die sich ihre Papiere abholten, zuredete, doch wieder bei Progen u. Sohn in Arbeit zu treten. — Alle derartigen Bemühungen bleiben jedoch erfolglos, es gelingt der Firma nicht, Erfolg für die Streikenden zu finden. Die Situation ist somit für die Streikenden äußerst günstig, man erwartet daher, daß die Firma nicht mehr lange auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren kann, sondern sich zu Verhandlungen mit den Streikenden bereit erklären wird.

Deutsches Reich.

Der Stettiner Hafenarbeiterstreik vor dem Gewerbegericht.

Heute nachmittag begannen die Einigungsverhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts. Den Vorsitz führte Assessor Laubinger. Während einer fünfstündigen Verhandlung wurden die einzelnen Positionen des neuen Tarifs durchberaten, doch kam man damit nicht voll zum Abschluß. Morgen (Mittwoch) werden die Verhandlungen fortgesetzt. Soweit sich die Stimmung bei den Vertretern der beiden streikenden Parteien beurteilen ließ, ist Aussicht vorhanden, daß es zum Frieden kommt. Die Arbeiter haben auch alle Ursache, den Ausständigen entgegenzukommen, denn ihre fortgesetzten Behauptungen, daß ihnen genügend Arbeitswillige zur Verfügung ständen, erweisen sich als Hintersieci! So haben sie sich in den letzten Tagen an die Gomburger Steuer mit dem Ersuchen gewandt, alle entbehrlichen Arbeitskräfte auf dem Umwege über Bremerhaven nach Stettin zu senden. Dieser Trick wurde aber von der Lohnkommission durchkreuzt. Uebrigens ist heute früh auch auf der Eisenbahn-Signalbauanstalt von Hartwig, O. m. b. H. in Stettin der Generalstreik ausgedroht. Die Arbeiter verlangen eine 10prozentige Lohnerhöhung, die von der Firma abgelehnt wird.

Hirsch-Dunderscher Geldstreit.

Zu Gevelsberg in Westfalen haben die Arbeitgeber dem Metallarbeitern die Zustimmung gestellt, den Unternehmern auf die Nase zu binden, wer von den Arbeitern organisiert ist und wer nicht, damit natürlich das Unternehmertum in Konfliktsfällen die Scheidung zwischen den Böden und Schafen recht bequem hat. Um dies zu verhindern, haben der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes und der des Ortsvereins vom Hirsch-Dunderscher Maschinenbau-Gewerbeverein die Arbeiter gemeinsam aufgefordert, ihre Organisationszugehörigkeit zu verleugnen. Jetzt teilt der „Generalrat“ des Hirsch-Dunderscher Gewerbevereins mit, daß dies ohne Wissen und Willen der Hauptleitung des Gewerbevereins geschehen sei. Der Generalrat mißbilligt in scharfer Weise dieses Vorgehen des Ortsvereins Gevelsberg und erklärt die Abmachungen für die Mitglieder als ungültig. Er verlangt von den Mitgliedern, gegebenenfalls ihre Organisationszugehörigkeit nicht zu verleugnen.

Der Generalrat muß sehr sicher sein, daß die Unternehmer die Hirsch-Dunderscher nicht als Gegner fürchten, sondern im Gegenteil als Helfer schätzen. Sonst wüßten wir nicht, weswegen unglücklich der Hirsch-Dunderscher Mut in der Brust seine Spinnkraft äßt!

Achtung, Mühlenarbeiter! In sämtlichen Mühlen von Breslau und Schoppowitz sind die Kollegen wegen Lohnhöherungen in den Ausstand getreten. Die Kollegen allerorts werden dringend gebeten, Solidarität zu üben und Arbeit noch dort nicht anzunehmen. Der Gewerkschaftsrat. B. Ostwald.

Die Getreibeträger in Königsberg haben nach einer Wolffschen Depesche beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der gerichtliche Streikbrecherstraf

nimmt jetzt in Nürnberg unheimliche Formen an. Das dortige Schöffengericht fällt wegen eines Streikvergehens, das gar kein solches war, ein aufsehenerregendes Urteil. Der Vorsitzende der Sattlerorganisation, Krönn, war angelobdigt, ein Majestätsverbrechen an einem Arbeitswilligen begangen zu haben. Er war an dem Streik in den Unionwerken beteiligt und traf 14 Tage nach Ausbruch des Streiks auf der Straße einige Bekannte, mit denen er eine Unterhaltung anknüpfte. Mittlerweile kamen Arbeitswillige vorüber, darunter auch der einzige Sattler, der sich an dem Streik in den Unionwerken nicht beteiligt hatte. Im Vorübergehen trat er Krönn auf den Fuß. Dieser war geneigt anzunehmen, daß dies unabsichtlich geschehen sei. Da sich aber der Streikbrecher nicht entschuldigte, machte Krönn eine ärgerliche Bemerkung, worauf der Arbeitswillige zu schimpfen begann. Nun verlegte ihm K. mit dem Regenstirn einen leichten Schlag über die Schulter, worauf der Held nach der Polizei schrie, die auch gleich zur Stelle war und K. zur Anzeige brachte. Das Gericht erkannte auf 14 Tage Gefängnis und sprach in dem Urteil aus, wegen der letzten Vorgänge bei diesem Streik sei eine schärfere Bestrafung am Platze, da die Arbeitswilligen besser beschützt werden müßten! Nur ereignete sich dieser Fall schon am 18. Juni, während der von den Arbeitswilligen herausbeschworene Zusammenstoß, bei dem ein Streikbrecher den Streifhüter Fleischmann mit dem Revolver niederknallte, erst am 17. August vorkam. Dieser Zusammenstoß soll nun ein strafschwerendes Moment bei der Beurteilung einer zwei Monate vorher stattgefundenen Differenz sein! Es ist nicht rätlich, zu diesem Urteil zu sagen, was man eigentlich möchte.

Ausland.

Die Tapezierer in Lausanne haben sich nach mehrmonatlichen resultatlosen Unterhandlungen mit den Meistern gezwungen gesehen, in partiellen Streik zu treten, d. h. sie haben in zwei Werkstätten gefündigt. Die Antwort der Meister war die Aussperrung sämtlicher Tapezierer in Lausanne. Außerdem befinden sich die Möbelfabrikanten im Streik. Der Flug Lausanne ist deshalb für Tapezierer und Möbelfabrikanten strengstens gesperrt. — Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bülow der Unersehliche.

Berlin, 4. September. (B. S.) Reichskanzler Fürst v. Bülow empfing in Norderny den Sonderberichterstatter des „Berliner Beobachters“ und ermächtigte ihn, durch die Presse der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß er sich nunmehr vollkommen gefunden fühle und so stark wie je zuvor sei, im Dienste des Kaisers dem Deutschen Reiche seine volle Arbeitskraft weiter zu widmen. Derselbe Berichterstatter erfährt aus authentischer Quelle in der nächsten Umgebung des Kaisers, daß der Abgang des Landwirtschaftsministers v. Podbielski eine beschlossene, unwiderrufliche Tatsache sei; nur müsse der Abschluß der Untersuchung abgewartet und der richtige Zeitpunkt, sowie die geeignete Form für den unaufhaltbaren Abgang des Ministers gefunden werden. Was den Reichskanzler betrifft, so sei die Nachricht von einer bevorstehenden Vererbung des Vizekanzlers v. Radowiz zu seinem Nachfolger eine müßige, jeder tatsächlichen Grundlage entbehrende Kombination. Von einer Demission des Fürsten v. Bülow könne schon deshalb keine Rede sein, weil der Kaiser gegenwärtig niemanden zur Verfügung hat, der ihn nur einigermaßen zu ersetzen imstande wäre.

Wieder ein Eisenbahnunglück.

Glanz i. B., 4. September. (B. S.) In dem böhmischen Grenzort Rohbach bei Bad Effer ereignete sich heute vormittag ein schweres Eisenbahnunglück, wobei ein Oberingenieur getötet und der Bahnhofinspektor schwer verletzt wurde.

Vollautonomie.

Tiflis, 4. September. (B. S.) Eine in Etschmiadzin abgehaltene armenische Volksversammlung hat eine Resolution angenommen, in der die Verammlung als gesetzliche Volksvertretung bezeichnet und erklärt wird, daß sie verpflichtet sei, die Forderungen des Volkes zu befriedigen und alle mit der armenischen Kirche verbundenen schuldadministrativen, ökonomischen, Vermögens- und anderen sozialen Fragen zu lösen. Ferner nahm die Versammlung das Recht in Anspruch, sich in allen das gesamte Ausland, besonders aber Ausländern, betreffenden Fragen zu äußern. Von der Minderheit war eine Resolution beantragt, nach der die Versammlung berechtigt sein solle, versuchsweise für ein Jahr Schulprogramme und Statuten auszuarbeiten, in bezug auf die übrigen Fragen aber als Vorbereitungsorgan für eine zukünftige Nationalversammlung gelten solle.

Ueberfall auf eine Bank.

Stockholm, 4. September. Die Svenska Telegrambran aus Gelsingfors gemeldet wird, überfielen heute nachmittag zwei bewaffnete Männer eine dortige Bankfiliale, bedrohten das Personal mit Revolvern und raubten einen Geldbetrag im Werte von etwa 9000 Kr. Eine verächtliche Person wurde verhaftet.

Schleswig-Holsteinischer Parteitag.

Am Sonntag und Montag tagte in Rendsburg der Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Eutin. Eröffneten waren 106 Delegierte resp. Parteifunktionäre. Dem vom Parteisekretär für die Provinz, Genossen Partels-Hamburg, vorgelegten Tätigkeitsbericht haben wir bereits in Nr. 198 besprochen. An ihn knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, in der hauptsächlich auf die Ursachen des Stimmrückgangs im 9. Kreise um 500 eingegangen wurde. Ein Redner aus diesem Kreise führt diesen Rückgang auf die Aufstellung einer freisinnigen Kandidatur zurück. Um nicht einen Rationalsozialisten wählen zu müssen, hätten früher die Freisinnigen zum Teil für unseren Kandidaten gestimmt.

Pollex-Kiel wendet sich gegen die Äußerungen Paul Müllers auf der Gewerkschaftskonferenz, soweit sie das Verhältnis der Genossen im 7. Kreise (Kiel) betreffen. Müller habe gesagt: „Man schwärzte in radikalen Phrasen, d. h. nur scheinbar radikal, man schwärzte den Massen über ihre Macht vor, man sprach von gewerkschaftlichem Stumpf, von Ballastmitteln, von Feigheit der Führer usw. Ganz speziell unser Freund Begien hätte alle Ursache, sich gegen die Hebe in Versammlungen zu wenden, denn gerade in Kiel, im größten Orte seines Kreises, ist in einer Weise gegen die Gewerkschaftsführer und indirekt auch gegen ihn polemisiert worden, daß er scharfen Protest erheben sollte.“ Weiter habe Müller gesagt: „Ich halte Begien in allererster Linie für berufen, ein ganz entschiedenes Veto gegen solche Demagogik einzulegen.“ Hierzu müsse er erklären, daß diese Angaben auf Unwahrheit beruhen, denn von einer derartigen „Hebe“ gegen Begien sei ihm nichts bekannt. Ob diese unwahre Behauptung bewußt oder unbewußt von Müller aufgestellt wurde, könne er nicht beurteilen, aber unwahr sei sie auf jeden Fall.

Müller bezieht, von einer „direkten Hebe“ gegen Begien gesprochen zu haben. Eine Anzahl Kieler Genossen operieren äußerst geschickt, indem sie einen Haufen Gewerkschaftsführer bei den Weinen nehmen und sie dem Führer der deutschen Gewerkschaften, Genossen Begien, um die Ohren schlagen.

Trotz Revanschierungen und bedeutenden Abschreibungen schließt das Kieler Parteiufernehmen mit einem Nettogewinn von 5706 M. ab. Der Erweiterungsbau befindet sich schon unter Dach und ist beschlossen worden, eine weitere (Zwillings-) Rotationsmaschine anzuschaffen.

Die Debatte über die prinzipielle und taktische Haltung des Blattes setzte sehr lebhaft ein; es wurde auch die Frage des Massenstreiks und die bekannte „Hirtendrief“-Angelegenheit erörtert. Da Genosse Gah (Vertreter der Pressekommision) mitteilte, daß Genosse v. Elm die Pressekommision um ein Urteil über den Ton des Kieler Blattes ersucht habe, ging v. Elm auf diese Angelegenheit ein. Das Kieler Organ habe bei Erörterung des „Vorwärts“-Konflikts gesagt, der Dresdener Parteitag habe mit 228 gegen 11 Stimmen sein Verdict über den damals auch vom „Vorwärts“ vertretenen Revisionismus gefällt. In seiner Anfrage habe er hervorgehoben, daß die vom „Vorwärts“ vertretenen Anschauungen auf dem Dresdener Parteitage nicht als im Widerspruch zur Gesamtpartei stehend bezeichnet wurden. Bebel habe in Dresden betont, daß Eisner unerschrocken sei. Wenn man einem Genossen revisionistische Gesinnung vorwerfe, wenn man sage, er lüge der heutigen Gesellschaft entgegenzukommen, so sage man damit, daß er kein Sozialdemokrat sei. Bebel habe die Schreibweise des „Vorwärts“ als ausgezeichnet hingestellt, habe mißbilligend das Gegenteil von dem gesagt, was die „Volks-Zig.“ ausführte. Der fundamentalste Grundsatz der Partei müsse sein, daß man der Wahrheit die Ehre gebe. Er betone nochmals, daß in Dresden gegen die Redaktion des „Vorwärts“ kein Tadel erhoben wurde. Redner behandelte sodann den am 21. November 1906 in der „Volks-Zig.“ erschienenen Artikel: „Fort mit dem Kleinram!“ Darin werde gesagt, die russische Revolution habe eine ganz andere Bedeutung als die französische Revolution; werde von Zündstoff gesprochen, der überspringen und morsche Nachbargebäude in Brand setzen könnte, werde ausgeführt, man habe keine Zeit, sich mit Kleinigkeiten zu befassen, wenn die Götterdammerung vor der Tür stehe. Das Blatt vertrete jetzt einen wesentlich anderen Standpunkt, denn es sagt nun, es habe während der Wahlrechtsbewegung nie an einen Massenstreik auf Parole geglaubt. Damals sprach man von Pulverfassern usw., was völlig im Widerspruch zur Entwicklung der Dinge stehe. Wer auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehe, der könne so nicht denken und schreiben. Das, was wir in dem viel angegriffenen „Hirtendrief“ sagten, sagt jetzt die ganze Partei; heute glaubt kein Mensch mehr an die „Pulverfässer“. Man nannte uns Revisionisten, weil wir auf dem Boden der materialistischen Auffassung standen und für die unausgelegte Jenaer Resolution eintraten. Den Massenstreik können wir nicht zur Erringung der sozialistischen Gesellschaft anwenden, sondern wenn es gilt, Angriffe auf unsere Grundrechte abzuwehren, wie dies in der Resolution von Jena ausgedrückt ist. Aber man hat den Massenstreik als Allheilmittel bezeichnet. Wort und Tat stehen bei uns nicht im Einklang. Erst macht man große Worte, aber hinterher will man nichts gesagt haben. Das ist eine Politik, die sich schließlich rächen wird, indem man uns nicht mehr ernst nehmen wird. Sicher wird der Mannheimer Parteitag das Festhalten an der Jenaer Resolution beschließen. Damit ist gesagt, daß erst die Vorbedingungen zur Anwendung des Massenstreiks geschaffen werden müssen. Heute betrachte ich den Massenstreik nur als ein Abwehrmittel gegen Wahlrechtsraub usw., später, wenn die Vorbedingungen erfüllt sind, wird der Massenstreik auch zur Erörterung politischer Rechte zur Anwendung kommen können. Es herrscht bei uns die Ansicht, bei abweichenden Meinungen gleich auf Personen einzuschlagen, sie zu verdächtigen, sie seien gar keine Sozialisten. Wenn das wahr wäre, gehörten wir nicht auf den Posten, auf den die Wähler und gestellt haben.

Adler-Kiel: Bebel habe in Dresden auch zu Eisner gesagt: „Sie stehen an falscher Stelle.“ Also ein Vorstoß gegen Eisner in milder Form. Der Dresdener Parteitag habe die revisionistischen Besinnungen abgelehnt, wonach nicht gesagt sein sollte, daß die Vertreter dieser Richtung keine Sozialdemokraten seien. Daß ein Revisionist kein Sozialdemokrat sein kann, wie Elm ausführte, sei eine ganz neue Auffassung. Die „Volks-Zig.“ habe ihren Ton nicht geändert, sie schreibe genau so wie früher. Der Artikel: „Fort mit dem Kleinram!“ ist mit Zustimmung meiner Kollegen veröffentlicht worden; es wird darin ausgedrückt, wir haben zurzeit etwas Wichtigeres zu tun, als uns mit Kleinram zu beschäftigen. Der Artikel zieht eine Parallele zwischen der russischen und der französischen Revolution, wobei der Neben- und Rückwirkungen der erstere gedacht werde. So gut wie die französische Revolution nicht an der Grenze Halt gemacht und Folgen gezeigt habe, so gut werde auch die russische nicht spurlos an uns vorübergehen. Angesichts solch eines weltgeschichtlichen Momentes bringe ich ganz von selbst ein solches Vergleich auf. Es werde in dem Artikel gesagt, wir wollen auch einen Wissen von der Freiheit haben, wollen dafür sorgen, daß die große Stunde kein kleines Geschick vorfindet. Die Wahlbewegung muß zur Wiedererringung des elendesten aller Wahlsysteme führen. Die Tendenz des Artikels war die Mahnung zum Frieden und zur Einigkeit in unseren Reihen; von einem Massenstreik ist darin keine Rede, ebensowenig werde die anarchistische Idee vom Massenstreik propagiert. Die französische Revolution hat 10 Jahre gedauert, die russische kann 10-20 Jahre dauern. Wie kann da sofort etwas für uns herausbringen! Das Feuer der Begeisterung sollte entzündet werden, deshalb hieß es: „Fort mit dem Kleinram!“ Das war ein Hinweis auf den „Vorwärts“-Konflikt, den zu beseitigen wir alle Ursache hatten. Es sollte gearbeitet werden, damit der Tag bald

komme, wo wir die alte Staatsbarade umwerfen können. Der „Hirtendrief“ war nicht am Platze. Als wir das Schreiben sahen, fragten wir in Hamburg an per Telefon an, was los sei, weil wir glaubten, dort müsse eine Bombe geplatzt sein. Wir erhielten aber eine beruhigende Antwort. (Große Heiterkeit.) In unserem Blatt sind die drei Genossen nicht verhöhnt worden, weil wir in Rücksicht auf unsere Kameradschaften manches ignorieren müssen. Wenn der Artikel den drei Abgeordneten Anlaß gegeben habe zu ihrer Erklärung, dann mühten sie ihn falsch verstanden haben. Sollten solche gefährliche Strömungen vorhanden sein, dann wäre es Pflicht des Parteivorstandes gewesen, dagegen Front zu machen; den drei Genossen stand es nicht zu. Sollten die drei Genossen mal wieder einen etwas temperamentvollen Artikel lesen, dann können sie ganz beruhigt sein, denn er kommt schon ziemlich abgekühlt in die Köpfe unserer schwerfälligen schleswig-holsteinischen Bevölkerung hinein. Eine Gefahr ist da nicht im Vergange. Schon oft haben wir, und auch Sie, Genosse v. Elm, durch unsere Reden die Massen begeistert und aufgereizt, mitgearbeitet an dem großen Befreiungswerk. Das hat der Artikel auch nur getan. Es sollte etwas Feuer in die Wunde gebracht werden, damit der deutsche Michel nicht leer ausgehe. Der Artikel unterschreibe er auch heute noch von A bis Z und er würde ihn morgen genau so schreiben.

Der „Hirtendrief“ und die Frage des Massenstreiks beschäftigten den Provinzialparteitag noch Montagvormittag. Adam-Kiel verweist auf den großen Beifall, den Adler geerntet habe und der beweise, wie der Parteitag über die Frage des „Hirtendriefes“ urteile. Die Kieler Genossen lehnen es dankend ab, sich unter eine Vormundschaft zu stellen, wie sie in dem „Hirtendrief“ zum Ausdruck komme. Der Artikel „Fort mit dem Kleinram!“ entspreche den Anschauungen der Kieler Genossen. — Koenen-Hamburg: Wir werden uns ja in Hamburg am Freitag gefassen, über das Thema „Gewerkschaften und Partei“ zu sprechen und dabei wird diese Angelegenheit auch zur Sprache kommen. Ich bin nicht hange, wie die Hamburger Genossen sich entscheiden. — Frohne meint, mit Phrasensticheln und Redensarten werde eine solche Sache nicht entschieden. Redner verteidigt den „Hirtendrief“ und behauptet, daß tatsächlich eine verderbliche Revolutionäromantik zum Ausdruck gekommen sei, gegen die sich der „Hirtendrief“ mit recht gewandt habe. Jetzt sei allerdings die Ernüchterung eingetreten. In dem Artikel „Fort mit dem Kleinram!“ stecke eine Portion Revolutionäromantik. (Viele Jurse: Ist nicht wahr!) Duzende von Zeitungartikeln könnte er anführen, welche anarcho-sozialistische Auffassungen behandelten. In Altona habe man einem anarcho-sozialistischen Redner wahnwitzigen Beifall gezollt. So sei das in vielen Teilen Deutschlands gewesen. In Rücksicht auf wichtige Parteinteressen könne er nicht so sprechen, wie er gern möchte. In Berlin war die Meinung vorhanden, daß mit der Wahlrechtsdemonstration der politische Massenstreik in Anwendung kommen sollte, und es habe ungeradezeitlicher Nähe bedurft, diese Anschauungen zurückzubringen. In Sachsen hätte von Berlin aus gebremst werden müssen, weil auch dort der Massenstreik schon so gut wie beschlossene Sache war. Redner verliert viele Zitate und meint, der bessere Geist werde auch schließlich über verkehrte Ansichten zur Tagesordnung übergehen. Seine weiteren Ausführungen über den „Vorwärts“, Kantshy usw. deden sich mit seinen Erklärungen auf der Generalversammlung des 8. und 10. Kreises. — v. Elm vertritt nochmals seinen Standpunkt und sagt, Adlers Definition des Begriffs „Revisionist“ sei nicht zutreffend. Ein Revisionist, der den Massenstreik nicht wolle, könne nach dem Dresdener Beschluß kein Sozialdemokrat sein. Der früheren „Vorwärts“-Redaktion ist der Vorwurf des Revisionismus gemacht worden, als sie schon aus dem Jahre war. Wollen wir wahres Feuer erzielen, dann müssen wir die Massen auflären, bloße Worte nützen nichts. — Sievers-Altona: Wir waren erstaunt, als wir den „Hirtendrief“ lasen. In Altona hat man sich eingehend damit befaßt und die Verfasser haben sichtlich die Aufsicht darnach gewonnen, daß der „Hirtendrief“ abfällig beurteilt wurde. Wo stehe denn im 8., 9. und 10. Wahlkreise die verderbliche Revolutionäromantik? Am stelle man die Sache so dar, als wenn durch den Artikel der „Schleswig-Holst. Volkszeitung“ Revolution gemacht werden sollte. Wenn in Altona wirklich einige Sozialdemokraten dem anarcho-sozialistischen Redner Beifall gezollt haben, so nur deshalb, weil die beiden sozialdemokratischen Redner (Frohne und v. Elm) verschiedener Meinung waren. — Kläh-Kiel vertritt die Ansicht Adlers. — Paul Müller verweist sich gegen den Vorwurf der Kieler, neuen Zündstoff in die Partei getragen zu haben. (Jurse: „Dome Luxemburg“) So lange Rosa Luxemburg nicht ihre unerschämten Äußerungen gegen die Gewerkschaften zurücknimmt, so lange nehme er gegen Rosa Luxemburg auch nicht zurück. Auch der „Vorwärts“ habe anerkannt, daß seine Ausführungen auf der Konferenz nicht parteischädigend seien. Prägnanz des Massenstreiks sei für ihn nur die Köhler Resolution maßgebend. — Legien: Die „Hirtendrief“-Frage will ich nicht berühren. Der Artikel in der „Volkszeitung“ habe auch ich so aufgefaßt, als wenn die Funten bald auf uns überpringen würden. Idealismus steckt in unserem Programm, deshalb Brand er so nicht entsetzt zu werden. Nach dem gegenwärtigen Stande unserer Macht, unserer Organisationen sind wir noch nicht in der Lage, den Massenstreik proklamieren zu können. Auf der vielgenannten Konferenz ist von einer unüberbrückbaren Kluft zwischen Partei und Gewerkschaften nicht gesprochen worden, auch Müller hat das nicht getan. Die Veröffentlichung des Protokolls halte er nach wie vor für verfehlt. Den Kieler Genossen steht das Recht der freien Meinungsäußerung zu. Wir haben uns immer wieder verständigt. Die Gewerkschaften sind früher nicht anders gewesen als jetzt. Der Zweck der Konferenz sei gewesen, Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen, Gegenseite auszugleichen. — Stellung-Lübeck: Müllers Äußerungen seien nicht so harmlos gewesen. Der „Hirtendrief“ wäre besser unterblieben, obwohl er nicht verkenne, daß in einzelnen Blättern nicht zu billigen Äußerungen gefunden hätten. Wir müssen einigem wirken und das trennende Moment beseitigen. — In seinem Schlusswort konstatiert Adler unter dem Beifall der großen Mehrheit der Delegierten, daß der Artikel im Einklang stehe mit der Mehrheit der Genossen. Er werde auch in Zukunft anfeuernde Artikel schreiben, damit die Genossen nicht einschlafen.

Am Montag wurden die Verhandlungen zu Ende geführt. Der Etat der Agitationskommission für das kommende Geschäftsjahr wird auf 30 221 M. festgesetzt. Um eine planmäßige Agitation unter der ländlichen Bevölkerung betreiben zu können, wurde beschlossen, Material über die Lage der ländlichen Arbeiter, Dienstboten und Kleinbauern zu sammeln und es unter Berücksichtigung der rechtlichen Verhältnisse zu bearbeiten und für die Landagitation zu verwenden. Ferner wurde bei diesem Punkt beschlossen, eine rege Agitation unter den Fischern zu betreiben. Nach einem instruktiven Referat Adlers über „Fragen der Kommunalpolitik“, in dem er die bestellte Arbeit des Städtetages für die Provinz hinsichtlich der „Erweiterung“ des Kommunalwahlrechts drastisch beleuchtete, wurde eine Kommission eingesetzt zwecks Revision des vor fünf Jahren geschaffenen Kommunalprogramms für die Provinz. Von den Delegierten des ersten und zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreises (dänisches Sprachgebiet) wurde lebhaft die Herausgabe eines in dänischer Sprache gehaltenen Wochenblattes befürwortet, damit die ländliche usw. Bevölkerung über unsere Grundzüge aufgeklärt und derselben gezeigt werden könne, wie die Sozialdemokratie sich zur „Köllererei“ stelle. Der Parteivorstand hat des hohen Kostenpunktes wegen von einer solchen Gründung abgeraten. Der Parteitag erkennt das Wünschenswerte der Gründung eines dänischen Wochenblattes an und beauftragt die Agitationskommission nochmals mit dem Parteivorstand in Verbindung zu treten. Der Sitz der Agitationskommission bleibt in Altona, wo auch der nächstjährige Provinzialparteitag stattfindet. Als Parteisekretär wurde Genosse Partels-Hamburg wiedergewählt.

Aus der Partei.

Eine neue christliche Gemeinde. Durch die Ordnungspresse geht folgende Schauermeldung:

In der Bürgermeisterei Wenzlar wurden in der Nacht zum 15. August zwei Diebe dabei abgefaßt, als sie in der dortigen katholischen Kirche mit Hilfe von Predigern einen Einbruch versuchten. Mehrere Polizeibeamten gelang es, den einen Spitzbuben auf frischer Tat, den zweiten am folgenden Tage auf seiner Arbeitsstelle zu verhaften. Die Personalien ergaben, daß es sich um die Vertrauensmänner des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Vereins Otto Wahl und Heinrich Krämer handelte, denen auch noch ein anderer Einbruchdiebstahl zur Last gelegt wird.

Das Berliner Organ für die Gebildeten aller Stände fügt dieser Vorgeschichte noch die geschmackvolle Bemerkung an: Bei den beiden scheint sich der Satz: „Religion ist Privatangelegenheit“ mit dem anderen: „Eigentum ist Diebstahl“ in höchst eigentümlicher Weise vermischt zu haben.

Am 11. ist die Sache sehr belanglos, denn keine Partei noch Gewerkschaft ist verantwortlich für Verfehlungen einzelner ihrer Mitglieder, solange sie sie nicht deckt. Wäre's anders, gerade die Ordnungsmänner würden nicht zum besten fahren.

Aber was ist denn überhaupt an der Sache Wahres? Unser Düsseldorfener Parteiblatt, die „Volkszeitung“, beantwortet diese Frage so:

Bedäglich, daß die beiden verhaftet sind und sich in Untersuchungshaft befinden. Die Verhaftung liegt schon über 14 Tage zurück, aber die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Weise für die Schuld der beiden konnten bisher nicht gebracht werden und wer die Personen kennt, namentlich Krämer, der weiß, daß letzterer ganz bestimmt weder einen Einbruchdiebstahl begangen hat, noch an einem solchen beteiligt gewesen ist. Auch bei Wahl wird dies zutreffen. Der „Kleinländer“, das Wenzlarer Lokalblatt, hat auch diese Meinung geäußert, und jeder halbwegs anständige Mensch wartet mit seinem Urteil, bis das Gericht gesprochen hat.

Die Leute von der christlichen und sonstigen Ordnungspresse kümmern sich grundtätlich nicht um die Regeln anständiger Leute, wenn es gilt, die Sozialdemokratie oder die freien Gewerkschaften anzuschwärzen.

Partei- und „Oberheffische Volkszeitung“ wird sich das am 1. Oktober täglich erscheinende Parteiblatt für Oberheffen nennen, dessen Herausgabe die letzte heffische Landeskonferenz beschloß.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ erscheint vom nächsten Montag ab täglich mindestens zehn Seiten stark.

Personalien. In die Redaktion der „Märkischen Volksstimme“ zu Pfort ist — zunächst vertretungsweise — Genosse August Freudenthal aus Bremen eingetreten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Klassenjustiz in Oesterreich. Aus Suczawa (Galizien) wird folgende ungeheuerliche Verurteilung gemeldet: Bei einer Demonstration der Handelsangestellten für die Neumehrspitze wurde eine Schwärze eingeschlagen. Ein bekannter Sozialist trat als Zeuge dafür auf, daß Genosse Hübler die Schwärze zerbrochen habe. Bei der Hauptverhandlung wurde Genosse Hübler zu acht Monaten schweren Kerker verurteilt. Von Monate für eine Schwärze! Das Suczawaer Appellgericht ist wegen seiner Wildheit in — Wucherprozessen berühmt.

Aus Industrie und Handel.

Arbeitsleistung im Bergbau.

Das von dem Verein für die bergbäuerlichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund herausgegebene vierteljährliche Werk über den Aufwandsbericht spricht sich dahin aus, man könne aus der Berechnung der Leistung pro Arbeiter nicht den Schluß ziehen, die Leistung sei minderwertig geworden. Wenn man alle Verhältnisse objektiv in Betracht zieht, so würde man „doch wohl sagen können, daß die von den Bergleuten bei der eigentlichen Bergarbeit erzielte Arbeitsleistung nach 1890 im allgemeinen eine größere ist wie vorher“. 1888/89 wurden 61-64 Proz. der Gesamtbelegschaft vor der Kohle (eigentliche Bergarbeit) beschäftigt, jetzt sind es nur noch 49-50 Proz. Verhältnißmäßig man diese für den Leistungseffekt sehr bedeutsame Vergrößerung der Belegschaft, beachtet man außerdem die umfangreiche Anlegung bergbauender Arbeiter, dann erscheint die jetzige Leistungserhöhung als ein sehr günstiges Zeugnis für die Bergleute.

Im preussischen Steinkohlenbergbau waren während des ersten Halbjahres 1906 463 718 Personen beschäftigt gegen 447 168 im gleichen Zeitraum 1905. Die rapide Steigerung der Belegschaften innerhalb des letzten Jahrzehnts hat dem Bergbau große Arbeitermassen zugeführt, die ihn bisher nur vom Dörenlagen lammten.

In größerem Maße steigt der Arbeitseffekt im Braunkohlenbergbau. Die Zahl der im preussischen Braunkohlenbergbau beschäftigten Personen ist von 44 304 im ersten Halbjahre 1905 auf 46 281 im ersten Halbjahre 1906 gestiegen. Diese erhebliche Belegschaftsvermehrung ist ein besonderes charakteristisches Merkmal der guten Konjunktur, da nach 1900 die Zahl der Braunkohlenarbeiter mehrere Jahre erheblich zurückging oder doch stabil blieb. Obwohl dieses Jahr im mitteldeutschen Braunkohlengebiete 3-4000 Arbeiter zwei Monate streikten, hat sich doch die Leistung pro Kopf vor 475 Tonnen im ersten Halbjahre 1905 auf 490 Tonnen im ersten Halbjahre 1906 gehoben. Die Kohlenknappheit ist demnach nicht auf eine Verminderung der Arbeitsleistung zurückzuführen, da eine solche nicht eingetreten ist.

Vom deutschen Kohlenhandel. In einem Zirkular, vom Zentralkomitee französischer Grubengesellschaften herausgegeben, wird u. a. betont, daß in den ersten sechs Monaten dieses Jahres der deutsche Exporthandel in Kohlen, soweit Frankreich in Betracht kommt, eine starke Zunahme gegen die gleiche Periode des vergangenen Jahres aufweist. Es wurden exportiert 1 086 946 Tonnen Kohlen (ein Mehr von 495 177 Tonnen), 757 329 Tonnen Koks (ein Mehr von 256 705 Tonnen) und 19 225 Tonnen Drehkohlen (ein Mehr von 6382 Tonnen). Zusammen wurde ein Mehr von 757 264 Tonnen erzielt. Folgende Tabelle zeigt die Einfuhr während der ersten sechs Monate der letzten drei Jahre:

	1904	1905	1906
Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
Aus Belgien	277 710	564 447	268 621
„ Holland	95 102	121 911	41 498
„ Oesterreich-Ungarn	295 782	319 851	387 304
„ anderen Ländern	5 409	20 660	78 782
Großbritannien	2 441 412	3 796 380	3 337 288

Das westfälische Kohlenhandels wird in ausländischen Handelskreisen mit großem Mißtrauen betrachtet, es wird in einem englischen Handelsblatt behauptet, daß es dem britischen Händler wie dem deutschen Konsumenten „Sand in die Augen“ streut. Es läßt eine Kontrolle aus über den gesamten Kohlenhandel in West-, Süd- und Mitteldeutschland und verjagt auch im Auslande, zum Nachteil der englischen Händler, seinen Wirkungskreis auszudehnen.

Rentabilität. Die westfälische Kupfer- und Messingwerke A.-G. verbrachte einen Gesamtverkauf von 7 688 448 Kilogramm im Werte von 18 320 090 M. Im Vorjahre belief sich der Verkauf auf 6 172 536 Kilogramm im Werte von 9 018 977 M. Der Durchschnittswert ist mitteln von 1,46 M. auf 1,74 M. pro Kilogramm gestiegen.

Das Kupferwerk „Deutschland“ in Ober-Schönweide verteilte für das Jahr 1906 10 Proz. Dividende, die die Gesellschaft vereinbarte. Der Ueberschuss der Kupferwerke „Oesterreich“ in Prag wurde zu Abschreibungen verwandt. Der Fabrikationsgewinn der Gesellschaft betrug 1 818 787 M., im Vorjahre 1 485 047 M. Aus dem Reingewinn von 357 880 M. werden 8 Proz. Dividende verteilt, 2 Proz. mehr als im Vorjahre.

Steigerung der Gewinnrate. Die A. G. Mengener Walzwerk erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Fabrikationsgewinn von 267 000 M. Gegen das Vorjahr ist das ein Mehr von 86 000 M. Es gelangt eine Dividende von 10 Proz. zur Verteilung gegen 6 Proz. im Vorjahre.

Die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-A. G. veröffentlicht einen Bericht über das Ergebnis der ersten sechs Monate d. J. Die Ueberschüsse sollen die vorjährigen erreichen. Der Umfang des Geschäftes bedingt die Vergrößerung der Flotte; es ist deshalb eine Erhöhung des Aktienkapitals um 20 Millionen Mark in Aussicht genommen.

Die Industrie im Staate Texas. Zu Beginn des Jahres 1906 befanden sich 3156 Fabriken im Staate im Betrieb und der Wert ihrer Erzeugnisse belief sich auf 150 528 389 Dollar. Die Vermehrung der Fabriken seit 1899 betrug 1,6 Prozent und die der Erzeugnisse 62 Prozent. Die Kapitalanlage in den Fabriken belieferte sich auf 115 684 871 Dollar, was gegenüber 1900 einer Zunahme von 1,7 Prozent gleichkommt. Im Januar 1905 wurden von den Fabriken 5778 Beamte und 49 061 Arbeiter mit einem Kostenaufwande von 24 465 942 Dollar beschäftigt, oder 44,7 Prozent mehr als vor 5 Jahren. Die Kosten des Rohmaterials beliefen sich im Jahre 1904 auf 91 002 630 Dollar gegen 64 388 303 Dollar im Jahre 1900. Das Mehr beträgt beinahe 70 Prozent. Daraus ist der leitende Faktor hinsichtlich der Anzahl der Fabriken und der Menge der von diesen gefertigten Erzeugnisse, Houston beschäftigt dagegen die meisten Arbeiter und bezahlt die meisten Löhne.

Emissionen in den Vereinigten Staaten. Die gesamten bisherigen Emissionen dieses Jahres werden auf 1 186 391 000 Dollar beziffert, im Vergleich mit 694 202 000 Dollar während des ganzen Jahres 1905 und 550 445 000 Dollar in 1904.

Aus der Frauenbewegung.

Das Wachstum der Bewegung.

Dem von der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands Dittke Raader in der „Gleichheit“ erstatteten Jahresbericht entnehmen wir folgendes:

Nicht nur von dem Wachstum unserer Bewegung kann die Unterzeichnete berichten, sondern auch von ihrer fortschreitenden Festigung und Organisation. Die Zahl unserer Vertrauenspersonen ist von 190 auf 325 gestiegen, unter denen sich für verschiedene Gegenden Kreisvertrauenspersonen befinden. An manchen Orten haben diese sich angelegen sein lassen, ihre Arbeit auf die benachbarten Kreise auszuweiten, die bisher brach lagen. Sie haben ferner in den Orten ihres eigenen Bezirks Bildungsbereine ins Leben gerufen und die Aufstellung örtlicher Vertrauenspersonen angeregt und diese eingearbeitet, die nun ihrerseits die Aufklärungsarbeit leiten.

Der Parteitag zu Jena hatte in § 8 des neuen Organisationsstatuts der Partei als Absatz 2 einen Passus eingefügt, der die Vertrauenspersonen berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren. In Preußen wie in manchen anderen Staaten Deutschlands, in denen die Frauen sich nicht politisch organisieren dürfen, ist ihnen damit ein Weg geöffnet, durch Entrichtung regelmäßiger freiwilliger Parteibeiträge ihre Parteizugehörigkeit zu dokumentieren. Ein Zirkular der Unterzeichneten forderte die weiblichen Vertrauenspersonen der besagten Länder auf, eifrig für die Ausnutzung des Rechtes zu wirken und zu diesem Zwecke Karten und Marken von ihr zu entnehmen. Um einen möglichst genauen Uebersicht über die Zahl der politisch organisierten Frauen zu erhalten, verbande die Unterzeichnete an die amtierenden Vertrauenspersonen Fragebogen, von denen nur 183 beantwortet worden sind. Die nachfolgenden Zahlen, die auf Grund der erhaltenen genauen Angaben festgestellt wurden, bleiben daher hinter der wirklichen Zahl der weiblichen Organisierten zurück. 4933 Genossinnen entrichteten freiwillige Parteibeiträge, während vor einem Jahre dies kaum 1000 taten. Auch die Zahl der Genossinnen, die mit den Genossen zusammen den politischen Organisationen angehören, ist gestiegen, und zwar von 4000 auf 8400. Auffallend sind die Fortschritte, welche sich in dem Zuwachs der Mitglieder der unpolitischen Bildungsbereine befinden. Diese umschlossen etwa 3000 Mitglieder im Vorjahre, gegenwärtig zählen sie deren 8800.

An dem Wachstum unserer Bewegung hat neben dem gesprochenen Worte das gedruckte seinen großen nicht zu unterschätzenden Anteil. An erster Stelle muß da unser Organ „Die Gleichheit“ genannt werden, für deren Verbreitung unsere Genossinnen unermüdet mit Eifer tätig gewesen sind. Die „Gleichheit“ hat Klarheit und sozialistisches Wissen in die Köpfe vieler Tausende von Frauen getragen. Sie brachte den Hausfrauen Anregung und Belehrung, sie betrieb durch Artikel aus sachkundiger Feder die Mütter bei der Pflege und Erziehung der Kinder; sie trat nach den verschiedensten Richtungen hin für die Interessen der Arbeiterinnen, der Frauen des arbeitenden Volkes ein; sie war den Genossinnen jederzeit eine treue Beraterin, ein festes geistiges Band. Die „Gleichheit“ hat Eingang in die abgelegensten Gegenden, in die schwärzesten Winkel Deutschlands gefunden. Die Zahl ihrer Abonnenten ist von 23 000 im Vorjahre auf 40 000 gestiegen, und in der ungeheuren Mehrzahl der Fälle wird jedes abonnierte Exemplar von mindestens zwei Personen gelesen. In diesem Jahre hat die „Gleichheit“ ihr zweites Heftblatt zur Belehrung der Arbeiterinnen in praktischen Fragen herausgegeben. Es führt die Frauen in erzählender Form in die Bestimmungen der Unfallversicherung ein und ist zunächst in 50 000 Exemplaren verbreitet worden. Erwähnt sei noch, daß die Zahl der Genossinnen beständig wächst, welche durch Verichte, Artikel, Notizen an der „Gleichheit“ mitarbeiten. Es ist dies ein zu begrüßendes Anzeichen geistigen Lebens im weiblichen Proletariat. Um die Agitation für die „Gleichheit“ in jeder Verammlung erfolgreich zu gestalten, auch dort, wo Frauen öffentlich für sie zu sprechen nicht in stande sind, wurden 60 000 Flugblätter mit Abonnementaufforderung von der Unterzeichneten herausgegeben. Sie werden im Bedarfsfalle unentgeltlich abgegeben; 35 000 davon sind bereits versandt.

Den Bildungsbereinen der einzelnen kleinen Orte erwaachen zu hohe Kosten, wenn sie Statuen und das nötige Material an Marken selbst drucken lassen. Um die Sache zu verbilligen und zu vereinfachen, hat die Zentralkasse einen größeren Posten dieses Materials anfertigen lassen und sendet es in gewünschter Anzahl den einzelnen Orten zu.

An der Ausbringung von Geldern für die Zentralkasse beteiligten sich dieses Jahr 110 Orte gegen 54 im Vorjahre. Sie sendeten insgesamt ein 4394 M. 76 Pf., dem steht eine Ausgabe von 3854 M. 46 Pf. gegenüber, so daß der Bestand 510 M. 30 Pf. beträgt. Die mündliche Agitation hat aus der Zentralkasse 1589 M. 90 Pf. beantragt; für Druckkosten wurden insgesamt 1555 M. 18 Pf. verausgabt; für Porto sind 500 M. 25 Pf. aufgewendet und für Schreibmaterial und kleine Ausgaben 159 M. 15 Pf. Kasse und Bücher sind vierteljährlich geprüft und in voller Ordnung gefunden worden. Viele Kreise haben die notwendige Agitation aus eigenen Mitteln bezahlt; auch sind in manchen Orten Schriften zur Verteilung gelangt, die auf eigene Kosten angeschafft wurden.

Berichts-Zeitung.

Rumm kontra Rumm.

Eine sehr verführerische Ausfaltung hatte gestern der Richterlich der 2. Strafkammer des Landgerichts II bei einer Verhandlung

erhalten, die das Gericht bis zum Abend beschäftigte. Vor dem Kollegium war eine Auswahl von Champagnerflaschen aufgestellt, die ihre goldenen und silbernen Köpfe recht prächtig in die Höhe reckten. Es handelte sich um eine Anlage wegen unlauteren Wettbewerbes des Rumm gegen das Warenzeichengebiet, die sich gegen den Weinrenten Leop. David in Charlottenburg und die unterheltliche Maria Rumm richtete. Die bekannte Champagnerfirma W. S. Rumm u. Co. in Rheims führt seit Jahren einen Kampf gegen Firmen, die unter Benutzung eines von ihnen aufgefundenen Trägers des Namens Rumm Champagner unter dem Namen Rumm u. Co. auf den Markt bringen. Vor einiger Zeit hatte sich in einem Esslöffelchen eine solche Firma aufgemacht, deren Träger ein Raurermeister Rumm war. Die französische Firma erreichte durch Verschleichen des Klageweges, daß diese Pseudofirma durch gerichtliche Maßregel aufgelöst wurde. Nicht lange darauf tat sich in dem Vorort von Weh, Sablon, eine andere Firma Rumm u. Co. auf, als deren Inhaberinnen ein Fräulein Klein und ein Fräulein Rumm figurierten. Letztere war die Tochter des vorbenannten Raurermeisters, verließ früher die Stellung eines Dienstmädchens, dann einer Verkäuferin bei Landorf und schließlich einer Plätterin, ehe sie den Sprung zur Champagnerfabrikantin machte. Durch einen Herrn Klein wurde der Angestellte angeregt, sich bei dieser Firma zu beteiligen. Er will sich bei verschiedenen Rechtsverständigen erkundigt haben, ob er dies anstandslos tun könne, und erst als ihm dies allseitig bejaht wurde, will er die Beteiligung perfekt gemacht haben. Fräulein Klein schied aus der Firma aus, Fräulein Rumm aber blieb beteiligt. Die Eintragung dieser neuen Firma Rumm u. Co. in das Handelsregister machte aber Schwierigkeiten. Denn der Registerrichter hatte gleich den Verdacht, daß es sich um eine Scheinfirma handelte und verweigerte die Eintragung, so daß es zu einem weit ausholenden gerichtlichen Kampfe kam. Mittlerweile meldete der Angestellte nunmehr seine Firma als Maria Rumm u. Co. an und in dieser Form erfolgte die Registereintragung. Diese Firma übernahm von Berlin aus Deutschland mit sehr billigen Offerten zum Bezuge des berühmten Rumm-Selts, der aus den besten Weinen der Champagne hergestellt sei. Die Firma Rumm u. Co. in Rheims versuchte wiederholt vergeblich, sich mit Hilfe der Gerichte diese eigenartige Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Es gelang ihr dies zunächst aber nicht, da die Firma in Sablon handelsgerichtlich eingetragen war. Ein Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbes des Rumm gegen das Warenzeichengebiet hatte bei der Staatsanwaltschaft keinen Erfolg und erst durch Verfügung des im Beschwerde angeführten Kammergerichts wurde die Erhebung der Anklage angeordnet. Die Verhandlung gestaltete sich sehr umfangreich, da die diffizilsten Fragen des Rechts auf ein bestimmtes Warenzeichen zur Erörterung kamen. Der Angestellte David bestritt entschieden, daß er das Fräulein Rumm nur als Ausschlagschilde für seine Firma benutze und behauptete, daß diese in außerordentlichem Maße im Geschäft tätig sei. Er wisse nicht, wer ihm verbieten wolle, mit einem Träger des Namens Rumm ein Champagnergeschäft zu eröffnen und müsse bestreiten, daß die ganze Aufmachung seiner Champagnerflaschen irgendwie eine Verwechselung mit W. S. Rumm u. Co. ermögliche. Er betreibe das Geschäft durchaus seriös und habe sehr viel Geld hineingesteckt. Der Vorsitzende verwies darauf, daß von großen Seifellereien doch gar keine Rede sei und das ganze Geschäft anscheinend doch wie folgt sich abgepielt habe: wenn Bestellungen auf den berühmten Rumm-Selt einliefen, säßen diese Weine aus Mainz, Hochheim oder anderswoher nach Sablon geschickt und die Flaschen dann dort mit Etiketten der hochtönenden Firma besetzt worden zu sein. Der Vorsitzende fragte den Angeklagten auch, warum er denn gerade nach dem Namen Rumm so begierig gewesen sei, der Name David sei doch auch ganz schön. Der Angeklagte erwiderte prompt, daß er mit einem „David-Selt“ schwerlich reussiert haben würde. — Recht belegend für den Angeklagten war die Aussage des Zeugen A. i. n., der für den Angeklagten zunächst als Reisender tätig war, später aber von diesem entlassen worden ist. Dieser hat den Angeklagten zuerst auf die verbende Kraft des Namens Rumm und die Gelegenheit, sich mit Fräulein Rumm zu assoziieren, aufmerksam gemacht. Der Angeklagte habe ihm darauf geantwortet: auf so etwas warte er schon lange; er habe schon einmal einen Arbeiter Heidfeld an der Hand gehabt, Rumm gefalle ihm aber viel besser. — Der gerichtliche Sachverständige Weingroßhändler W. i. h. o. e. f. i., der den Champagner untersucht hat, erklärte zunächst, daß dieser schauerhaft geschmeckt habe. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Werthauer gab der Sachverständige zu, daß der Wein im vorigen Jahre besser gewesen, in diesem Jahre aber aus Elsass und Lothringer Landwein bestehe. Die Herstellungskosten stellten sich auf kaum 1 M., während bei gutem französischen Selt die Herstellungskosten 5—6 M. betrügen. In dem vom Angeklagten vertriebenen Selt sei keine Spur von Weinen aus der Champagne vorhanden. — Staatsanwalt Dr. Honemann bezeichnete das ganze Verfahren für ein plummes, aber für das große Publikum gefährliches Manöver und beantragte im Sinne der Anklage 600 M. Geldstrafe. Der Nebenkläger plaidierte auf Gefängnisstrafe, da es sich doch um die trübselige Form des unlauteren Wettbewerbes handle. Das Gericht kam zu einem Schuldig nach Maßgabe der Anklage und verurteilte den Angeklagten David zu 3000 M., die Angeklagte Rumm zu 300 M. Geldstrafe, im Nichtbeitrittswilligen zu entsprechender Gefängnisstrafe.

Fürstin Wrede.

Die Angelegenheit des ehemals fürstlich Wredeschen Dieners G. i. a. s. e. wird am 12. d. M. vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen. Der oberste Gerichtshof hat sich demnach ziemlich schnell mit dieser Cause célebre zu beschäftigen. Gläse ist am 6. Juli wegen des an den Fürstin Wrede gerichteten, als Erpressungsbrief angesehenen Schreibens zu 9 Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden und hat Revision eingelegt. Ueber eine Anklageerhebung gegen die Fürstin Wrede ist Beschluß noch nicht gefaßt.

Verfammlungen.

Eine großartige Agitation für den Metallarbeiter-Verband

hat die Berliner Ortsverwaltung dieser Organisation gegenwärtig in die Wege geleitet. In diesem Zweck waren zu Montagabend für Berlin und mehrere Vororte zehn öffentliche Metallarbeiter-Verfammlungen einberufen worden, die sämtlich sehr stark besucht und teilweise sogar überfüllt waren. Die Zahl der Besucher dürfte insgesamt mindestens 15 000 betragen haben, darunter viele Unorganisierte, für deren Auffklärung die Verfammlungen ja auch in erster Linie dienen sollten. Als Referenten waren gewonnen worden die Bezirksleiter Spiegel-Düsseldorf, Walbrecht-Düsseldorf, Vorhöfer-Stuttgart, Boh-Halle, Röhr-Halle, Gaad-Dresden, Held-Dresden, Schlegel-Dresden, Kohrad-Stein und Jernide-Berlin. Alle Redner sprachen über das Thema: „Der deutsche Metallarbeiter-Verband und seine vornehmsten Aufgaben.“ Aus den Vorträgen dürfte manchen der bisher Unorganisierten wohl ein Licht darüber aufgegangen sein, welche Bedeutung der Metallarbeiter-Verband mit seinen 300 000 Mitgliedern in unserem modernen Wirtschaftsleben bereits erlangt hat und was eine solche festgefügte Organisation unter Umständen zu leisten imstande ist. In allen Verfammlungen gelangte folgende Resolution zur fast einstimmigen Annahme:

Die Verfammlungen erklären nach den Ausführungen des Referenten:

Angesichts der immer mehr steigenden Lebensmittel und Mietpreise.

Angesichts der immer größer werdenden Hindernisse, die sich den Metallarbeitern bei der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenstellen.

Angesichts des zum Kampfe gegen die Arbeiter einseitig organisierten Unternehmertums ist eine, alle Metallarbeiter umfassende, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation unerläßliche Notwendigkeit.

Als eine Organisation, welche die oben bezeichneten Bedingungen erfüllt, kommt für die Metallarbeiter allein in Betracht der Deutsche Metallarbeiter-Verband.

Die Verfammlungen fordern deshalb alle Metallarbeiter auf, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, um so dazu beizutragen, daß den Metallarbeitern beim Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eine möglichst einheitliche und darum kräftige Organisation zur Seite steht.

In der Verfammlungen, die in Peters' Gesellschaftshaus zu Noabit stattfand, wurde aus der Mitte der Anwesenden dann noch folgende Resolution eingebracht und ebenfalls einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die Verfammlungen erklären: In Erkenntnis der Tatsache, daß die Vorbedingung der materiellen und moralischen Hebung der Lage der Metallarbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit ist, fordert die Verfammlungen die Ortsverwaltung der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf, tunlichst bald Schritte in die Wege zu leiten, um überall da, wo in der Berliner Metallindustrie noch eine längere wie neunstündige Arbeitszeit besteht, die Arbeitszeit auf längstens neun Stunden herabzusetzen.

Berichtigung. In unserem gestrigen Bericht von der Provinzialkonferenz für Brandenburg heißt es irrtümlich:

„Wenn die „Brandenburger Zeitung“ und die „Märkische Volksstimme“ zusammen nur 10 000 Abonnenten haben, ...“

Es muß richtig heißen:

„Wenn die „Brandenburger Zeitung“ und die „Märkische Volksstimme“ je 10 000 Abonnenten haben, ...“

Leser- und Distrikterklub „Wilhelm Liebknecht“. Mittwoch, den 5. September, bei Otto Lambercht, Vahnenstr. 2/3: Sitzung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Postenbesetzung Referent: Genosse J. Schramm. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Bundeskonferenz.

Leser- und Distrikterklub „Zid-Oh“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Tollerstr. 58: Sitzung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Wilhelm Weitling. 2. Wichtige Vereinsangelegenheiten.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund. Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 5. September, abends 1/2 9 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 70: Verfammlungen. Tagesordnung: Vortrag, Diskussion, Gruppenangelegenheiten und Verschidenes. — Gäste willkommen.

Berein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung Rigdorf-Str. 3/4. Heute, abends 8 Uhr, bei Wille, Rigdorf, Hermannstr. 213: Verfammlungen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schwarz über: Christentum. 2. Diskussion. 3. Verschidenes. — Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ely Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.) ist soeben das 36. Heft erschienen.

Dr. med. J. Weh. Der Streit ums Gläschen Bier. 10 Seiten. Preis: 10 Pf. Verlag: Selb u. Schauer in München.

Die Weltgeschichte in das Weltgericht. Kampf der Natur gegen die Unnatur. Von E. Kaddu. 40 Seiten. Preis: 80 Pf. Verlag: Schwitz, Wehrle, Jülich (Schweiz).

Monatsschrift für christliche Sozialreform. Septemberheft. Abonnementspreis: Halbjahr 3,30 M. Einzelheft 80 Pf. Verlag: Baecker & Drexler, Jülich (Schweiz).

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. XIII. Band. 1. Heft. Herausgeber: B. Sombart, R. Weber und E. Jaffé. Preis: geb. 3 M. Verlag: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Witterungsübersicht vom 4. September 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.
Swinemünde	764,5	SE	3	halb bb.	17	Damparanda	766,5	SE	2	wolkig	8
Hamburg	764,5	SE	1	wolkig	15	Petersburg	767,5	SE	1	heiter	5
Berlin	764,5	SE	1	wolkig	15	Schiff	767,5	SE	3	halb bb.	15
Frankfurt a. M.	766,5	SE	2	wolkig	16	Aberdeen	767,5	SE	1	wolkig	14
München	766,5	SE	2	wolkig	17	Paris	765,5	DN	6	wolkig	15
Wien	766,5	SE	1	Dunst	17						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 5. September 1906. Trocken, vorwiegend heiter und warm bei schwachen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am Sonntag, den 2. d. M. verstarb unser Mitglied
Robert Baier
im 48. Lebensjahre. 147/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 5. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Emmaus-Kirchhofes in Britz, Mariendorfer Weg, aus statt.
Regel-Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Kolleginnen hiermit die traurige Nachricht, daß die Zeitungsausbräuerin
Fran Juliane Hahn
am 31. August verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedensgemeinde, Nordend, aus statt. 1041b
Die Kolleginnen der Partispezion für Rosenthaler Vorstadt, Ackerstraße 38.
Die Vertrauensperson.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer (E. M. S.)
Berlin 8 (Gesundbrunnen).
Nachruf.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied
Franz Vogt
am Sonntag, den 2. September verstorben ist. 1031b
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am Dienstag, den 4. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Siedenthalerstr. 20 nach dem neuen Pauls-Kirchhof stattgefunden.
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen, die meiner lieben Gattin auf ihrem letzten Wege das Geleit gegeben haben, insbesondere dem Gesangsverein „Liedesfreundschaft“, dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, sowie Herrn Dr. Jungmann sage ich für die bewiesene Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden meinen besten Dank. 1040b
Treptow, Gustav Wangeheim und Tochter.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin I.
Hierdurch bringe den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin Frau
Juliane Hahn
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 5. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedensgemeinde in Rieberschönhausen aus statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
71/14
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Sage hiermit allen Freunden und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, den herzlichsten Dank. 23033
Emilie Ziesler nebst Kindern.
Dr. Simmel, Prinsenz-Str. 41,
Spezialarzt für 137/137
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 3-7. Sonntag 5 10-12, 2-4.
F. F. Piano 45 N. Franzstr. 5. 9 abend 5111.
Berichtstr. 32, Dittich.
teppdecken
billigt direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72,
wo auch alle Teppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strodmanndel,**
Berlin K. Zlust. Katalog gratis.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, 5. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus, Debusch und Gumbel.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Neues Opernhaus. Geschloffen.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Westen. Der Opernhaus.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.
Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Freitag, 7. September.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Opernhaus.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lortzing-Theater
Belleallianenstr. 7/8.
Mittwoch, 5. September, 8 Uhr:
Der Freischütz.
Abonnements gültig.
Morgen, Donnerstag:
Der Troubadour.

Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße.
Zum 5. Male:
Der Generalkonsul und Die Sünden der Väter.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf b. Wertheim u. an der Theaterkasse 10-2 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Das Sensations-Septemher-Prgr.
Paul Coradini.
The Battogliese The Barrets
The Gobelins Mr. Robin
La Matchiche Lias Trio
Rennbahn Comp. Dazu:
Robert u. Bertram.
Im Saale: **Großer Ball.**
Anfang 4 1/2 Uhr.
Saisonkarten u. Passetickets haben Günstigkeit.

Carl Weiß-Theater.
Dr. Frankfurterstr. 132.
Vorletzte Woche! Täglich 8 Uhr:
Adele.
Sonntag, 9. Sept., nachm. 3 Uhr:
Adele.
Im Garten täglich:
Spezialitäten - Vorstellung.
Anfang 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 18.
Großer Lachserfolg!
Der Vetter in tausend Aengsten.
Ledenabend in 4 Akten v. Rod. Benedig.
Vorher: **Der Weg durch's Fenster.**
Anf. 6 Uhr. Kollektive 3 Uhr. Ball.
Bei schlech. Wetter: Vorstell. im Saale.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Notbrücke.
Passage-Theater.
Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Riecke“
mit dem Schlager
„Emil du bist eine Pflanze.“
Außerdem
14 erstklassige Spezialitäten!

Apollo-Theater
10 Uhr! 10 Uhr!
Größter Lachserfolg!
Berlin im Omnibus.
Zwei Hilde:
Der Omnibus - Triad.
Vorher 8 Uhr:
Die erstklassigen neuen Attraktionen.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Schm. u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue Septemher-Programm.
Gbr. Marconi, Henry Sago, Monte Christo, der Heisenhölper; Kascha Rusalka.
's Eisserie.
Vederspiel in 1 Akt von S. Rneff.

Sanssouci Kottbusser
Str. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntg., Montg., Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu! Der Herkules.
Sonnt. Beg. 5, Bodent. 8 U.
Sonnabend: Benefiz für
Hoffmanns Nordd. Sänger.

Sanssouci Kottbusser
Str. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntg., Montg., Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu! Der Herkules.
Sonnt. Beg. 5, Bodent. 8 U.
Sonnabend: Benefiz für
Hoffmanns Nordd. Sänger.

Sanssouci Kottbusser
Str. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntg., Montg., Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu! Der Herkules.
Sonnt. Beg. 5, Bodent. 8 U.
Sonnabend: Benefiz für
Hoffmanns Nordd. Sänger.

Sanssouci Kottbusser
Str. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntg., Montg., Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu! Der Herkules.
Sonnt. Beg. 5, Bodent. 8 U.
Sonnabend: Benefiz für
Hoffmanns Nordd. Sänger.

Sanssouci Kottbusser
Str. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntg., Montg., Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu! Der Herkules.
Sonnt. Beg. 5, Bodent. 8 U.
Sonnabend: Benefiz für
Hoffmanns Nordd. Sänger.

Sanssouci Kottbusser
Str. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntg., Montg., Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu! Der Herkules.
Sonnt. Beg. 5, Bodent. 8 U.
Sonnabend: Benefiz für
Hoffmanns Nordd. Sänger.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
Wittwoch, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Fran Inger von Oestrot.
Schauspiel in 5 Aufzügen von
Henck Wien.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Fran Inger von Oestrot.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Witt. Th.)
Wittwoch, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Vollständ. in 4 Akten u. 12 Arränge.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Weh' dem der lögt.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Oh schön! Ab 1. September täglich: Oh Regen!
neues sensationelles Programm.
Kaffeeküche, Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 1 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorzugsorten sind gültig.

Schloß Weißensee.
„Zum Sternecker.“ Inhaber C. Koch.
Große Sehenswürdigkeit!
Afrika.
Dorf mit 70 Eingeborenen, zahlr. Tiere.
Täglich: Gr. Konzert.
Mehrere Vorstellungen.
Erste Vorstellung 4 1/2 Uhr nachmittags.
Entree 50 Pf., Kinder 15 Pf.
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Berliner Prater-Theater
Rastanten-Allee 7/9.
Täglich:
Zwischen Himmel u. Erde
Großes Lustspiel in 3 Akten.
The three Spoons.
Soubrette-Varietete.
In der Küche.
Spezialitäten - Ball.
Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nummerierter Platz 50 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
Sochentags
8, Sonntag
7 Uhr.

Zuckerpreise steigen rapid!
Wer sich für die Preisbewegungen an den Produktenmärkten interessiert, verlange Proestler's Broschüre: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Vollständige Ausgabe M. 2.-, Teil- und Volksausgabe 60 Pf.

Einsegnungs-Anzüge
in den neuesten Façons
Tuchkammgarn, Ripskammgarn u. Cheviot, reichhaltigste Auswahl, gute Verarbeitung, zu den billigsten Preisen, empfiehlt
Julius Lindenbaum
Große Frankfurterstr. 141
Ecke Fruchtstraße. 2082L*
Größtes Etablissement
des Ostens, Nordostens und Südostens.
Anerkannt reellste u. billigste Bezugsquelle.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonnabend, den 15. September 1906, in der Brauerei Königstadt,
Schönhauser Allee 10:
Jubiläumsfest
zum 25-jährigen Bestehen des Zentralvereins der B. D.
bestehend in **Konzert, Festspiel** (Eine internationale Bildhauer-Konferenz zu Marokko),
Vorträgen und Tanz.
Eintritt 75 Pf. pro Person. Anfang 8 Uhr abends.
Eintrittskarten sind zu haben bei Kollegen F. Wolland, Eisenbahnstr. 9, III, O. Misbach, Engel-Ufer 15, III, im Bureau und bei den Bezirkskassierern. - Das Lokal ist zu erreichen mit der Stadtbahn bis „Börse“, mit der Ringbahn bis „Schönhauser Allee“, mit den Straßenbahnlinien: No. 1, 2, 4, 47, 48, 49, 50, 52, 53, 54, 55, 56.
Wir gestatten uns, in Anbetracht des reichhaltigen und gediegenen Programms sowie des besonderen Zweckes der Veranstaltung alle Kollegen freundlichst einzuladen.
Der Vorstand.

Besichtigen Sie
unsere erprobten
und bewährten
Spiritus-Glühlicht-
Lampen und Bremer.
Centrale für Spiritus-Verwerthung
G. m. b. H.
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Täglich: Vorstellung und Tanz.
Neue Spielfolge.
Figliola. X Jean Hofer.
Clown Dolly
mit seiner wackeligen Tierfamilie.
Täglich: **Großer Tanz.**
Anfang 4 1/2 Uhr. X Eintritt 30 Pf.

Kasino-Theater
Lottfingergasse 37. Täglich 8 Uhr
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Selig.
Vorher das Eröffnungsprogramm.
Sonntag nachm. 4 Uhr: **Madame Bonivard.**

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20
am Rosenthaler Tor.
Ganz Berlin spricht bereits über
Chevalier Thorn.
„Im Traumlande“.
Adele Moraw
Soubrette-Diva vom R. M. Josef-
städter Theater in Wien.
13 erstklassige Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Wintergarten
Großer Erfolg des
Eröffnungs-Programms.
Robert Steidl, Humorist.
Das Erntefest, engl. Ballettszene.
Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe.
Mia Werber, Sängerin.
Ida Fuller, Fantasie-Tänzerin.
Chung Ling Soo, chin. Zauberer.
De Witt Burns und Terrance,
amerikanische Exzentriks.
Die Pissutti, Reitakt.
Ferry Carwey, musikal. Clown.
Price u. Toledo, Kontorsionisten.
Der Biograph.

Schweizer Garten
Am Königstor - Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung,
Spezialitäten u. Ball.
Berlin arm und reich.
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten.
Der mysteriöse Wunder-Globus
(das Rätsel aller Rätsel).
Der Antipode auf lebender Brücke.
Die 5 Jaksons, Akrobaten.
Clothilde u. Bertram.
Trio Schlaraffia.
Sochentags: **Damentanz frei.**
Anfang 5 Uhr. - Entree 30 Pf.

Welt - Ausstellungs-Biograph - (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormalitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 18.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Täglich 8 Uhr:
15 erstklassige Nummern.
u. a.: **Paul Vendaro**
Gunde- und Händchensaur.
Carmanelli Duo
musikalischer Scherenscheiter.
Der Sommerleutnant.
Schwan vom R. Reichardt.
Entree 50 Pf. Entree 50 Pf.
Familienfacien in Barbier, Friseur-
u. Zigarrengeschäften unentgeltlich.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Das brillante
Eröffnungs-
Programm!
15 erstklassige **15**
Konzertsaal: **Humoristisches Volks-**
Kabarett.
(Ohne Weinzwang.)
Sonntags 1/4 Uhr: **Familienvorst.**
Halbe Preise, ein Kind frei.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
September-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

Neue Welt Volleheide
108-114.
Mittwoch, den 5. September 1906:
Leztes Kinderfreudenfest.
Kinderbelustigungen jeder Art.
Gratulations-
1. Preise silberne Damen- und
Herrenuhren.
Konzert und Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 0,15 M.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich!
Gustav Gottschalk's
humoristische Konzerte.

Los nur 1 Mark.
Ziehung am 4. Oktober
Schneidemüller
Pferde-
Lotterie
3057 Gewinne, W. Mark
83 000
darunter 5 komplet bespannte 4-, 2-, 1-
spännige Equipagen und 47 Reit- und
Wagenpferde, W. Mark
59 000
3000 Silbergewinne und 35 Damen-
und Herrenfahräder, W. Mark
24 000
Hauptgewinn W. Mark
10 000
Los 1 Mk. 11 nur 10 Mk.
Porto und Liste 20 Pf.
empfiehlt das Generaldebit

H. C. Kröger
Berlin SW., Friedrichstr. 250.
Zu haben in allen
Lotteriegeschäften und vielen
Zigarrenhandlungen.

Beste Bettenfüllung
sind die vorzüglich füllenden, sehr
elastischen, echt chinesischen
Monopoldaunen
(größt. gefüllte) Pfund Wfr. 2,55.
2-4 Pfund gefüllt 3 gr. Oberst.
Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S., Prinzenstr. 46
Größte Bettfedern-Spezial-
geschäft Deutschlands.

Partei-Angelegenheiten.

Ober-Schneeweide. Die Parteigenossen werden ersucht, am Mittwoch, den 5. d. M., abends 7 Uhr, zur Flugblattverbreitung sich an den bekannten Stellen einzufinden.

Am Donnerstag, den 6. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im Schloßpark Wilhelmshof statt. Tagesordnung: Die Vorkommnisse in Nürnberg und die herrschende Reaktion. Es ist Pflicht aller Genossen, für starken Besuch der Versammlung zu sorgen.

Potsdam. Der Wahlverein hält heute (Mittwoch) seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bericht von der Kreisgeneralversammlung, Presse. — Bei der Wichtigkeit der zu fassenden Beschlüsse betreffend die Presse ist ein vollständiger Besuch notwendig.

Berliner Nachrichten.

Schema F im Krankenhaus.

In den Kreisen der Bauarbeiter wird viel ein Kommis besprochen, das aus dem Charlottenburger Krankenhaus auf Weßend bekannt geworden ist. Auf einem Neubau in der Freischützstraße in Charlottenburg war ein Zimmermann B. beim Verlegen von Treppenstufen verunglückt. Er hatte am Fuß eine Verwundung erlitten, die bei dem starken Blutverlust, der sofort eintrat, schmerzhafte Hilfe zu erfordern schien. Eine Art Notverband wurde ihm nach auf der Baustelle von dem Polier (der aber nicht als Samariter ausgebildet ist) angelegt, und dann brachte man den Verletzten in einer Droschke nach dem Krankenhaus Weßend. Dort verlangte B. nach einem Arzt, der ihm baldigst einen regelrechten Verband anlegen sollte, aber das Wartepersonal erwiderte, er sei nicht B. gebadet worden. Es kam dann ein Arzt herbei, aber dieser ließ sich vorläufig daran genügen, den Mann anzusehen und entfernte sich wieder. Als B. seine Bitte um sofortige ärztliche Hilfe wiederholte, wurde vom Wartepersonal geantwortet, ein Arzt sei jetzt nicht da. Das wird nur eine Ausrede gewesen sein, mit der man wohl den Ungeduldrigen beruhigen wollte. B. ließ sich aber nicht beruhigen, sondern blieb dabei, daß er sofortige Hilfe haben müsse. Er erreichte nur, daß ihm ein Wärter den vorhandenen Verband, durch den das Blut hindurchsickerte, mit Watte und einer Binde überdeckte. Schließlich wollte er die Qual des Wartens nicht länger ertragen und erhob sich, um die Anstalt zu verlassen. Er kumpelte auf die Straße hinaus, bestieg dort einen Straßenbahnwagen und fuhr nach der nächsten Unfallstation, wo man ihm dann sofort die gewünschte Hilfe zuteil werden ließ.

Den Kollegen B. ist es unbegreiflich, warum dem Verletzten nicht schon im Krankenhaus die erste ärztliche Hilfe sofort gewährt wurde. Ein vor dem Krankenhaus aufgestelltes Transparent kündigt ja an, daß dort auch erste ärztliche Hilfe zu haben sei. Nach dem Ergebnis der von uns angestellten Ermittlungen müssen wir uns die Sache so erklären, daß die mechanische Anwendung des vorgeschriebenen Schema F zu einem Mißverständnis geführt hat. Wer in ein Krankenhaus eingeliefert wird, um dort gepflegt zu werden, wird in der Regel zunächst mal gebadet, falls sein Zustand das erlaubt. Das entspricht den Grundsätzen der modernen Krankenpflege und liegt im Interesse des Kranken selber. Aber ein sonderbares Verfahren bleibt es doch, einen Verwundeten zuerst zu baden und dann seine Wunde überhaupt erst vor das Auge des Arztes zu bringen. In dem vorliegenden Falle kam es jedoch dem Patienten nicht so sehr auf eine Verpflegung im Krankenhaus als auf sofortige Gewährung einer ersten ärztlichen Hilfe an. Als er diese immer wieder verlangte, hätte das Personal eigentlich wohl merken können, was der Mann wollte. Das Personal merkte es nicht, sondern sagte sich vermutlich: Wieder ein neuer Patient? Nun, da muß er ja zuerst gebadet werden. Also rein mit ihm in die Banne! Der Widerrede des Mannes begegnet man mit dem unerwünschten Gleichmut, der in Anstalten üblich ist. Ein paar freundliche Worte der Belehrung hätten genügt, alles aufzuklären, aber mit einem Patienten läßt man sich eben nicht auf Unterhandlungen ein. Meistens bleibt hier immer noch ein Rest, der auch uns unbegreiflich ist. Wenn, wie in diesem Falle, ein Verletzter eingeliefert wird, der einen offensichtlich von Laienhand notwendig herumgewickelten Verband mitbringt, so wird uns Laien kein Arzt zu überzeugen vermögen, daß nicht zu allererst dieser Verband herunter müsse.

Die Deputation für die händische Straßencleaning hielt nach den Ferien gestern ihre erste Sitzung ab. Zugestimmt wurde der Aufnahme von fünf Straßen in den Arbeitsplan. Versuche, die in Hamburg mit der Verbrennung des Berliner Hausmülls angestellt worden sind, haben ein negatives Resultat ergeben. Trotzdem der Ofen von verbesserter Konstruktion ist, war eine totale Verbrennung nicht zu erzielen.

Unter Verdrückung eines früheren Beschlusses soll der Versuch, die Verleihung von Regenröhrchen durch die Wärterinnen der Bedürfnisanstalten für Rechnung des betreffenden Institutes fortgesetzt werden, jedoch lehnte es die Deputation ab, der Firma zu gestatten, ihre Reklameschilder an den Bedürfnisanstalten anzubringen.

Der Verpachtung der alten Müllabladepolge vor dem Stralauer Tor und in der Müllerstraße stimmte die Deputation zu. Die Pächter beabsichtigen das alte Müll für landwirtschaftliche Zwecke aufzuarbeiten und auf diese Weise die alten Abladepolge zugleich zu säubern.

Dem Antrage des Arbeiterausschusses auf Gewährung von Freibädern in den händischen Badeanstalten sieht die Direktion und Deputation sympathisch gegenüber. Die Gaswerke, die Werke der Kanalisation und des Schlachthaus- und Viehhofes haben eigene Badeanstaltungen, die den Arbeitern der Werke zugänglich sind. Die Gaswerke stehen dem Verlangen der Arbeiter ablehnend gegenüber mit der sonderbaren Begründung, mit den Bademarken könne Handel getrieben werden. Dieser Einwand kommt für die Arbeiter der Straßencleaning gar nicht in Betracht, indem, abgesehen von anderen zu treffenden Kontrollmaßnahmen, das Freibad von dem Erscheinen in der Arbeitsleistung abhängig gemacht werden könnte. Die Direktion erklärte sich bereit, mit der Verwaltung der Badeanstalten darüber in Verhandlung zu treten, ob außer der Wasserlieferung Unkosten entstehen, und zu welchen Tagesstunden die Benutzung der Badeanstalt durch die Arbeiter der Straßencleaning den Betrieb der Badeanstalt am wenigsten beeinträchtigt.

Der Verlängerung des bestehenden Vertrages unter Erhöhung der Sätze von 6,80 M. auf 8,00 M. für die Bedienung, Wespaltung und Unterhaltung der Rechenmaschinen auf zwei Jahre, stimmte die Deputation zu.

Damit wird ein gleicher Termin für den Ablauf der gleichartigen Verträge bezüglich der Sprengwagen usw. erreicht, was für die nach zwei Jahren vorzunehmenden Ausschreibungen von wesentlichen Vorteil sein wird.

woraus konsequenterweise folgte, daß man über ein leistungsfähiges und zuverlässiges Personal verfügte. Durch Spezialisierung der jetzt verlangten Einheitsfähige in die Quoten für die Unterhaltung des Personals, des Pferdebestandes und der Maschinen beziehungsweise Wagen, hofft die Direktion eine Einwirkung auf die Löhne des Fahrpersonals zu gewinnen.

Nach der Sitzung fand die Besichtigung eines neu aptierten Sprengwagens vor dem Rathaus statt.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 6. September, nachmittags 5 Uhr: Vorlagen betreffend den Uebergang einzelner Zweige der Wohlfahrtspolizei auf die Stadtgemeinde, — die Erhebung einer Willeit- und einer Lustbarkeitssteuer, — die Stellen der leitenden Aerzte am Rudolf Virchow-Krankenhaus und die Einführung zahnärztlicher Hülfe daselbst, — die anderweitige Festlegung der Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals an Gemeindefschulen, — Abänderung des Stats für das Fühlhospital in Reinickendorf, — den Verkauf eines Teiles des händischen Gasbehältergrundstücks an der Augustenburgerstraße, — Erwerbung einer zur Freilegung der Friedenstrasse bestimmten Fläche des Georgenkirchhofes neben dem Hause Friedenstraße 103, — die Festlegung der Fluchtlinien für eine Verbindungsstraße zwischen der Neuen Königstraße und Wendelsohnstraße im Zuge der Gollnow- und Joststraße, — die anderweitige Festlegung der Nordost-Treptower Gemeindebezirks-grenze, — die für Erwerbung von Straßenland oder Bau- beschränkungen auf Grund von Entschädigungsbefehlen oder richterlichen Entscheidungen in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1906 gezahlten Beträge, — die gegen die Wichtigkeit der Gemeindevorläufigkeit erhobenen Einsprüche, — die Annahme zweier für die Volkshilfsbibliothek und die Verhältnisse bestimmten Vermächtnisse des verstorbenen Landgerichtsrats a. D. Viktor Lion, — die Gehälter der Oberpostsekretäre, Apotheker und Profektoren, — die Abänderung von Fluchtlinien zur Abstumpfung der Ecke Garten- und Invalidenstraße sowie den Erwerb des Grundstücks Gartenstraße 98 und der von dem Grundstück Invalidenstraße 18 zur Straßenerweiterung erforderlichen Fläche, — die Erhöhung der Beiträge an den Verein „Berlin-Treptower Sternwarte“ für 1907, — die Verfertigung einiger Straßenzüge der Gemeinde Rankow mit Wasser aus den städtischen Wasserwerken, — die Festlegung von Fluchtlinien für eine neue Straße 88d in Abteilung X2 nördlich der Recklinerstraße zwischen Kolonie- und Strohholmerstraße, — den Ankauf eines Schulgrundstücks an der Recklinerstraße, — die Verwendung des der Stadtgemeinde aus der Jagow-Stiftung zusehenden Zehntels der Stiftungseinkünfte des Rechnungsjahres 1905, — die Erwerbung des Straßensandes vor dem Grundstücke Lothringenstr. 83 und 89/90 durch Enteignung, — die Festlegung neuer Baufluchtlinien behufs Verbreiterung der Jäden- und der Stralauerstraße, — die Zahlung einer Entschädigung für Entwertung des Grundstücks Adalbertstr. 24 durch die Straßenaufhebung bei dem Neubau der Adalbertstraße, — den Empfang der International Law Association.

Das Rudolf Virchow-Krankenhaus in der Seestraße, das am 1. Oktober eröffnet werden soll, ist am Sonnabend von Mitgliedern des Magistrats besichtigt worden. Am Montag erschien der Kaiser und die Kaiserin, um sich das Krankenhaus anzusehen. Stadtbaurat Hoffmann gab die nötigen Erklärungen.

Vom sozialen Empfinden der Besitzenden hören wir alle Augenblicke, und diesbezügliche Forderungen sind auch bereit, um langes und breites über die Eigenschaften der Angehörigen der beständigen Klasse in der bürgerlichen Presse zu erzählen. Da wird vorgeredet, in welcher Weise sich die Arbeitgeber für ihre Arbeiter aufopfern. Die Lasten für die soziale Verbesserung seien ganz erhebliche, ohne daß natürlich angegeben wird, daß der Arbeitgeber diese Beiträge nur aus dem Profit zahlen kann, den er aus der Beschäftigung der Arbeiter herausholt, sobald in Wirklichkeit die Arbeiter diese Lasten ganz allein tragen. Nicht ein Arbeitgeber eine sogenannte Wohlfahrtsabteilung ein, so wird das laut ausposaunt, obwohl auch über den Wert derselben die Arbeiter ganz andere Auffassungen haben als der Unternehmer. Gelegentlich läßt sich auch ein Arbeitgeber herab, einen Arbeiter, der lange Jahre bei ihm tätig war, persönlich eine Anerkennung zuteil werden zu lassen. Die Fälle, wo ein Arbeiter bei einem Arbeitgeber ununterbrochen Jahrzehnte lang tätig ist, sind allerdings selten. Oft entstehen in Arbeitsverhältnissen Differenzen mit dem Inhaber des Geschäfts, und stellt sich dann der letztere auf die Seite seiner Kollegen, so kann gewärtigt sei, daß der Arbeitgeber die treuen Dienste vergißt. Aber immerhin kommt es doch vor, daß Arbeiter Jahrzehnte hintereinander an ein und derselben Stelle tätig sind. In einem solchen Falle unterläßt es selten ein Arbeitgeber, des Arbeiters in irgend einer Weise zu gedenken, aber es gibt auch Ausnahmen. Uns wird ein Fall berichtet, wonach ein Maschinenmeister der Duschdreherei Stankewicz, Bernburgerstr. 14 am 1. September sein 25-jähriges Geschäftsjubiläum feierte, daß aber der Inhaber der Firma, Herr Kommerzienrat Fickert, dem Manne, der ein Vierteljahrhundert dem Geschäft seine Dienste leistete, auch nicht die geringste Anerkennung zu teil werden ließ. Und der Herr Kommerzienrat Fickert rühmt sich sonst immer seines sozialen Empfindens. Wir beschwerten uns nicht etwa darüber, sondern finden das ganz in der Ordnung. Kapitalist und Arbeiter haben nur das eine miteinander zu schaffen, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft hergibt und der Unternehmer den Profit einstreicht. Der Arbeiter muß froh sein, daß er nach so langer Dauer seines Arbeitsverhältnisses nicht als weniger leistungsfähig und verbraucht auf die Straße steigt. So will es die kapitalistische Ordnung. Wie uns mitgeteilt wird, haben die Arbeitskollegen sich ihres Mitarbeiters erinnert und ihn durch eine kleine Anerkennung überrascht. Sogar Lehrlinge beteiligten sich an dieser Veranstaltung und beschanten ihren Arbeitgeber.

Verhandlungen von Delegierten der Gastwirtevereine des deutschen Gastwirtsverbandes und Vertretern des Brauereivereins sollten gestern stattfinden, sie sind aber in letzter Stunde vom Brauereiverein abgelehnt worden ohne jede Begründung. Dem Verband der freien Gast- und Schankwirte ist auf sein Ultimatum vom Verein der Brauereien noch keine Antwort zugegangen.

Ein schwerer Straßenaunfall ereignete sich am Montagmorgen gegen 8 Uhr in der Großen Frankfurter, Ecke der Straußbergerstraße. Dort geriet der dreijährige Sohn des Rittenmachers Lieblich, Grüner Weg 86 wohnhaft, unter den Straßenaunwagen 2342 der Linie 1, wurde umgestoßen und kam mit beiden Füßen unter den Schuttrahmen des Vorderperons zu liegen. Der Wagen wurde mittels Hindernisse angehoben und das Kind dann hervorgezogen. Der Kleine, der einen Bruch des linken Oberarmes und Querschunden erlitten, wurde zuerst nach der nahen Unfallstation und dann nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Sein Baden erkrankte ist Montag nachmittags der Schweizer Giller, der bei dem Mollereibesitzer Wultraw in Hohen-Schönhausen angestellt war. Giller hatte in Drantsee an verbotener Stelle gehandelt und als er von einem Rahne einen Kopfsprung in das Wasser machte, kam er nicht mehr an die Oberfläche zurück. Die Unfallstelle wurde sofort abgesucht, doch gelang es nicht, den Körper des Giller zu bergen.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist der Arbeiter Wilhelm Lange, Göttenstr. 24 wohnhaft. Lange war in der Zentrale des Elektrizitätswerkes „Süd-West“ am Tempelhofer Weg 46/47 beschäftigt und als er an einem leerstehenden Leitungskanal entlang ging, plügte er plötzlich aus und stürzte in den Kanal hinab. Der Bauarbeiter wurde schlagartig auf eine Stahlröhre auf und erlitt mehrere Rippenbrüche. In bedenklichem Zustande wurde er in die Klinik in der Derberstraße eingeliefert.

Die Eisenbahnüberführung als Diebeslager. Ein seltsames Versteck hatten sich zwei Einbrecher für ihre Diebesbeute ausgesucht, die wie die Raben in Rankow gestohlen haben und gestern morgen von ihrem Schicksal ereilt worden sind. Die Vurschen hatten in der Tragkonstruktion der Eisenbahnüberführung in der Hauptstraße eine förmliche „Mäuerhöhle“ aufgeschlagen. Während sie die Beute in den Rissen und Seitenteilen versteckt hielten, hatten es sich die Diebe auf den mächtigen Trägern „bequem“ gemacht. Ein Polizeibeamter entdeckte das seltsame Lager und verhaftete die beiden Vurschen aus ihrem Jdyl heraus. Sie wurden in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Mit Jdyl vergiftet hat sich am Montag in der Wohnung ihrer Eltern die 26 Jahre alte Tella C., Wallner-Theaterstr. 21. Der Grund hierfür soll unglückliche Liebe sein.

Das Radrennen in Steglitz am vergangenen Sonntag hat, wie wir schon berichteten, mit einem groben Mißton geendet. Ein Besucher des Rennens gibt uns dafür eine Erklärung, die das Verhalten der Bahnleitung in einem recht unglücklichen Lichte erscheinen läßt. Er schreibt uns: Im Endlauf des Landesrennens erlitten Peter-Mayer Reifendekel, weshalb abgestoppt wurde. Ehe noch ein neuer Start stattfand, hatte Glegard Radlader. Diese Gelegenheit benutzte die Bahnleitung, das mit 725 M. dotierte Rennen nicht ausfahren zu lassen, trotz des energischen Protestes beteiligter Landesfahrer, vor allem Peters und Stabel. Jedem ein anderer Grund lag nicht vor, da die Bahnbeleuchtung durch die elektrischen Vogenlampen eine gute war und von einer Dunkelheit keine Rede sein konnte.

Von dem unbegreiflichen und unerhörten Entschiede der Bahnleitung wurde dem Steglitzpublikum durch einen hierzu eigens beordneten Angestellten Mitteilung gemacht mit der gleichzeitigen Aufforderung, auf die gegenüber liegende Sattelplatze der Bahn zu gehen, um dem Feuerwerk, das auf der Sattelplatze abgebrannt werden sollte, zusehen zu können. Erst nach dieser direkten Aufforderung sind die Vorrufen vom Publikum überflogen worden, das dann seinem lebhaften Unwillen über das Rechtschaffen des Endlaufes Ausdruck gab und sich schließlich, wenigstens ein Teil derselben, nach erfolglosem Protestieren zu den an sich bedauerlichen Ereignissen hinsetzte, deren Ursache in dem Verhalten der Bahnleitung lag.

Das Apollo-Theater hat für den Monat September ein nahezu vollständig neues Programm zusammengestellt, das eine Reihe höchst kräftige aufweist. Dinstagabend am 10. August sind die Burleske „Berlin im Omnibus“ sowie der Humorist Jean Paul, der durch seine Mimik und seinen urkomischen Humor das Publikum aus dem Lachen nicht herauskommen läßt. „Blumengeist“ heitelt sich ein Ballettdivertissement, das von 24 Damen ausgeführt wird und durch die farbenreiche Lichteffekte recht phantastisch wirkt. Auf dem Gebiete der Gymnastik und Akrobatik leisten die Franklin-Truppe wie die Akrobatischen Springer und die amerikanischen Exzentrischen Kece und Preost recht tüchtige. Max Steidl erregt durch seine musikalischen Imitationen die Lust der Zuhörer. Eine hübsche Dressenummer, die eher in einen Zirkus paßt, führt Alfredo Treutmann vor. Originell ist dabei „Der Affe als Kockel“, der alle Exzentrien eines Volkstheaters in der Parade zeigt. Die Seldoms, drei Herren und eine Dame, führen eine Reihe plastischer Darstellungen nach antiken und modernen Mustern vor. Wie in Marmor gehauen stehen die ebebmäßig gebauten Gestalten schwebend in absoluter Regungslosigkeit da. Treffliche Musikvirtuosen sind die Geschwister Thelissen. Außerdem bringt Meister Rodmogroph neue Bilder.

Feuerwehrbericht. Infolge der großen Hitze haben in den letzten Tagen die Brände außerordentlich zugenommen. In der letzten Nacht um 10 Uhr mußte ein größerer Kohlenbrand auf dem Kohlenplatz der Firma Brag in der Brombergerstraße gelöscht werden. Um 2 Uhr nachts brannten dort Brombergerstraße 17 abermals Preshofen in großer Ausdehnung und um 4 Uhr mußte der 7. Zug auf dem Ostbahnhof schon wieder einen Kohlenbrand löschen. Der 10. Zug hatte in der Maschinenfabrik von Hoffe in der Lindowstr. 22 23 zu tun, wo der Zuhöden u. a. in Flammen stand. Durch die Explosion einer Petroleumlampe kam in der Adlnerstr. 21 Feuer aus, wobei eine Person leichte Brandwunden erlitt. Vor dem Hause Gollmannstr. 28 brannte Teer auf offener Straße. Ferner hatte die Wehr noch in der Eberthstr. 12, Krausenstr. 67, Wallner-Theaterstraße 29, Waldenstr. 41, Pappel-Allee 108a, Schönhauser Allee 70a u. a. Stellen zu tun.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Donnerstagabend 9 Uhr: 4. Abtheilung in Lichtenberg bei Pichenhagen, Schornweberstr. 60: Vortrag über Vergiftungen und gefährliche Krankheitszustände. Referent: Herr Dr. Schiele. Um recht zahlreiche Beteiligung der Mitglieder wird erucht. Gäste sind willkommen. — Heute abend: Vorstandssitzung bei Dase.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Für die Polizei sucht in seiner gestrigen Nummer das „Rigdorfer Tageblatt“ eine Lauge zu drehen. Veranlassung hierzu nimmt es auf Grund einer von uns in Nr. 194 des „Vorwärts“ gebrachten Notiz: „Die Herdostität der Schugleute“ usw. In derselben stellten wir fest, daß der Arbeiter Lorenz weil er sich einer Frau annähmen wollte, die in der Panierstraße von einem Schugmann aus nicht zu ergründenden Motiven mit ihrem Kinde vom Trottoir gewiesen sein sollte, von dem Schugmann trotz Legitimation mit zur Wache gehen mußte. Das „Rigdorfer Tageblatt“ behauptet nun, daß unter in der betreffenden Notiz gegebene Darstellung des Falles völlig unzutreffend und entstellt sei. Es behauptet, die amtlichen Feststellungen, insbesondere die Vernehmung zweier einwandsfreier Augenzeugen des Vorfalls hätten ein anderes Bild ergeben. Genanntes Blatt hält sich deshalb „im öffentlichen Interesse“ und im das „Ansehen der Beamenschaft“ der Sicherheitspolizei nicht zu gefährden, für verpflichtet, „unbegründete Beschuldigungen und Angriffe“, wie die in unserer Notiz gemachten, richtigzustellen.

In der nun gegebenen Darstellung wird behauptet, daß der Schugmann Schirmer eine Anzahl Frauen, weil sie in der Panierstraße eine Jägermutter durch fortgesetztes aufdringliches Anjarren belästigten und den Verkehr auf dem Bürgersteige sperrten, in höflichem Tone aufgefordert habe, von dem Trottoir herunterzutreten, welcher Aufforderung die Frauen auch ohne Widerrede nachgekommen seien. Fünf Minuten später sei der Tischler Herrmann Lorenz aus der Panierstraße 7 hinzugekommen und habe den Beamten in schwerer Weise zu provozieren begonnen, indem er in auffälliger Weise um den Beamten herumgegangen sei und ihm auf die Achselklappen gesehen habe. Auf die höfliche Frage des Beamten, was er, L., von ihm wolle, habe L. ihn sofort in überlautem Tone angeschrien: „Ihre Nummer will ich haben, ich werde Ihnen schon beibringen, wie Sie sich Bürgerfrauen gegenüber zu betragen haben!“ Trotzdem sei Lorenz nur aufgefordert worden, weiterzugehen. Dieser Aufforderung kam L., so teilt das Blatt mit, „nur zögernd nach und schimpfte dabei fortgesetzt auf den Beamten weiter. Da sich mittlerweile ein Aufruf von weit über 100 Personen an jener Stelle gebildet hatte, und ein großes Gejohle und Geschrei anhob, aus welchem Rufe: „Haut den Blauen!“ hervorging, wurde Lorenz aufgefordert, mit zur Wache zu kommen, da eine Feststellung seiner Persönlichkeit auf der Straße unter solchen Umständen nicht möglich war.“ Aus der amtlichen Feststellung können wir immer noch nicht entnehmen, daß Lorenz zu Recht mit zur Wache genommen worden ist. Wenn sich nach der

Aufforderung, weiterzugehen (welcher er übrigens nachgelassen ist), aber 100 Menschen angelockt haben, die geschrien und gejohlt haben, so ist das doch sicher nicht die Schuld des Lorenz gewesen. Jedenfalls wäre die Feststellung seiner Persönlichkeit auf der Straße genau so gut möglich gewesen, als die Aufnahme zur Polizeiwache. Was das „Nürnb. Tageblatt“ veranlaßt, da von einer im Interesse des Ansehens der Beamtenschaft notwendigen Nichtigstellung zu sprechen, ist nicht gut begründet. Dagegen wenden möchten wir uns jedoch, aus unserem Bericht zu folgern, als sei es uns lediglich darum zu tun, gegen einen Beamten unbegründete Vorwürfe zu richten, um alsdann den Grund zu einer Beleidigung des gesamten Standes der Sicherheitsbeamten heranzuleiten. Auf Grund der in letzter Zeit aus weiten Kreisen des Publikums bei uns eingegangenen Beschwerden können wir leider feststellen, daß sich die Hüter der öffentlichen Ordnung nicht immer allzu großer Besonnenheit befleißigen. Das allzu schneidige Vorgehen unserer Polizei ist schließlich schuld daran, daß sich bei dem Publikum bei dem geringsten Vorwurfs eine feindselige und erbitterte Haltung gegen die Beamten bemerkbar macht. Sind dem Schreiber des Artikels im „Nürnb. Tageblatt“ die mannigfachen Polizeibergänge der letzten Zeit unbekannt, so können wir es verstehen, daß er eine solche Sache benutzt, um für die dreimal geheiligte Polizeimacht eine Lauge zu bereiten.

Zu der Nürnb. Schießsacke wird jetzt mitgeteilt, daß die Täter von der Kriminalpolizei ermittelt worden sind. Es sind dies die Landwirte Albert Stoid, Bertholdsdorferstr. 18 und Friedrich Kunert, Ganner-Gaulsee 40 wohnhaft. Beide sind Besitzer großer am Dammoog gelegener Gemüsegärten, deren Erträge sie in der Berliner Zentralmarkthalle verkaufen. Des Öfteren wurden sie gewarnt, daß ihnen große Mengen Gemüse gestohlen wurden. Stoid machte am Freitag abend die Wahrnehmung, daß die zwei Personen, die er in der Dunkelheit nicht erkennen konnte, Kohlräben aus den Beeten zogen. Er will nun hierauf auf die Diebe zwei Schreckschüsse abgefeuert haben. Hieraus sollen die Diebe auf den Acker Kunerts entflohen sein, der dann gleichfalls Schreckschüsse abgefeuert hat. Die nähere Untersuchung der Angelegenheit dürfte erst vollständige Klarheit bringen.

Das Opfer eines Ueberfalls wurde in der gestrigen Nacht der 17-jährige Jünger Euseb Strunk aus der Pommerstr. 22. In der Nähe der Wohnung des St. waren auf der Straße mehrere Personen aneinandergedrängt und der junge Jünger hatte sich währenddessen in unmittelbarer Nähe aufgehalten. Plötzlich zog einer der freitenden Männer ein dolchartiges Messer hervor und verlegte damit ans unbekannter Ursache dem St. mehrere wichtige Stiche in den Kopf. Blutüberströmend brach der Betroffene zusammen. Er wurde in bewußtlosen Zustande nach der Unfallstation in der Steinwegstraße und nach Anlegung von Notverbanden nach der Wohnung gebracht, wo er noch immer bewußtlos danielerliegt. Die Verletzungen sind lebensgefährlich. Der Täter hatte sofort die Flucht ergriffen, wurde aber von mehreren Männern verfolgt, festgenommen und nach dem 6. Polizeirevier übergeführt. Dort entpuppte er sich als der 29-jährige wohnungslose Tischler Christian Kija. R. verblieb in Untersuchungshaft.

Charlottenburg.

Die **Charlottenburger Gewerkschaftskommission** hielt am vorigen Freitag gemeinschaftlich mit den Gewerkschaftsvorständen und Gewerbegerichtsmitgliedern eine Versammlung ab, in der Genosse Blümme zunächst den Geschäftsbericht über die Tätigkeit des hiesigen Gewerbegerichts vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 erstattete. Klagen wurden demnach erhoben von Arbeitgebern gegen Arbeiter 18, im Vorjahre 1904/1905 30; von Arbeitern gegen Arbeitgeber 1142, im Vorjahre 973, und von Arbeitern gegen Arbeiter 4, im Vorjahre 9. Von diesen Klagen entfallen auf das Baugewerbe und Bauhandwerk 490, im Vorjahre 438; Fabriken aller Art 49, im Vorjahre 39; für das übrige Handwerk 616, gegenüber 522 im Vorjahre. Nicht unter die Zuständigkeit des Gewerbegerichts fallende Sachen waren 19 gegen 19 im Vorjahre zu verzeichnen. Durch Vergleiche fanden im Berichtsjahre 434 Klagen gegen 238 im Vorjahre vor dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts und 72 Klagen gegen 65 des Vorjahres vor dem ordentlichen Spruchgericht ihre Erledigung. Die Jahresdurchschnittszahl der an einem Tage verhandelten Klagen betrug 22 vor dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts und 10 Klagen vor dem ordentlichen Spruchgericht.

In der Debatte über den Bericht kamen die Genossen Pollenbühn und Hermann Böhl auf die hohe Ziffer der durch Vergleiche erledigten Klagen zu sprechen. In den meisten Fällen begeben sich dadurch Arbeiter ihrer sehr wichtigen Forderungen und Rechte. Genosse Blümme ersucht die Vorsitzenden der einzelnen Gewerkschaften, daß in jeder Gewerkschaft der Bericht gegeben und diskutiert werden möge, damit Auffklärung über die wenigen Rechte, die der Arbeiter besitzt, geschaffen werde.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung nahmen die Versammelten Stellung zu der bekannten Resolution und zu dem Antrag des Rieker Gewerkschaftsartikels betreffs Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftsfongresses, der erneut zur Frage des politischen Massenstreiks Stellung nehmen soll. Genosse Blümme beauftragte die in letzter Zeit in der Partei und Gewerkschaft diskutierte Frage. Aus dem Schweigen der Gewerkschaftsartikelle der größeren Städte Deutschlands glaubt er entnehmen zu dürfen, daß der Antrag lebende Gestalt nicht annehmen werde, trotzdem bitte er, beides einstimmig anzunehmen, um damit zu dokumentieren, daß wir uns mit der in Köln angenommenen Resolution in Sachen des Massenstreiks nicht einverstanden erklären. Genosse Eise trat für Vertagung des Antrages ein, weil man erst abwarten müsse, bis der Parteitag in Mannheim gesprochen habe. Die weiteren Redner, die Genossen Schweizer, Nikolau, Bobla, Krause, August Böhl, Wendig, Scheible und Grig traten für die sofortige Annahme ein, schon aus Gründen der Opposition sei dieses geboten. Nur Genosse Lehmann meinte, daß es zwecklos sei, den Antrag anzunehmen. Sämtliche Redner, mit Einschluß von Lehmann, der besonders erklärte, daß er auf dem Boden des politischen Massenstreiks stehe, befürworteten, daß über dieses Kampfmittel mehr als bisher in den Gewerkschaftsversammlungen gesprochen werden möge. — Die Resolution und der Antrag des Rieker Gewerkschaftsartikels wurden mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Unter „Gewerkschaftlichem“ ersuchte Genosse Blümme, laut Mitteilung der Generalkommission, die ausgegebenen Sammelblätter für die freitenden Lithographen und Steindruckere sowie für die Buchbinder betreffs Abrechnung schnellstens an den Kassierer, Genossen Scheible, Bismarckstr. 35, abzuliefern. Ebenso ersucht Genosse Scheible um Abrechnung der noch ausstehenden Jahresberichte. Hierbei wurde von einigen Gewerkschaften, namentlich der Metallarbeiter, mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sind, die auf sie entfallenden Jahresberichte abgeben zu können. Nach einem Vorschlage des Obmannes, Genossen Blümme, soll die Sache in geeigneter Weise erledigt werden.

Entschuldigt fehlten die Handlungsgehilfen, unentschuldig die Gemeindebergsarbeiter.

Schöneberg.

Die **Stadtvorordnetenversammlung** nahm am Montag ihre Arbeiten nach beendeter Ferienzeit wieder auf. Sie beschäftigte sich in dieser Sitzung mit der immer noch nicht von der Tagesordnung verschwundenen, sogenannten „Stabtorstfrage“. Vereits in der Sitzung vom 18. Juni war die Anstellung eines Arztes beschlossen worden, dem die Leitung der zu errichtenden Heilmittel für Lungentranke und der Einrichtungen für die öffentliche Wohlfahrtspflege übertragen werden sollte. Trotz dieses Beschlusses versuchten die tonangebenden Herren der Hausbesitzerfraktion die Angelegenheit, die schon in der letzten Sitzung vor den Ferien durch absichtlich herbeigeführte Verschlussfähigkeit eine unliebsame Verzögerung erfahren hatte, noch weiter zu verschleppen, indem sie beantragten, die Anstellungsbedingungen einem Ausschuss zur Vorberatung zu überweisen. Namentlich waren es die Stadtvorordneten Schäfer und

Schneider, die Ausschubberatung forderten. Letzterer hält die Anstellung des betreffenden Arztes für gar nicht so dringend, seiner Meinung nach werden in der Zeit, um die sich die Anstellung dadurch verzögert, auch nicht so sehr viel sterben, und wenn es der Fall sein sollte, so könnte der Arzt ihnen auch nicht mehr helfen. Auch kann er es nicht verstehen, wie die Angelegenheit immer wieder auf die Tagesordnung geschoben wird; bei der jetzt herrschenden trockenen Bitterung habe es mit der Anstellung eines Arztes gar keine Eile. Mehrere Stadtvorordnete aus den bürgerlichen Reihen sowohl wie der Stadtvorordnete Küter (Soz.) wenden sich entschieden gegen die Ausschubberatung und vor allem gegen die von einer völligen Unkenntnis der sozialen Aufgaben einer Gemeinde zeugenden Ausführungen des Stadtvorordneten Schneider. Die Angelegenheit selbst sei vollständig geklärt; in dem Antrage auf Ausschubberatung liege nur die Absicht, die Sache zu verschleppen oder in irgend einer Weise von der Diskussion verschwinden zu lassen. In namentlicher Abstimmung wurden nach einer nahezu 2stündigen Debatte die vom Magistrat vorgeschlagenen Anstellungsbedingungen mit 26 gegen 18 Stimmen angenommen. Danach wird der Arzt mit halbjähriger Kündigung zunächst auf die Dauer von sechs Jahren gegen ein Anfangsgehalt von 6000 M. jährlich, steigend in zwei dreijährigen Raten von je 1000 M. bis 8000 M. und einer Monatsentschädigung von jährlich 1500 M. angestellt.

Eine längere Debatte brachte dann die Vorlage des Magistrats, nach der in Augsburg stiftenden 31. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege je zwei Mitglieder des Magistrats und der Stadtvorordnetenversammlung zu entsenden. Von verschiedenen Rednern wurde gefordert, aus Sparamtsrücksichten nur je ein Mitglied zu delegieren, wogegen sich Mag. a. n. (Soz.) wendet. Nach seiner Meinung sind Sparamtsrücksichten bei dieser wichtigen Angelegenheit sehr schlecht angebracht, denn die vorhergehenden Debatten hätten bewiesen, wie groß noch die Verstandlosigkeiten der hygienischen Aufgaben der Gemeinde gegenüber ist. Die Mehrheit stimmt jedoch nur der Entsendung von je einem Vertreter zu; die Wahl fiel auf den Stadtv. Dr. Freund, unser Genosse Küter blieb mit 17 gegen 20 Stimmen in der Minderheit. Zu dem am 24. und 25. September in Kustrin stattfindenden Brandenburgischen Städtetage werden der Stadtvorordnetenvorsteher Deyne und Stadtv. Obst (Soz.) delegiert.

Der Errichtung von zwei Vierfamilien-Wohnhäusern auf dem Gute des städtischen Rieselfeldes und dem Bau einer neuen Gemeindedoppelschule am Tempelhofer Wege wird zugestimmt.

Die **Renovationsarbeiten** des **Abfuhrwesens** wird einem Ausschuss von 13 Mitgliedern überwiesen, dem gleichzeitig der sozialdemokratische Antrag auf Uebernahme des Abfuhrwesens, in städtische Regie vorliegt.

Zur Vorbereitung der **Feierlichkeiten** anlässlich der Eröffnung des neuen Krankenhauses wurde ein Komitee, bestehend aus vier Stadtvorordneten und drei Magistratsmitgliedern eingesetzt. Ohne den üblichen „Altimbum“ scheint es in bürgerlichen Kreisen bei derartigen Gelegenheiten nicht abgehen zu dürfen, man hielt es deshalb auch für ganz selbstverständlich, daß Sozialdemokraten in dem Komitee nicht zu suchen haben. Wir werden auf die Angelegenheit zurückkommen, wenn die Vorschläge dieses Komitees vorliegen.

Steglitz.

Auf offener Straße **Selbstmord** verübt hat der 24-jährige Photograph **Frei Rosperich** aus der Grunewaldstraße. Der junge Mann war mit einem Fräulein D. aus der Schloßstraße in Steglitz verlobt und war am Sonntag mit ihr zusammen gewesen. Gestern morgen wurde er von einem Polizeibeamten auf einer Bank am Promenadenwege des Fichtenberges tot aufgefunden. Neben der Leiche stand eine Flasche mit Phosphor, die noch etwas Gift enthielt.

Zehlendorf.

Den **Kampf unserer Genossen um den „Fürstehof“** zieren eine Anzahl erfolgloser Denunziationen. Vergeblich hat sich die Ortspolizei im Verein mit dem Inhaber des Lokales abgemüht, die Vorkottposten mit nennenswerten Strafen zu belegen, immer wieder mußten sie freigesprochen werden. Jetzt endlich ist es gelungen, einen Arbeiter, der jedoch mit dem Vorkott nicht das geringste zu tun hatte und nicht organisiert ist, zu einer Woche Gefängnis zu verurteilen. Der Angeklagte wurde des Hausfriedensbruchs beschuldigt. Der Besitzer Schmedhelm hatte ihm das Betreten seines Lokales verboten, der Angeklagte war sich aber keines Vergehens bewußt, wollte nochmals hingehen und beteuern, daß er mit dem Vorkott nichts zu tun habe. Es ist also auch hier wieder efflatant daneben gegriffen worden. Der Amtsanwalt des Groß-Richterfelders Schöffengerichts hatte sogar 14 Tage Gefängnis beantragt.

Schwer geschädigt wurde der postenstehende Genosse **R. W.**, indem er ohne ersichtlichen Grund von einem Polizisten verhaftet und von 1/11 Uhr abends bis 7/10 Uhr morgens des anderen Tages in das Spritzenhaus gesperrt wurde. R. verlor deshalb seine Arbeitstelle. Er strengte hierauf Klage wegen Freiheitsberaubung und Gewährung eines Schadenersatzes von 80 M. an. Die dieser Tage vom ersten Staatsanwalt eingelaufene Antwort besagt, daß gegen den Polizisten das Verfahren eingestellt sei, weil derselbe wiederholt ohne Erfolg aufgefunden habe, die Kampan am Bahnhof zu verlassen, und ihm daher nichts weiter übrig blieb als die Festnahme.

Daß die **Beschwerde** so, wie geschehen, beantwortet wurde, war vorauszusetzen, damit ist jedoch noch nicht der Beweis erbracht, daß es notwendig war, den Genossen R. so lange im Spritzenhaus zu behalten. Seine Personalien in dieser Angelegenheit festzustellen, konnte nur kurze Zeit in Anspruch nehmen. Durch die freisprechenden Urteile in letzter Zeit scheint die Polizei es für richtig zu halten, den Posten durch die Inhaftierung schon vorher eine kleine Strafe zuzubilligen. Liegen die Dinge so, so wäre es an der Zeit, solchen **Maginern** das Handwerk zu legen.

Potsdam.

Der **Herausgeber** der „Potsdamer Korrespondenz“, der Journalist **Wilhelm Rieker**, ist gestern morgen nach langen, schweren Leiden verstorben. Der Dahingegangene ist ein langjähriger Journalist und lieferte auch an die Berliner Blätter seine Nachrichten. Am 1. September feierte er sein 30-jähriges Berufsjubiläum. Trotz dieser langjährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Journalistik war es ihm aber nicht möglich, Reichthümer zu erwerben, er mußte genau wie jeder Handarbeiter fronden.

Vermischtes.

Eine **Bombengeschichte**. In ihrem lebhaften Orange, dem Umfange des Garbaus und den Staffen vor dem Unterhang zu bewahren, zieht sich die berühmte Nürnberger Polizei eine Plamage nach der andern zu und eine ist immer unersättlicher als die andere. Ihre neueste Leistung ist die Eindeckung einer Bombenfabrik. Bei einem freitenden Schlosser der Unionwerke erschienen morgens, als er noch im Bette lag, drei Schutzleute, um ihn zu verhaften. Der Mann war der Polizei denunziert worden, daß er sich mit der Bombenfabrikation beschäftige, und die Polizei, die schon wiederholt von Wigholden oder Denunzianten in ähnlicher Weise genortet wurde, fiel auch auf diese Geschichte pünktlich herein. Der schlimme Mensch sollte also durch seine Verhaftung unschädlich gemacht werden. Zuvor aber wurde seine Wohnung einer strengen Durchsuchung unterzogen. Alles wurde durcheinandergewühlt und auf das genaueste betrachtet. Da kamen sie an einen Koffer, der mit einer Unmenge von technischen Zeichnungen angefüllt war, und diese erregten ihre besondere Aufmerksamkeit. Als sie dabei drei Zeichnungen fanden, die rätselhafte Gegenstände von runder Form

darstellten, da war in ihren Augen der Verdacht vollständig überführt; das konnten nichts anderes als Zeichnungen sein, nach denen Bomben angefertigt wurden. Selbstverständlich wurden sie sofort konfiszirt, um als corpus delicti zu dienen. Der Mann wurde abgeführt. Kurze Zeit darauf wurde auch ein guter Freund von ihm, ein in Fürth beschäftigter Modellhauer, verhaftet, der verdächtig war, seinem Freunde bei dessen verdächtigem Tun hilfreich an die Hand gegangen zu sein. Sie wurden erst von einem Polizeibeamten peinlich vernommen, die verstorbenen Sünden verstanden sich aber nicht zu dem geringsten Geständnis, am andern Tage wurden sie dann dem Amtsrichter vorgeführt, der nochmals ein strenges Verhör mit ihnen anstellte, aber ebenfalls nichts aus ihnen herausbrachte. Er wollte gar nicht glauben, daß von den verdächtigen Zeichnungen die eine einen gewöhnlichen Kreis, die andere einen Wälzgeräder für eine Zentrifugentrommel darstellten! Da man weder fertige Bomben noch Bombenmaterial fand, mußten die beiden Sünden nach anderthalbtägiger Haft wieder entlassen werden; die Zeichnungen wurden aber zurückbehalten. Anscheinend will man erst noch einen Sachverständigen befragen, ob es sich nicht doch um Bombenzeichnungen handelt.

Ueberschwemmungen.

sind, wie vom gestrigen Tage aus **L a h o r e** gemeldet wird, in der Provinz Behar eingetreten. Die Indigoernte ist verborben; ebenso ist die Ernte der Nahrungsmittelgewächse vernichtet. Zahlreiche Dörfer sind fortgeschwemmt. Auf den Feldern steht das Wasser etwa neun Fuß hoch und bildet eine meilenweite Wasserfläche. Die obdachlosen Bauern haben sich auf die höher liegenden Landstrichen geflüchtet, in die das Wasser Lücken gerissen hat und auf denen die Weiden fortgesetzt sind. Die Hunger leidende Bevölkerung plündert die wenigen übriggebliebenen höhergelegenen Weizenfelder, auf denen das Getreide noch nicht reif ist, ohne ein Verbot der Landespolizei zu beachten.

In **Saint-Denis** (Senegambien) ist die Eisenbahn- und Telegraphenverbindung mit Kayes wieder hergestellt; die Ueberschwemmung ist im Abnehmen. Am Unterlauf des Senegal ist dagegen das Wasser beträchtlich gestiegen. Europäer sind bei der Ueberschwemmung nicht umgekommen. Beim Einfuß einer Brücke in Bamako sind fünf Eingeborene ertrunken. Die Verwaltung hat Maßnahmen getroffen zur Verhütung einer Epidemie.

Eine **aus acht Personen bestehende Falschmünzerbande**, die seit einiger Zeit gut nachgemachte Zweimarkstücke in größerer Menge in den Verkehr brachte, wurde in Straßburg i. E. entdeckt und festgenommen. Der Führer der Gesellschaft ist ein wegen Falschmünzerei bereits vorbestrafter Gipsler.

Abgeköpft. Der deutsche Tourist Lehrer **Alfred Weichert** ist beim Abstieg vom Presanella abgestürzt und schwer verletzt worden. Eine **Grube** erschoffen. **Mährisch-Osttau**, 4. September. Auf der der Berliner Firma Emanuel Friedländer gehörigen „Annagrube“ hat ein Wasserbruch stattgefunden, so daß der Betrieb eingestellt werden mußte.

Bootsunfall. **Triest**, 4. September. Bei einem Bootsausflug, welchen der Steueramtsbeamte mit seiner aus vier Personen bestehenden Familie unternahm, senkerte das Boot im Kanal Rijana. Alle fünf Personen mit dem Bootsführer ertranken.

Briefkasten der Redaktion.

Die **juristischeprechende** findet wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. **Grüßet** 7 Uhr. **Sonntags** beginnt die **prechende** um 8 Uhr. Jeder Anfrager ist ein **Vuchhaber** und eine **Zahl** aus **Dreizehnen** beizufügen. **Verlässliche** Antwort wird nicht erteilt.

Z. 100. Ja. Schönen Sie die neue Ausgabe vom Jahre 1904 nach (Seite 365-374). — **N. W. 50.** Das wird Ihnen Ihr Anwalt im Ehe-scheidungsprozeß sagen. — **Alfred Walter.** Sie dürfen über die Sachen nur gemeinschaftlich verfügen. Wer aus Abzählung gelauene Sachen an demen sich der Verkäufer bis zur vollständigen Bezahlung des Eigentums vorbehalten hat, weiterverkauft, bevor alles bezahlt ist, begeht Unterschlagung und kann bestraft werden. Sie dürfen nur die Sachen ein einschließen, nicht die Frau. — **N. P. 7.** Einen **Anspruch** auf Durchführung des Heilverfahrens haben Sie nicht. Höhere Instanz kann hier nichts tun. — **N. Z. 51.** Wenn der Baubeur selbst Besteller der Arbeit war, ist er für die Mängel der Arbeit verantwortlich. Das hat er durch Teilzahlung auch anerkannt. Klagen Sie die Restforderung gegen ihn ein. — **C. R. 51.** Lassen Sie sich, falls Sie unermöglicht sind, ein Urteil hierüber vom Armenkommissionsvorsteher ausstellen und geben Sie mit Urteil und Gerichtsakten zur Anmeldebüchse Neue Friedrichstraße 16/17. — **W. W. 90.** Rein. — **Z. P. 166.** Ja. — **C. P. 21.** Sie haben Anspruch auf Beschäftigung in der Abteilung Buchhaltung und können mit Recht die hierunter nicht fallenden Arbeiten ablehnen, soweit Ihre Beschäftigung dadurch **d a u e r n d** eine **u e s e n t l i c h** andere wird. — **C. R. 500.** Die Praxis der dortigen Militärbehörden in solchen Fällen ist hier nicht bekannt. Erhitzen Sie beim Bezirkskommando Klusumst. — **S. C.** Jeder Eigentümer kann sein Grundstück veräußern. Die Gläubiger können den Kauf nur anfechten, wenn die Absicht der Benachteiligung oder des Betruges nachgewiesen wird. Mit der Ausrückung geht das Eigentum auf den Käufer über. — **Streit 4.** Diese unanständige Handlungsweise eines Redakteurs ist nicht strafbar, verpflichtet ihn auch nicht zum Schadenersatz. — **S. W. 31.** Das hängt vom freien Ermessen des Richters ab; etwa zwischen 10 bis 20 M. Geldstrafe.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) **Waidweizen** Ia 69-73 per 100 Pfd., Ia 63-68, Ia 57-62, Ia 52-56, englische **Bullen** 0,00, dänische **Bullen** 0,00, holländische **Bullen** 0,00, **Kabrische**, **Doppelländer** 85-105, Ia 78-83, Ia 68-76, Ia 58-66, **Dammelsch** Ia 75-80, Ia 65-74, **Schweinefleisch** 67-74, **Rebbsch** Ia per Pfd. 0,60-0,50, Ia 0,30-0,50, **Rindfleisch** Ia per Pfd. 0,40-0,48, Ia 0,25-0,30, **Dammelsch** 0,58, **Bildschweine** per Pfd. 0,00, **Frühlinge** 0,00, **Kamminger** per Stück 0,40-0,75, **Widanten** Ia per Stück 1,15, Ia 0,00, **Rebbsch**, **junge** Ia 0,80-1,18, **junge** kleine 0,30-0,55, **alte** 0,60-0,78, **Quener**, **alte**, per Stück 1,50-2,15, **alte**, Ia 1,00-1,45, **junge**, per Stück 0,50-0,90, **Lauben**, **junge**, per Stück 0,25-0,45, **alte** 0,30, **Enten**, **junge** per Stück 1,30-1,80, **alte** per Stück 0,00, **Damminger**, **junge**, per Stück 2,85-2,90, **Gänse**, Ia per Pfd. 0,55-0,60, Ia 0,45-0,54, Ia per Stück 3,00 bis 3,80, Ia 1,50-2,90, **Bonates** per Stück 0,60-1,00, **do**, **klein** 0,40-0,55, **Heute** per 100 Pfd. 72-90, **Jander** 110, **Aland** 0,00, **Schleie** 121-131, **Bleie** 51-67, **Katze**, **groß** 108-104, **mittel** 80-94, **klein** 0,00, **unfort** 69-73, **Büßgen** 0,00, **Karpfen**, **unfort** 76-85, **Barbe**, **maß** 69, **Reiße** 0,00, **Karasschen** 0,90, **Bels** 0,65, **Kumme** 40-77, **Amerikanischer** **Lachs** I neuer per 100 Pfd. 110-120, **do**, II neuer 90-100, **do**, III neuer 50-75, **Seelachs** 15-20, **Rüben**, **pomm.** I, per Schock 9, **do**, **pomm.** II 2-3, **Rüben**, **Siege** Ia 4-6, **do**, **mittel** per Riste 2-3, **do**, **klein** per Riste 0,00, **Büßlinge**, **per Ball** Rieker 4-5, **Stralburger** 4-5, **Katze**, **groß** per Pfd. 1,10-1,50, **mittler** 0,80-1,00, **klein** 0,50-0,80, **Heute** per Schock 4-5, **Schweißkäse** Riste 3-4, **do**, **1/2**, Riste 2-3, **Kabliant**, per 100 Pfd. 15-20, **Heilbut** 25, **Sardellen**, 1902er per Kiste 90, 1904er 90, 1906er 85, 1908er 65, **Schottische** **Waldheringe** 1905, 0,00, **large** 40-44, **small** 35-38, **mod.** 35-42, **deutsche** 37-44, **Heute**, **neue** **Räpfe**, per 1/2, **Lo** 60-120, **Damminger**, **Ia**, 100 Pfd. 0,00, **Rebbsch**, per Schock, **große** 0,00, **mittel** 0,00, **kleine** 0,00, **unfort** 0,00, **Galziger**, **groß** 0,00, **Gier**, **Laub**, per Schock 2,60-3,30, **Butter** per 100 Pfd. Ia 124-126, Ia 118-120, **IIa** 112-116, **abfallende** 95-110, **Sauze** **Garben** **Schock** 3,50-4,00, **Wiesergrün** 3,50-4,00, **Kartoffeln** per 100 Pfd. **Dahle** 2-2,50, **Rosen** 1,50-1,75, **neue** **rumbe** 1,50-2,50, **neue** **blaue** 2,25-2,50, **Spina** p. 100 Pfd. 12-15, **Kartoffeln** p. **Schock** **blau** 1,50-2,50, **Sellerie**, **Heute**, p. **Schock** 1,50-4,00, **Wiesergrün** 100 Pfd. 3-3,50, **Peterflie**, **grün**, **Schock** 1,00, **Kohlrabi** p. **Schock** 0,60-1,00, **Reiße**, **Bayr.** p. **Schock** 2,40 bis 4,80, **Kobleschen** p. **Schock** 0,90-0,70, **Salat**, p. **Schock** 1,00-1,50, **Wohnen**, **grüne**, per 100 Pfd. 5-20, **Wasserschoten** 10-20, **Schoten** per 100 Pfd. 15-25, **Wiesergrün** per 100 Pfd. 12-20, **Kohlraben** per 100 Pfd. 3-4, **Blumenkohl** per **Randel** 1,00-2,50, **Wirsing** **kohl** per **Schock** 1,00-3,00, **Kartoffel** p. **Schock** 3,00-9,00, **Reiße** **p.** **Schock** 2,00 bis 5,00, **Steinpilze** p. 100 Pfd. 35-45, **Garben**, **Reiße**, **Schock** 0,00-0,60, **do**, **Einlege**, **Schock** 1,50-2,50, **do**, **Reiße** **per** 1,50-2,50, **do**, **Reiße** **per** 2,00-3,50, **do**, **Einlege** (Seml.) 10-16, **Kohlraben**, **Schock** 3-5,00, **Tomaten**, **Heute** 0,00, **Reiße** 3-8, **Erbsen**, **ital.** per 100 Pfd. 14-20, **Heute** 3-20, **Kartoffel** 0,00, **Reiße** 5-13, **Reiße** 4-6, **Reiße**, **imp.**, per 100 Pfd. 6-13, **ital.** 8-15, **Heute** 2-11, **Gravensteiner** 8-15, **Kartoffel** 25-35, **Reiße** **per** 15-19, **Reiße** 17-21, **Blauberben** per 100 Pfd. 12-16, **Prämonen**, **ital.** **rumbe** **blaue** per 100 Pfd. 0,00, **ungarische** 6-11, **Heute** 5-8, **Reiße** **per** 6-18, **Serben** 6-12, **Baden** 0,00, **Reiße** 3-7, **Rüben**, **Reiße** 300 **Stück** 18,00-22,00, **300** **Stück** 14,00-18,00, **200** **Stück** 13,00-18,00, **420** **Stück**, **klein** 12,00, **Reiße**, **Reiße** **per** 100 Pfd. 15-20, **französische** 0,00, **italienische** I Riste 2,00-2,50, **do**, II Riste 0,80-1,60, **do**, III Riste 1,00-1,30, **do**, **in** **Rüben** per 100 Pfd. 15-40.